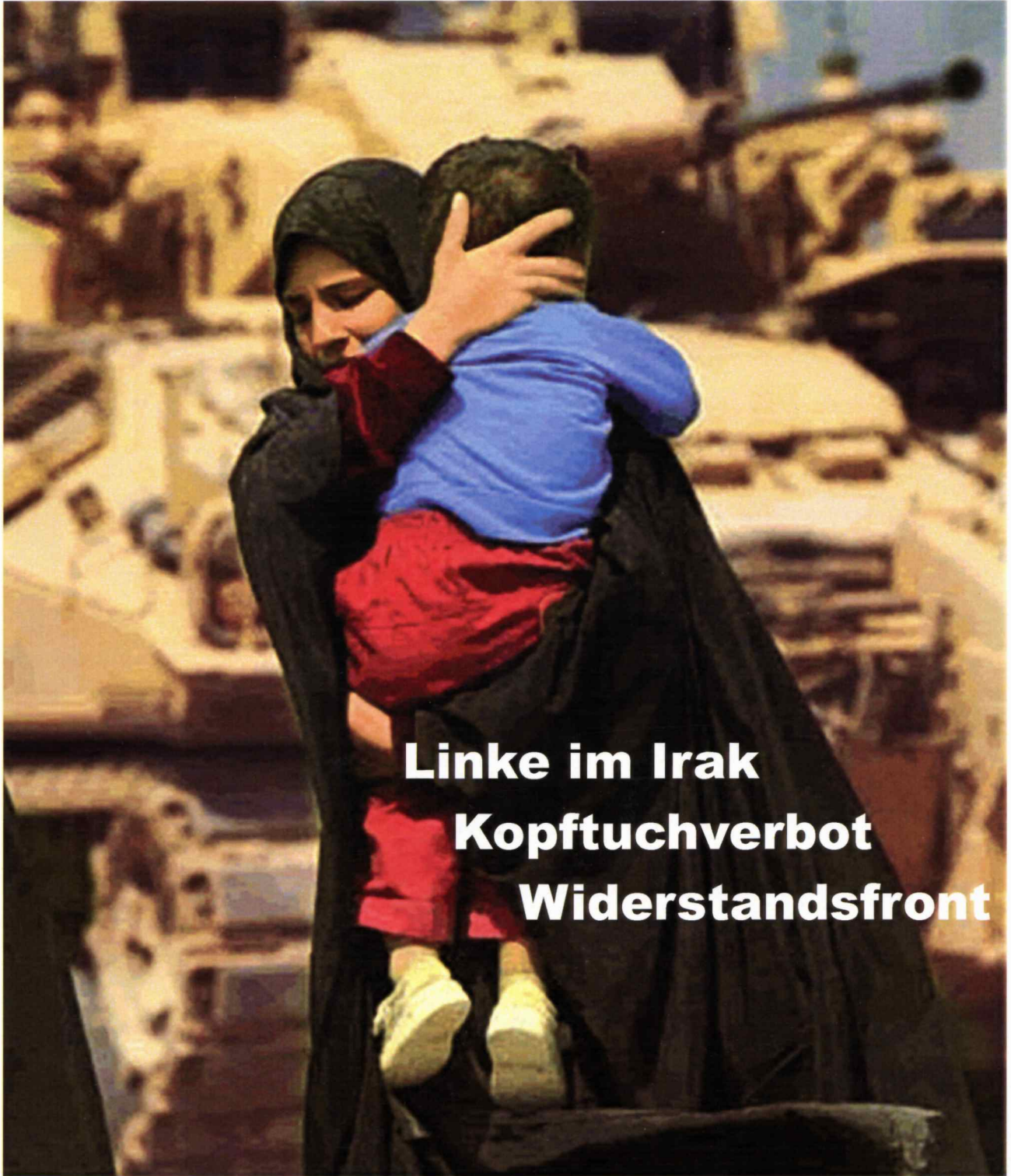


Palästina

INTIFADA



Nummer 15 März 2004 Preis: € 2,- **Solidarität mit Palästina**



Linke im Irak

Kopftuchverbot

Widerstandsfront

Zum irakischen Widerstand werden

„Wenn wir gegen Imperialismus und Neoliberalismus sind, dann müssen wir nicht nur den Widerstand im Irak unterstützen; wir müssen selbst zum Widerstand im Irak werden.“ (Arundhati Roy, Mumbai 2004)

Die indische Schriftstellerin Arundhati Roy hat anlässlich des Weltsozialforums (WSF) unsere Aufgabe auf den Punkt gebracht. Es war kein Zufall, dass sie auch auf der antiimperialistischen Parallelveranstaltung Mumbai Resistance sprach. Hingegen scheint die Antiglobalisierungsbewegung noch lang nicht so weit. Zwar konzentriert sich der Aufruf zum internationalen Aktionstag am 20. März, dem Jahrestag des angloamerikanischen Angriffs auf den Irak, auf den Kampf gegen die Besetzung. Doch es war nur nach schweren Auseinandersetzungen möglich, die ansonsten übliche Verurteilung des Widerstandes als Terrorismus zu verhindern.

„Gegen Krieg und Terrorismus“ bzw. heute „Gegen Besetzung und Terrorismus“ ist die fatale Formel, die zumindest in Deutschland und Österreich dominant bleibt. Sie suggeriert, dass der Widerstand Terror wäre, der mit dem von den USA ausgerufenen permanenten und präventiven Krieg gleichzusetzen sei. Tatsächlich stehen die Dinge aber völlig anders. Gegen die globalen Hegemoniebestrebungen der USA regt sich allerorts Widerstand, dem Amerika vorbeugend den Krieg erklärt hat. Durch die extreme Asymmetrie der Mittel ist der Widerstand gezwungen zu Methoden des irregulären Krieges zu greifen.

Die Formel „Gegen Besetzung und Terror“ stellt nicht nur Unterdrücker und Unterdrückte auf eine Stufe, sondern sie verunglimpft den Widerstand der Beherrschten generell als Terror. So soll Solidarisierung verhindert werden. Hingegen ist der Widerstand gegen Embargo, Krieg und Besetzung durch den Imperialismus in jeder Hinsicht legitim.

Arundhati Roy brachte auf den Punkt, was die Mehrheit der Weltbevölkerung denkt: In der Causa Irak bietet sich eine einmalige Chance den amerikanischen Hegemoniebestrebungen eine Abfuhr zu erteilen. Zum irakischen Widerstand zu werden bedeutet nicht, in den Irak zu gehen, sondern den Kampf gegen den von den USA geführten Imperialismus auf globaler Ebene aufzunehmen, die

antiimperialistischen Kämpfe solidarisch zusammenzuführen und ihnen auch vom Westen aus Unterstützung zu geben. Das rief Roy gerade auch den in Bombay versammelten Europäern zu!

Doch zu den daraus folgenden Konsequenzen stieß sie nicht vor. Die wichtigste Aufgabe ist zunächst der internationale Aktionstag in Unterstützung des irakischen Widerstands. Die *Antiimperialistische Koordination* unterbreitete diesen Vorschlag bei Mumbai Resistance und stieß dabei auf großes Gehör. Um den irakischen Widerstand mit dem palästi-

Inhalt

Zum irakischen Widerstand werden	3
Freie Wahlen im Irak?.....	4
„Autonomiebehörde gibt Unterdrückung Legitimität“	6
„Wir brauchen Basiskomitees zur Unterstützung des Widerstandes“	8
Intifada in Zahlen	9
„Wir werden überall das Feuer entfachen“	10
„Im Irak entscheidet sich das Schicksal der Dritten Welt“	17
Stacheldrähte wie in Palästina.....	19
Repression gegen Palästinenser in Israel	21
Auf dem Weg zu einem antiimperialistischen Pol.....	25
„Muslime Karnatakas in Gefahr“	27
Kleine Spende mit großer Wirkung	28
„Weil sie uns fürchten ...“	30
Offener Brief der arabisch-amerikanischen und muslimischen Gemeinde an die us-Antikriegsbewegung.....	31
Rebellion unter Bedingungen des asymmetrischen Krieges.....	33
Offener Brief an die kurdische Befreiungsbewegung	35
Für ein Komitee „Freier Irak“!.....	36
Irak, die Linke und der Widerstand.....	37
Die Angst des Westens vor dem Kopftuch	42
Enfant terrible und Verfluchter der arabischen Literaturszene.....	46
„Weder ihren Krieg noch ihren Frieden!“	48
In eigener Sache	50
Redaktion, Kontakt und Abo	50

nensischen zu verbinden wurde der 25. September – in Erinnerung an den Jahrestag der Intifada – als Aktionstag festgesetzt. Die zweite Aufgabe liegt in der Bildung von Komitees „Freier Irak“, ebenfalls in Unterstützung des Widerstands.

Auf der Grundlage, den irakischen Widerstand zu unterstützen, besteht erstmals seit vielen Jahren die reale Möglichkeit die Zwiespältigkeit der Antiglobalisierungsbewegung zu überwinden, die gegen die Rebellion der Dritten Welt, die Hauptkraft des Kampfs gegen die kapitalistische Globalisierung, neutral zu bleiben versucht. Vor allem an der kapitalistischen Peripherie, aber auch im Westen gibt es eine reale Massenunterstützung für den irakischen Widerstand. Nun kommt es auf unsere vereinten Anstrengungen an diese Stimmung hörbar zu machen.

Dennoch dürfen wir nicht alles auf den Irak setzen. Der Widerstand hat sich konsolidiert und die Probleme der USA die Lage zu stabilisieren haben sich als von strategischer Natur erwiesen. Dennoch ist der Ausgang des Kampfs völlig offen. Eine Niederlage ist nicht auszuschließen. Der Kampf im Irak würde jedoch auch nach einer solchen weiter gehen, so wie es in Jugoslawien der Fall war. Wesentlich ist es, weiter zu blicken. Wenn der irakische Widerstand den konkreten Anlass zur Vereinigung der antiimperialistischen Kräfte gibt, so bildet das inhaltlich vereinigende Element nichts anderes als der Kampf gegen das amerikanische Imperium, den es als langfristige, übergeordnete Bewegung vorzubereiten gilt.

Willi Langthaler

Freie Wahlen im Irak?

Im Januar dieses Jahres gab es im besetzten Irak einen größeren Konflikt wegen der Pläne der us-amerikanischen Aggressoren zumindest teilweise die Macht an ein Marionettenregime abzugeben. Dieser Schritt, der dazu gedacht ist der us-amerikanischen Herrschaft eine irakische Deckung zu verschaffen, wurde für Mitte dieses Jahres angesetzt.

In massiven Demonstrationen den ganzen Januar hindurch forderten jedoch bedeutende Teile der irakischen Bevölkerung die us-Pläne heraus, indem sie einer Erklärung des hohen schiitischen Klerikers al-Sistani folgten, der zu freien Wahlen aufgerufen hatte. Der Druck von unten wächst, auch wenn es Versuche

des Klerus gibt, den Volkszorn zu dämpfen.

Die Tatsache, dass die Besatzer darauf antworteten, indem sie Gerüchte verbreiteten, sie wollten ihre planmäßigen Termine verschieben, aber gleichzeitig dezidiert Wahlen ablehnten, zeigt deutlich ihre politische Schwäche. Einerseits wollen sie sich nicht gegen den schiitischen Klerus stellen, der zur Zeit ihre einzige Stütze darstellt – da ihr „Übergangsrat“ jegliche Glaubwürdigkeit eingebüßt hat. Die offene oder verdeckte Kooperation der meisten Geistlichen hindert noch immer die wichtigsten Sektoren der schiitischen Bevölkerung daran, aktiv den Widerstand zu unterstützen. Andererseits sind die



USA nicht bereit Wahlen zu garantieren, da sie befürchten, dass ihre direkten Verbündeten diese verlieren würden. Sie haben kein Vertrauen in ihre Hauptverbündeten. Das zeigt ihre strategischen Schwierigkeiten im Aufbau eines vertrauenswürdigen und verankerten Marionettenregimes in angemessener Zeit.

Nichtsdestotrotz zeigt der Ruf nach „freien Wahlen“ nicht nur die Zweideutigkeit des Klerus, sondern auch seine anhaltende Fähigkeit die Massen zu täuschen.

Wahlen, die unter Besatzung abgehalten werden, können niemals frei sein. Alles hängt von der Gnade des Aggressors ab. Man darf nicht vergessen, dass die USA die ungeschlagenen Meister „frisierter“ Wahlen in ihrem eigenen Land und auf der ganzen Welt sind. Ihr Medienapparat wird jede Betrugerei decken und jede Operation als „freie Wahlen“ titulieren, die ihre Marionetten an die Macht bringt, unabhängig von den diktatorischen Akten und den Grausamkeiten, die sie begangen haben. Man erinnere sich in diesem Zusammenhang an den peruanischen Schlächter Fujimori, um nur einen zu nennen. Der einzige Grund, weshalb die USA bis jetzt im Irak noch keine Wahlen in ihrem Sinne abgehalten haben, ist der, dass sie noch nicht den nötigen Apparat an Henkern installieren konnten.

Der einzige Weg zu Demokratie im Irak ist der komplette Rückzug aller amerikanischen und anderer imperialistischen Truppen. Das kann nicht durch Wahlen erreicht werden, auch wenn diese von der Uno überwacht werden sollten. Zuerst muss der irakische Widerstand Hand in Hand mit der internationalen Solidaritätsbewegung die Aggressoren besiegen und das Land befreien.

Derzeit ist der Widerstand im sunnitischen Bereich fest verankert und umfasst die Mehrheit der Bevölkerung. Solange von Seiten der USA keine ernstzunehmenden Versuche gemacht werden die sunnitische Bourgeoisie mit ihrer nationalistischen Tradition in ihr Regime einzubinden, wird das auch so bleiben. Im



schitischen Bereich erweist sich der Konflikt um die Wahlen als ein kluger Schachzug des Klerus. Auf der einen Seite verleiht er dem Wunsch des Volks nach Souveränität Ausdruck, auf der anderen Seite setzt er sich aber vom Widerstand ab, der alleine die Voraussetzung für wirklich freie Wahlen, nämlich das Ende der Besatzung, schaffen kann. So gelingt es dem Klerus die schitischen Massen im Wesentlichen noch vom Widerstand fernzuhalten. Doch welche politische Rolle der Klerus zu spielen in der Lage sein wird, bleibt völlig unklar. Wahlen setzen ein Parteiensystem voraus, das es im Irak noch kaum gibt. Ob die USA ihr Marionettensystem mittels Wahlen mit Legitimität ausstatten können oder nicht, wissen daher nur die Auguren.

Eine breite politische Front des Widerstands könnte dieses Szenario der Schaffung einer Quisling-Regierung mit guter Wahrscheinlichkeit unterbinden. Unterschiedlichen Quellen zufolge machen diesbezügliche Bestrebungen Fortschritte. Die entstehende Front verfügt über Komponenten aus allen politisch-kulturellen Strömungen, selbst aus der schitischen. Aber noch scheint es nicht so weit zu sein.

Zunächst jedoch darf es keiner

ausländischen Macht – nicht einmal der Uno, hinter der sich die imperialistischen Mächte selbst verstecken – obliegen die Bildung eines neuen Regimes über das irakische Volk zu vollziehen. Dem unveräußerlichen Recht auf Selbstbestimmung folgend ist es ausschließlich Sache des irakischen Volks selbst, über sein Schicksal zu entscheiden.

Bevor irgendwelche Wahlen abgehalten werden können, muss eine Konstituierende Versammlung stattfinden, wo die Volksmassen über Inhalt und Form der Regierung, die sie zu installieren wünschen, inklusive dem Modus der Wahlen, entscheiden. Die einzige Kraft, die fähig ist, solch eine Konstituante auf die Beine zu stellen, ist der Widerstand mit der Basis der Volksmassen.

*Willi Langthaler
Februar 2004*



„Autonomiebehörde gibt Unterdrückung Legitimität“

Gespräch mit Muhammad Kana'ana (Abu As'ad)

Muhammad Kana'ana ist Generalsekretär von Abna' al-Balad, einer Organisation, die sich in den 1948 besetzten Gebieten, im heutigen Staat Israel, gegen die zionistische Unterdrückung und für einen demokratischen Staat ausspricht. Das Interview wurde im Dezember 2003 geführt. Im Februar 2004 wurde Muhammad Kana'ana verhaftet. Er befand sich zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses nach wie vor in Polizeigewahrsam (siehe Bericht Seite 21)

Die israelische Regierung verhängte ein Ausreiseverbot gegen dich?

Ja. Die israelische Regierung behauptet, ich sei ein Sicherheitsrisiko. Die „Beweise“ sind geheim, daher ist eine Anfechtung nicht möglich. Diese Maßnahme ist ein Teil der Repression gegen Abna' al-Balad und andere Organisationen – die Islamische Bewegung, 'Azmi Bishara und einen anderen Abgeordneten, der einer Autobombe entging. Es sind direkte und indirekte Angriffe des Regimes.

Was sind die politischen Perspektiven der Intifada?

Die Erste Intifada war klarer und stärker organisiert als die Neue Intifada. Das hat viele Gründe, die wichtigsten sind: Erstens – Die Tunis-Führung war während der Ersten Intifada nicht im Westjordanland und im Gazastreifen, die Palästinensische Behörde (PA) existierte noch nicht. Die Schaffung der Palästinensischen Be-



hörde brachte eine ambivalente Situation und verhinderte die Entstehung einer vereinigten Führung. Die PA bzw. die Arafat-Führung sah und sieht sich als einzige führende Kraft und lässt andere nicht zu. Die PA bezieht ihre Legitimität aus dem Oslo-Abkommen und dieses ist umstritten unter den verschiedenen palästinensischen Fraktionen, daher ist auch die Existenz der PA selbst umstritten. Zweitens – Der Charakter der Intifada selbst ist umstritten. Manche sagen, alle Formen, wie etwa die Massenbewegung, die politische Bewegung oder bewaffnete Aktionen in den 48er-Gebieten, seien legitim; die PA möchte die Intifada nur als Volksbewegung zur Unterstützung ihrer Position in Verhandlungen, nicht um Befreiung zu fordern.

Ein weiterer Unterschied zur Ersten Intifada ist, dass die islamische Bewegung in der Ersten Intifada erstmals aufgetreten ist, doch nun ist sie im Gegensatz zur Ersten Intifada eine starke Kraft. Die Unterdrückung durch die israelischen Besatzungstruppen ist viel schärfer, und zwar aus folgenden Gründen: Das Kräfteverhältnis in der israelischen Regierung hat sich verschoben. Man kann nicht von einer rechts-links-Dichotomie sprechen, aber faschistische Elemente sind nun stärker in der Regierung vertreten. Die Existenz der PA und der Abkommen, die getroffen wurden, geben der Unterdrückung mehr Legitimität, da quasi eine Kriegssituation proklamiert wurde und bei jeder Aktion gegen die Besatzung die PA oder Zivilisten bombardiert werden.

Nach israelischer Lesart ist die PA verpflichtet, gegen den „Terror“ vorzugehen. All das erzeugt Uneinigkeit unter den palästinensischen Führungen, manchmal auch auf lokaler Ebene.

Es gibt auch eine Klasse in der palästinensischen Gesellschaft, die von der Existenz der PA profitiert, und diese Schicht möchte die Intifada stoppen oder ist überhaupt gegen die Existenz der Intifada. Die wirtschaftlichen Bedingungen – ein Resultat der israelischen Politik – sind denkbar schlecht. Im Westjordanland beträgt die Arbeitslosigkeit 65%, in Gaza 80%, viele leben mit weniger als einem Dollar pro Kopf und Tag. Diese Situation führt auch zu politischen Problemen: Es gab eine Brot-Demo von Arbeitern in Gaza, die gegen die Besatzung gerichtet war, doch Teile der PA wollten sie zu einem politischen Werkzeug gegen die Intifada umformen.

Die Intifada forderte bis jetzt eine sehr hohe Zahl an Opfern: Tausende Märtyrer und zehntausende Verletzte – das ist ein Zehnfaches im Vergleich zur letzten Intifada –, das kulturelle Leben liegt darnieder und nun wird die Mauer gebaut. All dies erzeugt einen enormen Druck auf die palästinensische Gesellschaft.

Erstmals erstreckte sich die Intifada auf ganz Palästina und nicht nur auf die 1967 besetzten Gebiete. Die israelische Regierung betrachtet das Auftreten von Elementen des Widerstands in den 48er-Gebieten sehr aufmerksam. Es handelt sich um eine Bewegung, die über humanitäre und politische Unterstützung hinausgeht, bis hin zur Unterstützung der bewaffneten Intifada.

Die ersten beiden Wochen, als die Palästinenser in den 48er-Gebieten an der Bewegung teilnahmen, waren der Bankrott der israelischen Politik der politischen Manipulation, die darauf ausgerichtet war diesen Teil der paläs-

tinensischen Bevölkerung und Bewegung abzuschneiden und sie in die israelische Gesellschaft zu integrieren. Es ist eine schwierige Frage, das ist kein Scherz. Man kann kaum von einer politischen Perspektive der Intifada sprechen.

Die Erste und die Zweite Intifada haben die gleichen Slogans: Freiheit, Unabhängigkeit, Rückzug aus den 67er-Gebieten, d.h. die Schaffung eines palästinensischen Staats. Solange die Besatzung andauert, so lange wird es Widerstand und Intifada geben. Das ist grundlegend. Andererseits tut Israel, was es will, stellt sich mit einer unglaublichen Arroganz gegen internationales Recht und scheint Immunität zu genießen. Das palästinensische Volk darf Israel nicht so leicht davonkommen lassen. Der Kampf gegen die zionistische Bewegung ist langwierig und kann nicht in zwei, drei Jahren beendet werden. Aus dieser Perspektive sind der Tag des Bodens 1976, die Erste und die Zweite Intifada Stufen auf dem Weg zur Befreiung.

Die politische Perspektive der PA war es, die Intifada in Verhandlungen auszunützen um Zugeständnisse von der israelischen Regierung zu erzielen, doch diese Zugeständnisse erfüllten nicht einmal die minimalsten Bedingungen der Palästinenser.

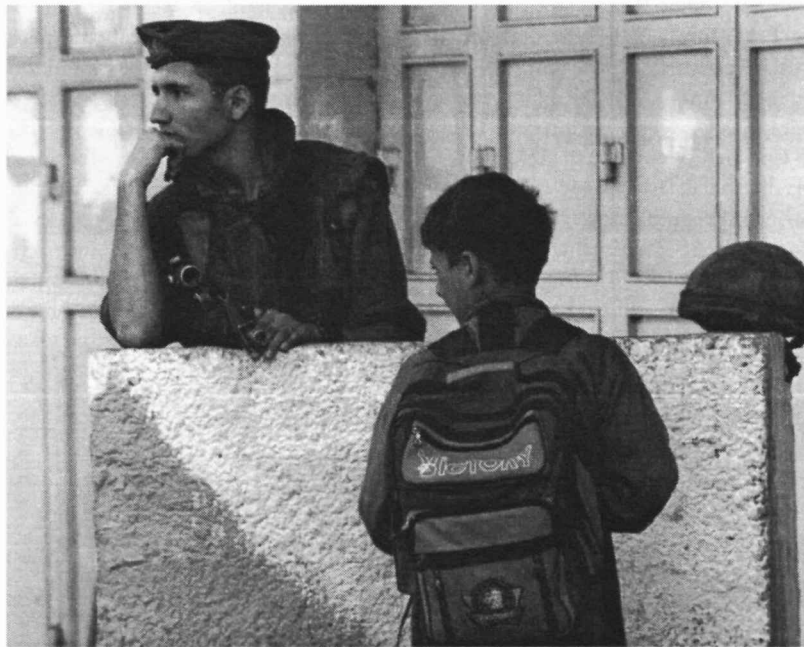
Die Inhalte der israelischen Vorschläge – von der extremen Rechten bis zur sogenannten „Linken“ wie *Shalom Achshav* (Peace Now), der „Friedensbewegung“, Yossi Beilin oder den Leuten hinter der Genfer Initiative – gleichen sich alle. Sie sehen keine volle Souveränität für den palästinensischen Staat vor, aber weitere Besatzung Ostjerusalems, kein Rückkehrrecht für die palästinensischen Flüchtlinge. Das entspricht nicht den Minimalforderungen der Palästinenser für ein Leben in Würde. Das Resultat ist, dass es keine klaren politischen Perspektiven der Intifada gibt.

Wie ist die Lage in den 48er-Gebieten?

Es gibt viele Gründe, warum die Intifada in den 48er-Gebieten nicht andauern kann, doch die Beteiligung am Kampf dauerte zwei Wo-

chen und zwei weitere Wochen lang gab es Spannungen – das hat historische Bedeutung für Israel. Die Regierung demonstrierte ihre Macht, dennoch wurden ganze Gebiete in Israel lahmgelegt.

Eine neue Intifada in Israel ist nicht auszuschließen, obwohl die Bedingungen noch nicht reif sind. Doch die Situation verschlechtert sich in allen Lebensbereichen. Die wirtschaftliche Lage ist sehr schlecht und das vor allem auf Grund der Intifada. Die Arbeitslosenrate ist hoch, selbst Leute, die Arbeit haben, leben nicht sehr gut und auch die Krimina-



lität ist hoch.

Die politische Situation hat sich stark verändert. Bei den Knesset-Wahlen 2003 gab es eine Volksbewegung für einen Wahlboykott, erstmals boykottierten über 40% der arabischen Bevölkerung die Wahlen. Die Illusionen in Wahlen und in die arabischen Knesset-Abgeordneten wurden zerstört oder zumindest verringert. *Abna' al-Balad* spielte eine zentrale Rolle in der Boykottkampagne.

Die allgemeine wirtschaftliche Situation in Israel ist schlecht, aber die Palästinenser in Israel sind noch stärker betroffen. Ihre Lage ist nicht aufgrund der Intifada so schlecht, sondern war schon immer so. Am

schlimmsten ist es im Naqab (Negev), wo siebzigtausend Menschen ohne Strom und Wasser leben und ständig von Beschlagnahmungen von Land, Vorenthaltung von Baugenehmigungen und Häuserzerstörungen betroffen sind. Es gibt viele gegen die Araber gerichtete Gesetze in Israel. Dazu kommt die Diskriminierung in allen Lebensbereichen: Bildung und Schulsystem, Wohnungen, Arbeitsplätze und vieles mehr.

Auch die Repression gegen die palästinensische Bevölkerung ist natürlich stärker. Der offensichtlichste Ausdruck der politischen Unter-

drückung ist die Inhaftierung der Führung der Islamischen Bewegung. Unter den Gefangenen ist unter anderen der Bürgermeister von Umm al-Fahm. Sie sind seit April im Gefängnis und jetzt beginnt der Prozess.

Die Liste der Unterdrückungsmaßnahmen ist schier endlos. Wir dürfen nicht in die 1967 besetzten Gebiete, es gibt Verhöre und Verhaftungen. Ein Sommerlager für Kinder und Jugendliche von *Abna' al-Balad* Ende Juli wurde von der Polizei aufgelöst, vier Mitglieder der Führung wurden für eine Woche inhaftiert und rund zwanzig wurden für Verhöre festgenommen. Auch für Israel verschlechtert sich die Situation.

Das Gespräch führte Georg Kreisler.

„Wir brauchen Basiskomitees zur Unterstützung des Widerstandes“

Interview mit Abu Ahmad Fuad

Das folgende Interview führte Georg Kreisel im Rahmen der Kairo-Konferenz im Dezember 2003 mit Abu Ahmad Fuad, Vertreter der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP).

Was haltet ihr von der Roadmap und dem Genfer Abkommen?

Wir waren von Anfang an gegen die Madrider Konferenz und ihre Resultate. Später waren wir auch gegen das Oslo-Abkommen und seine Ergebnisse. Die Roadmap, die Genfer Erklärung – wir weisen alle diese Initiativen zurück. Warum? Alle diese sogenannten Friedenspläne beeinträchtigen unsere nationalen Rechte und bei jedem neuen Abkommen macht die Palästinensische Nationalbehörde größere Zugeständnisse. Die Roadmap ist ein us-amerikanisch-israelisches Projekt. Das zeigt sich sowohl in ihrer politischen Dimension als auch in den Vorschlägen für eine Umgestaltung der Palästinensischen Behörde. Jedes Projekt, das von der us-Regierung vorgeschlagen wird, kann nur im Interesse unseres Feindes sein, nicht in unserem Interesse. Nach der Unterzeichnung des Oslo-Abkommens wurden vermehrt Siedlungen gebaut und später kam Sharon an die Macht. Nach der Roadmap wurde mit dem Bau der rassistischen Mauer begonnen. Sie konfiszieren weiterhin Land, sie morden, sie werfen Leute ohne Grund ins Gefängnis ... Der wichtigste Aspekt der Roadmap ist die Liquidierung der Widerstandsorganisationen und die Garantien für die Sicherheit Israels. Letztlich bietet die Roadmap den PalästinenserInnen eine Art Selbstverwaltung, nicht einmal einen unabhängigen palästinensischen Staat. Unsere Einschätzung der Genfer Erklärung ist äußerst negativ. Ihr Herzstück ist die Ablehnung des Rechts auf Rückkehr für die palästinensischen Flüchtlinge. Es gibt fast fünf Millionen palästinensische Flüchtlinge außerhalb Palästinas – diese Leute wurden aus Akka, Jaffa, Galiläa usw.

vertrieben – aus den 1948er-Gebieten. Die Uno-Resolution 194 garantiert diesen Menschen die Rückkehr in ihre Heimat, aus der sie vertrieben wurden. Seit die Resolution verabschiedet wurde, sind fünfzig Jahre vergangen, doch sie wurde nicht implementiert. Dennoch garantiert sie uns das Recht, in unser Land zurückzukehren. Das ist der wichtigste Grund, warum wir die Genfer Erklärung ablehnen, doch es gibt auch andere Gründe: Die Leute, welche die Erklärung unterschrieben, waren von niemandem dazu ermächtigt. Sie handelten als Einzelpersonen, doch natürlich wurden sie von Arafat – als Einzelperson – unterstützt. Weder die PLO noch die PNA hatten sie autorisiert. Daher kann niemand dieses Abkommen akzeptieren und auch wir lehnen es ab – so wie alle anderen Fraktionen des palästinensischen Widerstands.

Hier in Kairo gab es vor einigen Tagen Gespräche der verschiedenen palästinensischen Organisationen und in den westlichen Medien wurde behauptet, dass sie ergebnislos endeten. Meines Wissens nahm die PFLP an diesen Gesprächen teil.

Erstens – Es stimmt, dass dieses Treffen nicht das erwartete Ergebnis hatte. Es gibt zwei politische Hauptströmungen in der palästinensischen Bewegung. Fatah und noch fünf weitere Organisationen sind für einen Kompromiss und für Zugeständnisse an den Feind. Wir und fünf weitere Organisationen sind gegen diesen politischen Kompromiss und die Zugeständnisse. Daher ist es nicht einfach, unter diesen zwei Strömungen ein Übereinkommen zu erzielen. Wir erachten es als sehr wichtig, eine vereinigte Führung des palästinensischen

Widerstands aufzubauen, in der alle vertreten sind, die am Widerstand teilnehmen. Diese vereinigte Führung sollte die Kompetenz haben Entscheidungen zu treffen und diese auch umzusetzen. Die andere Strömung lehnte diesen Vorschlag ab. Sie verlangten von uns, sie zu ermächtigen politische Schritte auf Grundlage der Roadmap zu unternehmen und dabei auch in unserem Namen zu handeln – das lehnten wir ab, denn es gibt derzeit keine kollektive Führung. Es gibt keine demokratisch gewählte Führung des palästinensischen Widerstands. Daher verlangen wir, dass das palästinensische Volk seine Vertreter in der PLO wählen kann. Solange es keine demokratisch gewählte Führung der palästinensischen Bewegung gibt, kommen wir einer Lösung nicht näher – nur eine solche demokratisch gewählte Führung hätte das Mandat, Entscheidungen zu treffen. Diese Differenzen bei den Gesprächen in Ägypten werden die Fortsetzung der Intifada, des Widerstands, nicht beeinträchtigen.

Was sind die Perspektiven der Intifada?

Solange die Besatzung besteht, werden die Intifada und der Widerstand weitergehen – es ist kein Ende in Sicht. Das israelische Regime bedient sich aller Mittel der Unterdrückung, doch trotz seiner Macht ist es ihm nicht gelungen, die Intifada zu beenden. Wenn wir eine politische Übereinstimmung und eine demokratische Einheit der verschiedenen Organisationen erzielen könnten, dann wäre das für die gegenwärtige Situation sehr hilfreich.

Zurück zu Kairo: Was ist eure Einschätzung der Kairo-Konferenz? Es ist bemerkenswert, dass es gelungen ist Linke, Nationalisten und die Muslimbrüder zusammen zu bringen. Was könnte das Ergebnis dieser Konferenz sein? Wie kann sie den palästinensischen Wider-

stand unterstützen? Auch in Palästina haben wir gesehen, dass Zusammenarbeit zwischen linken und z. B. islamischen Kräften möglich ist.

Wie ihr wisst, ist dies die zweite Konferenz dieser Art, die erste fand vor einem Jahr statt. Vielleicht war diese Konferenz erfolgreicher als die vorhergehende, denn es gab eine breitere Beteiligung von Einzelpersonen, Organisationen und politischen Strömungen, und es gab eine Annäherung der Standpunkte. Das Wichtigste ist, das Gesagte in praktische Aktionen zu übersetzen. Wenn wir z. B. über die Unterstützung des palästinensischen oder des irakischen Widerstands sprechen, müssen konkrete Schritte erörtert werden – politische Schritte, Informationen etc. Wir erwarten von unseren Freunden aus Europa und den USA, die an dieser Konferenz teilnahmen, dass sie unsere und ihre eigenen Standpunkte in ihren jeweiligen Ländern darstellen. Das wichtigste Ereignis war die Änderung der öffentlichen Meinung in Europa über Israel und die Vereinigten Staaten. Wir müssen weiter daran arbeiten. Die Zahl der Menschen, die in Israel und den USA die Hauptgefahr für den Weltfrieden sehen, könnte sich weiter erhöhen, denn die Aktionen dieser Regierungen bringen Tod und Zerstörung. Es ist wichtig, dass es Basiskomitees für die Unterstützung des palästinensischen und irakischen Widerstands in diesen Ländern gibt. Die arabischen Völker haben die Aufgabe, Druck auf ihre Regierungen auszuüben, damit sich ihre Position ändert; ebenso ist es die Aufgabe der europäischen Völker, Druck auf ihre Regierungen auszuüben, damit diese ihre politische Position ändern.

Danke für das Gespräch.

Intifada in Zahlen

- 2 782 getötete PalästinenserInnen, davon
 - 297 durch Hinrichtungen ohne Anklage und Gerichtsverfahren (schwere Verletzung der 4. Genfer Konvention, wird allgemein als Kriegsverbrechen betrachtet)
 - 149 unbeteiligte Passanten
 - 374 Kinder
 - 25 Frauen
- 2 500 PalästinenserInnen haben aufgrund von Verletzungen bleibende Behinderungen (Schätzung der General Union of Disabled Palestinians)
- 12 getötete JournalistInnen, davon ein Italiener und ein Brite
- 295 verletzte Journalisten. Mindestens 167 Journalisten wurden von den israelischen Streitkräften angegriffen, geschlagen, verhaftet; ihr Material wurde beschlagnahmt oder zerstört.
- 94 Pressezentren wurden bombardiert, geplündert oder beschädigt.
- 5 verhaftete palästinensische JournalistInnen befinden sich derzeit in Verwaltungshaft (Angaben laut Palästinensischer Journalistengewerkschaft Ramallah).
- 15 000 PalästinenserInnen wurden von den israelischen Behörden verhaftet, 6 000 von ihnen befinden sich nach wie vor in Haft (Schätzungen seit März 2002). 1 700 von ihnen befinden sich in Verwaltungshaft (Gefängnisstrafe ohne Anklage und Gerichtsverfahren).
- 350 palästinensische Kinder befinden sich derzeit in israelischen Haftanstalten, davon 30 in Verwaltungshaft.

Die Zahlenangaben beziehen sich auf den Zeitraum vom 28. September 2000 bis zum 5. Januar 2004.

Quelle: Health Development Information and Policy Institute: www.hdip.org



„Wir werden überall das Feuer entfachen“

Jabbar al-Kubaysi über die politische Widerstandsfront im Irak

Wie entwickelt sich der Widerstand gegen die Besatzung?

Ein Beispiel aus dem Alltag: Alte Frauen werden allgemein als unpolitisch wahrgenommen. Doch ich komme oft in die Situation, ältere Frauen fragen zu hören, weshalb ihre Söhne und Enkelsöhne immer noch zu Hause und nicht dort draußen mit dem Widerstand seien. Der Widerstand wird nicht als Bemühung einer kleinen radikalen Minderheit gesehen, sondern als Anliegen des Volks. Jeder hat nach seinen Möglichkeiten einen Beitrag zu leisten.

ten, zurückgekehrten Intellektuellen ist sehr dünn. Auch Hakims bewaffnete al-Badr-Brigaden und Talabanis Miliz, die unter dem Deckmantel ba'thistische Terroristen zu jagen all jene verfolgten, die mit dem Widerstand sympathisierten, sind heute gezwungen im Untergrund zu operieren. Sie haben aufgrund ihrer Kollaboration den Rückhalt verloren, während es den Unterstützern des Widerstands langsam möglich wird durch den Ärger der Bevölkerung in der Öffentlichkeit zu operieren.

Große Massendemonstrationen

gung, der Großteil aus Karrieregründen – die meisten sind schiitischer Herkunft.

Vor einem halben Jahr, als die proamerikanischen Kräfte eine regelrechte Hexenjagd, ähnlich der McCarthy-Ära, betrieben, mit tausenden Toten, wäre das unmöglich gewesen. Heute hat sich das politische Klima radikal verändert. Ba'thismus und die Mitglieder der Ba'th-Partei werden als Teil der irakischen nationalen Tradition akzeptiert.

Die Demonstranten verlangten nicht nur, dass sie wiederingestellt und ihre Gehälter bezahlt werden, sie kombinierten ihr sozialen Forderungen mit der Forderung nach dem Ende der Besatzung. Auch militärische Aktionen nehmen im Süden zu.



Wo findet der Widerstand den stärksten Rückhalt?

Die Situation ist sehr dynamisch. Die Lage im Süden gleicht heute der Fallujas im Sommer. Die Amerikaner haben über jede Stadt eine Ausgangssperre verhängt. In Falluja ist es anders: Dort hat der Widerstand den Amerikanern eine Ausgangssperre auferlegt. Sie mussten die Stadt verlassen und ihre Basis aufgrund der anhaltenden Angriffe außerhalb installieren. Bei Nachteinbruch darf sich keiner von ihnen in der Stadt zeigen. Doch es gibt noch andere Städte, die unter voller Kontrolle des Widerstands stehen.

In vielen Teilen leidet die Bevölkerung unter Methoden der Kollektivbestrafung durch die Amerikaner, so wie sie die Zionisten in Palästina anwenden. Besonders gravierend ist die Situation in Tikrit, wo ganze Dörfer zerstört und isoliert wurden.

Die politische Widerstandsfront

Wieso gibt es noch keine politische Widerstandsfront?

Es ist nicht notwendig sich zu be-

Aber gibt es nicht signifikante Unterschiede zwischen dem schiitischen Süden und dem sunnitischen Norden?

Der Unterschied ist geringer, als in den westlichen Medien behauptet wird. Während des letzten Ramadan beispielsweise haben Sunniten und Schiiten erstmals seit dem Schisma am selben Tag zu fasten begonnen. Das ist ein unwiderlegbares Zeichen.

Die Schicht der Kollaborateure des Klerus, der Scheichs, der selbsternannten Politiker und der so genannten Zivilgesellschaft von verwestlich-

in den Städten des Südens, in Kut, Nassiriya und Amara, forderten nach Zusammenstoßen mit der Besatzungsmacht dutzende Tote und noch mehr Verletzte. Die Demonstranten waren hauptsächlich frühere Angestellte des öffentlichen Dienstes – Lehrer, Universitätsprofessoren, Beamte, Straßenkehrer oder Soldaten – welche mit dem Argument Ba'thisten zu sein massenhaft auf die Straße gesetzt worden waren. Viele unter ihnen waren tatsächlich Mitglieder der Ba'th-Partei, einige aus Überzeu-

eilen. Der militärische Widerstand ist stark, 45 bis 70 Angriffe pro Tag, so dass die us-Truppen zunehmend in militärische, finanzielle und politische Probleme geraten. Und politisch gesehen erweist sich die USA als unfähig die Situation zu stabilisieren. Ihr Marionettenregime wird verstärkt isoliert. Nicht nur die Mitglieder des sogenannten Übergangsrats, auch die mit ihnen kollaborierenden Parteien müssen von der Besatzungsmacht beschützt werden. Das zeigt den Menschen, was sie wirklich sind.

Ich werde ein Beispiel aus meiner Heimatstadt Falluja bringen: Nach der Festnahme Saddam Husseins wurden, wie auch in anderen Städten, viele Parteizentralen von kollaborierenden Kräften durch die Bevölkerung zerstört. Als Rache zerstörten die Panzer der us-Armee das Büro der Patriotischen Allianz. Es zeigt sich, dass die Zeit ein guter Verbündeter auf der Seite des irakischen Volks ist.

Die Hauptkräfte des Widerstands haben sich bereits getroffen und ein Entwurf eines gemeinsamen Programms wird besprochen. Die Front wird sich bald öffentlich deklarieren können. Wenn die USA versuchen ihren Marionetten ein wenig Macht zu kommen zu lassen, Mitte des Jahre, wird es vielleicht bereits möglich sein sich als Alternative zu präsentieren.

Welches Programm gibt sich die politische Widerstandsfront?

Kurz zusammengefasst das folgende:

1. Die Besatzung muss beendet und alle fremden Truppen aus dem Irak abgezogen werden. Wir verlangen einen vollkommen souveränen, unabhängigen und vereinigten Irak.

2. Alle Formen des Widerstandes gegen das imperialistisch-zionistische Projekt der Besatzung sind legitim.

3. Die Besatzung ist illegal. Deshalb verlagern wir von den Besatzern die Übernahme der vollen Reparaturkosten.

4. Alle durch die Besatzer eingesetzten Institutionen sind illegitim. Wir werden diese nicht akzeptieren und auch als legitime Angriffsziele verstehen, falls sie irakisches Personal

beschäftigen.

5. Der befreite Irak, für den wir kämpfen, basiert auf den gleichen Rechten aller Bewohner, der politischen Freiheit und auf einer durch die Bevölkerung eingesetzten Verfassung. Diese wird die arabisch-islamische Kultur des Irak schützen.

6. Die amerikanische Besatzung des Irak ist unleugbar mit der zionistischen Besatzung in Palästina verbunden. Das Projekt dieser Besatzungen muss von der arabischen Nation gemeinsam bekämpft werden.

7. Die politische Front ist gegenüber allen Kräften offen, auch wenn diese sich uns erst später anschließen.

8. Die Aggression gegen und die Besatzung des Irak ist nur ein Aspekt des Versuches der USA ein amerikanisches Imperium zu errichten. Unser vorrangiges Ziel ist es daher die Menschheit gegen ihren größten Feind, die USA, zu verteidigen.

9. Wir werden versuchen eine arabische und internationale Front zur Befreiung Palästinas und des Irak zu bilden und das Amerikanische Imperium zu schlagen.

Welche Kräfte sind Teil der politischen Front?

Es gibt vier Hauptströmungen im Land. Wir, die *Irakische Patriotische Allianz*, die ich als antiimperialistisch und arabisch-nationalistisch beschreiben kann. Wir stehen für Demokra-

tie und soziale Gerechtigkeit, für den Respekt und den Schutz unseres islamischen Erbes. Des Weiteren das sunnitische *Islamische Komitee*, das die bedeutendsten islamischen Kräfte umfasst. Dieses steht in Opposition zur Muslimbruderschaft, die mit dem Feind kollaboriert. Sie sind bereit mit jedem, der Widerstand leistet, zusammenzuarbeiten – auch mit Christen und Kommunisten. Die dritte Kraft sind Nasseristen, die sich gerade erst reorganisieren. Und schlussendlich die antiimperialistischen kommunistischen Kräfte der *IKP* (Zentralkommando), die langjährige Freunde sind und mit denen wir hoffen zusammen arbeiten zu können. Während die Hauptkräfte der *IKP* in den 70er Jahren mit Saddam kooperierten und regierten, wurden die antiimperialistischen Kommunisten und linken Ba'athisten eingesperrt. Es gibt noch einige weitere regionale Parteien und Koordinationen sowie angesehene Würdenträger, die sich zum Widerstand bekennen.

Und schiitische Kräfte?

Die schiitische Bevölkerung stellt einen bedeutenden Teil der von mir genannten Kräfte dar, in einigen sogar die Mehrheit. Die von den Amerikanern verbreitete Idee, die Schiiten seien ein isolierter, für sich stehender Teil der Gesellschaft, ist nicht zutreffend. Die meisten Schiiten begreifen sich selbst als arabisch, irakisch und



beteiligen sich als solche am politischen Kampf. Obwohl sie in der Praxis des Glaubens dem Klerus folgen, gibt es nur wenige, die dies politisch tun. Die kommenden Ereignisse werden es beweisen. Die einzige Möglichkeit des schiitischen Klerus Einfluss zu nehmen ist es, den Widerstand zu unterstützen. Eine steigende Anzahl des schiitischen Klerus und der Scheichs unterstützt bereits unsere politische Front.

Und Muqtada al-Sadr?

Er spielt eine zwiespältige Rolle. Auf der einen Seite steht er von seinen Anhänger aus den unteren Schichten verstärkt unter Druck sich dem Widerstand anzuschließen. Wir haben engen Kontakt zu vielen Kadern seiner Bewegung, die ehrlich versprochen haben mit uns zusammenzuarbeiten. Auf der anderen Seite gibt es einen starken iranischen Einfluss in die andere Richtung. Wir werden auf jeden Fall versuchen mit ihm in Kontakt zu bleiben, aber wir können nicht zulassen, dass solch unentschlossene Kräfte im Namen einer politischen Widerstandsfront sprechen.

Aber sind die schiitischen Gläubigen nicht an das Wort ihres Klerus gebunden?

Die alltägliche Erfahrung der Besatzung sollte nicht unterschätzt werden. Um einen Mann zu fassen terrorisieren die US-Truppen ganze Dörfer. Auch wenn es ihnen nicht gelingt den Gesuchten festzunehmen, bestrafen sie ganze Familien, indem sie ihre Häuser zerstören. Während in Palästina die Olivenbäume abgeholzt werden, verbrennen sie hier unsere Dattelpalmen, da sie unserer Guerilla angeblich als Versteck dienen. An Kontrollposten werden 10-jährige Kinder getötet, weil sie Plastikpistolen auf die Besatzer richten. Wenn die Soldaten sich gefährdet fühlen, schießen sie wahllos. Das sind keine Geschichten aus dem Norden, es betrifft alle. Deshalb werden auch die Schiiten dem Widerstand folgen. Und zumindest ein Teil des Klerus wird sich unter dem Druck der zu-

nehmenden Stimmung für den Widerstand diesem anschließen. Es ist in erster Linie eine politische und keine religiöse Entscheidung mit dem Widerstand zu sein. Man darf nicht vergessen, dass die schiitische Bevölkerung hoch politisiert wurde und die traditionellen sozialen und kulturellen Strukturen weniger stark erhalten sind als in anderen Milieus.

Demokratische verfassungsgebende Versammlung

Wie denken Sie über eine demokratische verfassungsgebende Versammlung?

Wenn ich gegenüber der einfachen irakischen Bevölkerung von Demokratie spreche, werden sie mich mit Schuhen treten. Was bedeutet Demokratie? Sie wissen, dass das Embargo über sie verhängt wurde, um ihnen Demokratie zu bringen, ebenso wie der Krieg und die heutige Besatzung. Die Demokratie, von der sie sprechen, ist eine Waffe gegen unser Volk, da wir uns der westlichen Welt nicht unterordnen wollen.

Doch jeder Befreiungskampf, jede Revolution gegen ein Besatzungsregime muss sich auf den Willen der Bevölkerung stützen.

Natürlich. Doch muss man verstehen, dass wir keine Tradition des Instruments einer verfassungsgebenden Versammlung haben. Wir können nicht im Widerspruch zu den traditionellen sozialen Bräuchen und Netzwerken arbeiten, um so stärker als diese der Besatzung widerstehen. Wir müssen vielmehr diese Elemente mit der Volksbewegung auf der politischen Basis des Kampfs gegen die Besatzung verbinden. Wir werden nationale Treffen von Vertretern der widerständischen Arbeiter, Bauern, Studenten und der Volksmassen organisieren und diese mit Massendemonstrationen kombinieren. Damit wird der Übergangsrat delegitimiert sowie alle diesem ähnliche Marionetteninstitutionen.

Nach welchen Prinzipien wird sich eine Gegenmacht konstituieren?

Die Entwicklung basiert auf der

Forderung der Souveränität des irakischen Volks, auf dem Bestehen auf unsere eigene Demokratie auf der Grundlage der Interessen unseres Volks und nicht des Imperialismus. Wir streben nach einer demokratischen Verfassung, die vom Volk durch Inanspruchnahme ihres Rechts auf Selbstbestimmung erlassen wird. Diese umfasst gleiche Rechte für alle, egal welcher Religion oder Nationalität sie angehören, sowie das Recht politische Parteien zu bilden und sie zu wählen. Ein freier Irak wird unsere islamisch-arabische Kultur verteidigen.

Vereinte Nationen

Viele sagen, dass freie Wahlen nur unter der Kontrolle der Vereinten Nationen abgehalten werden können.

Wie kann eine vernünftige Person denken, dass das irakische Volk Vertrauen in die Vereinten Nationen haben könnte? Die Uno hat das Embargo über uns verhängt, das an die zwei Millionen Menschenleben forderte und ein vormals reiches Land restlos zerstörte. Die Uno rechtfertigte 1991 die Aggression gegen den Irak und getraute sich nicht ein einziges Wort gegen die permanenten Verletzungen des internationalen Rechts durch die USA und Großbritannien zu verlieren. Die Uno ist nichts anderes als eine Marionette des amerikanischen Imperialismus. Das Völkerrecht ist einfach nicht gültig – nicht für sie und nicht für uns. Sie verletzen es ohne mit Folgen rechnen zu müssen und uns wird es verweigert. Der Zionismus beispielsweise bricht jedes internationale Gesetz ohne Strafverfolgung. Wir werden keinem Land erlauben uns zu besetzen, ob es nun unter dem Deckmantel der Uno geschieht oder ohne UN-Resolution. Wenn wir Wahlen abhalten, so werden wir internationale Beobachter einladen, aber wir werden jedes Land, das die Besatzung der USA unterstützt, davon ausschließen.

Es wird gesagt, dass es ohne die Aufsicht der Vereinten Nationen zum Bürgerkrieg kommen wird.

Das versuchen sie anzuzetteln. Sie

zeichnen ein Szenario, in dem Sunniten gegen Schiiten, Kurden mit den Schiiten gegen Sunniten und Muslime gegen Christen stehen. Sie versuchen unsere arabisch-islamische Identität, die unsere Einheit bedeutet, zu zerstören. Deshalb kann nur der Widerstand die Einheit der irakischen Bevölkerung garantieren. Nur vereint werden wir uns von der Besatzung befreien können und man wird sehen, dass auch unter den Kurden, deren momentane Führung unter Barzani und Talabani stark mit den USA kollaboriert, der Widerstand stärker wird und uns der Islam als gemeinsames Band zusammen hält.

Wie kann man gegen die gesamte Welt, die sich als Einheit unter dem Banner der Uno präsentiert, siegen?

Wer war auf unserer Seite, als wir ausgehungert und in einem ständigen Krieg zerbombt wurden? Wir scheren uns nicht um Uno und Völkerrecht, wenn all das nur dazu entworfen wird, uns zu unterdrücken. Deswegen sind wir Feinde dieser imperialistischen Weltordnung. Tatsächlich ist der Irak ein entscheidendes Schlachtfeld für das amerikanische Imperium. Das irakische Volk wird der Welt beweisen, dass das Imperium verletzbar ist, unter der Voraussetzung, dass einige Faktoren zusammenkommen: Der Widerstand fügt den Besatzern nicht nur militärische, sondern auch politische und moralische Verluste

zu, die sie nicht überstehen werden können. Je länger die Besatzung dauert, um so besser wird die Situation für den Widerstand. Der Widerstand im Irak wird das Feuer in der arabischen Welt entfachen. Die Besatzung des Irak und Palästinas richtet sich gegen die gesamte arabische und muslimische Welt und betrifft damit alle. Daher ist es ein Kampf für die Rechte der Menschheit und daher sind wir mit allen verbunden, die für ihre Befreiung vom us-Imperialismus kämpfen.

Das alltägliche Leben

Wie ist die Situation für die gewöhnliche Bevölkerung?

Ich habe bereits die Brutalität und Willkür der Besatzer beschrieben. Diese hält die Bevölkerung in Agonie. Ein Beispiel sind die rund zweitausend Vergewaltigungen durch us-Soldaten, sowie fünfhundert sexuell misshandelte Kinder. Niemand spricht von den zivilen Opfern der Besatzung. Jeden Tag werden alleine in Bagdad vierzig bis fünfzig Menschen getötet. Die Ärzte berichteten, dass zwanzig von diesen Verletzungen aufweisen, die von us-Schusswaffen verursacht werden. Daraufhin verbot der Übergangsrat jede Statistik, die Hinweise auf die verwendete Munition geben könnte.

Des Weiteren der Diebstahl, der durch die USA und ihre irakischen Handlanger am Volk begangen wird.

Wo ist das Geld von mehr als zwei Millionen Fass Öl, die sie pro Tag verkaufen? Warum sind Wasser, Elektrizität, Telefon und andere notwendige Infrastruktur nicht wieder aufgebaut worden, während berichtet wird, dass amerikanische Fabriken einen beachtlichen Umsatz mit unserem Geld machen? Sie haben mehrere Millionen Staatsangestellte unter dem Vorwand gekündigt, sie wären Ba'thisten. Ihre Posten werden heute von vollkommen inkompetenten Kollaborateuren besetzt, deren Familien oft bereits mit den Briten kollaboriert haben, wie die Chalabis oder Pachachis. Sie bauen ein mafioses Familiennetzwerk auf mit dem Ziel, sich in so kurzer Zeit wie möglich so viel wie möglich anzueignen. Gleichzeitig wurden große Teile der Industrie abgebaut und in den Iran gebracht. Wenn Sie heute in eine Fabrik oder Industrieanlage gehen, finden Sie nur leere Hallen. Das Land wurde vollständig deindustrialisiert. Was den Bedarf an Grundnahrungsmitteln betrifft, wurde das "Oil for food"-Programm der Uno abgebrochen. Aufgrund des Krieges konnten viele der bereits geschlossenen Verträge jedoch noch nicht erfüllt werden. Deshalb werden wir noch einige Monate Grundversorgung haben, doch danach müssen die Menschen hungern. Nur diese Rationen dämpfen noch die wachsende Inflation, aber danach wird sie in den Himmel schießen. Schon jetzt hat sich der Preis für Kohlenwasserstoffprodukte vervielfacht. In einem der ölreichsten Länder der Welt müssen Menschen um Benzin anstehen. Von den öffentlichen Sicherheitseinrichtungen gar nicht zu sprechen. Die Menschen, im speziellen Frauen, trauen sich aufgrund der ansteigenden Kriminalität, die die Amerikaner nicht kümmert, nicht mehr auf die Straße.

Was ist mit den Gefängnissen?

Im Moment wird von den Besatzern zugegeben, dass ungefähr 42 000 Iraker illegal in Gefängnissen festgehalten werden. Wir haben Gründe anzunehmen, dass sich in Wirklichkeit weitere 20 000 in un-



bekannten Anhaltelagern befinden. Die Behandlung all dieser Gefangenen verletzt alle internationalen Regularien. Oft wurde den Insassen nicht einmal gesagt, warum sie eingesperrt wurden. Es gibt weder legale Prozesse noch irgendwelche Verhandlungen. Die Besatzer sehen sich nicht dazu verpflichtet Verwandten oder Rechtsanwälten irgendwelche Informationen zu geben. Leute werden genauso willkürlich freigelassen, wie sie inhaftiert wurden, oft unter der Bedingung der Kollaboration. Sie bekommen nicht genug zu essen, die sanitären Standards sind unmenschlich und Folter ist Alltag. Einige Hunderte starben aufgrund der Misshandlungen und noch mehr

Der militärische Widerstand

Wer trägt den militärischen Widerstand?

Schätzungsweise zwischen siebzig- und hunderttausend Kämpfer haben sich den Reihen des Widerstandes angeschlossen, der täglich 45 bis 70 Attacken landesweit durchführt. Der Widerstand ist weder streng zentralisiert noch durch eine Führung von oben streng kontrolliert. Junge Männer schließen sich dem Widerstand an, gleich ob islamische oder ba'thistische Kräfte das Kommando innehaben. Kommandanten werden diejenigen, die als erfahrensten gelten, oft frühere Soldaten. Eine Widerstandszelle umfasst Nationalis-

elische Geheimdienst steht. Es muss auch erkannt werden, dass die US-Armee absichtlich irakische Zivilisten als menschliche Schutzschilder verwendet. Sie versuchen zivile Autos und Menschenmengen um sich und ihre Konvois zu haben, damit die Angriffe Zivilisten treffen. Während des Ramadan, wenn die Menschen nach Sonnenuntergang alle zu Hause sind, waren die Besatzer auf den Straßen weitaus weniger präsent. Dennoch, beim Essen konnte man die Freiheitskämpfer hören, die immer häufiger den Feind angriffen. Der Widerstand versucht so weit wie möglich zivile Opfer zu vermeiden.

Stehen die wahhabitischen Kräfte hinter solchen Angriffen?

Nein, das ist lächerlich! Die Medien versuchen den Widerstand auf sogenannte Saddam-Loyalisten und al-Qa'ida zu reduzieren. Die Wahhabitischen betreffend muss man wissen, dass das irakische Volk bereits seit zweihundert Jahren in Opposition zu ihnen steht. Sunniten und Schiiten führten richtiggehende Kriege um den Irak gegen sie zu verteidigen. Warum sollten die Iraker jetzt Wahhabitischen werden? Es mag einige ausländische Kämpfer geben, aber es gibt keine signifikante Unterstützung für al-Qa'ida oder ähnliche wahhabitische Gruppen. Die Leute wollen, dass die ausländischen Kämpfer in ihre Länder zurückkehren, um dort die us-Marionettenregime zu bekämpfen.

Zeigt der Widerstand Wirkung auf die Moral der Soldaten?

In der Tat. Mehr als dreitausend Soldaten wurden registriert, die desertierten. Sie verkaufen ihre Waffen und für ungefähr vierhundert US-Dollar bekommen sie arabische Kleidung und es wird ihnen geholfen in die Türkei oder nach Jordanien zu fliehen. Ungefähr 1700 wurden verrückt, viele verwundeten sich selbst um zurückgeschickt zu werden und 56 Selbstmorde wurden gezählt. Die Besatzer fürchten den Widerstand und sind nur noch damit beschäftigt sich selbst zu schützen.



bleiben aufgrund der Folter für den Rest ihres Lebens behindert. Sogar einige hundert Kinder und Frauen sind eingesperrt. Ungefähr sechstausend wurden entführt. Von der Hälfte der Entführten fand man die Leichen.

Die USA haben angekündigt, dass sie die freie Presse in den Irak bringen?

Das ist völlig lächerlich. Nur die Medien, die mit der Besatzung zusammenarbeiten, sind erlaubt. Gegen die Besatzung zu reden oder zu schreiben wurde als Verbrechen deklariert. Alle Zeitungen, die auf der Seite des Widerstandes stehen, wurden verboten.

ten, Ba'thisten, Islamisten oder sogar Kommunisten. Aber sie alle wollen das arabisch-islamische Heimatland verteidigen.

Wie können Angriffe gegen die Besatzer legitimiert werden, wenn sie zivile Opfer verursachen, deren Anzahl jene der Besatzer bei weitem übersteigt?

Zu diesem Thema wird viel Propaganda verbreitet. Wer ist daran interessiert der Welt zu zeigen, dass der Widerstand irakische Zivilisten tötet? Mit Sicherheit die Besatzung. Einige Bombenexplosionen forderten eine hohe Anzahl ziviler Opfer, für die die Guerilla aber nicht verantwortlich ist. Es kann nur vermutet werden, dass dahinter der amerikanische oder isra-

Übergangsrat

Können Sie ausschließen, dass der durch die USA eingesetzte Übergangsrat in der Lage sein kann die Situation zu stabilisieren?

Das ist mit Sicherheit unmöglich. Tag für Tag sind sie isolierter. Diejenigen, die direkt am Regierenden Rat teilnehmen, müssen durch die Besatzungskräfte geschützt werden, da sie das größte Ziel des Widerstandes darstellen. Aber auch ihre Parteien und alle, die mit ihnen kollaborieren, sind vom sozialen Netzwerk ausgeschlossen.

Die bewaffneten, mit den USA kollaborierenden Milizen im Süden und Osten können nicht mehr in der Öffentlichkeit erscheinen. Die kurdischen Peshmergas von Talabani trauen sich nur gemeinsam mit Amerikanern in arabischen Gebieten zu erscheinen. Alleine zu kommen, wie sie es in den ersten Monaten der Besatzung taten, würde zu gefährlich für sie sein. Aber auch die kollaborierende Muslimbruderschaft und die mit ihnen verbundenen Parteien sind in großen Schwierigkeiten. Und die Tatsache, dass manche Kleriker, darunter auch sehr hohe, offen gegen die Besatzung gesprochen haben, ist ein Zeichen des Druckes von Seiten des Volks.

Kann es ihnen gelingen durch die Einnahmen des Ölverkaufs einen signifikanten Teil der völlig verarmten Bevölkerung zu kaufen?

Dazu bräuchten sie ein Netzwerk, eine soziale Pyramide um den Wohlstand zu verteilen. Aber bis jetzt scheinen die Amerikaner einfach unser Öl zu stehlen. Was vielleicht übrig bleibt kommt direkt in die Taschen einer kleinen Anzahl von Kollaborateuren. Die unglaubliche Gier von beiden hilft auf der anderen Seite dem Widerstand, da sie die Leute radikalisiert.

Versuchen die Amerikaner die Scheichs im Süden wieder als Großgrundbesitzer einzusetzen, wie es die Briten taten?

In den letzten Jahrzehnten vor dem Krieg machte der Irak irreversible Veränderungen durch. Er wur-

de zu einem stark urbanisierten Land. Die Landreform brach die Macht der Grundbesitzer-Scheichs. Aber es ist klar, dass der radikale ökonomische Liberalismus, der durch die Besatzer eingesetzt wurde, Wirkung zeigen wird. Ohne Protektion durch den Staat werden die Bauern nicht in der Lage sein, weiter zu arbeiten und die Schulden Spirale und Konzentration des Landes wird einsetzen. Sie werden mit Sicherheit versuchen uns wieder zu versklaven, aber ich bezweifle, dass die Scheichs in der Lage sein werden, ihre alte Rolle wieder zu erlangen und eine relevante Stütze für ein neokoloniales Regime darstellen zu können.

Die kurdische Frage

Sind die Amerikaner in Kurdistan noch immer willkommen?

Unglücklicherweise ist es wahr, dass die am stärksten in der Bevölkerung verwurzelten Kollaborateure die kurdischen Führer Barzani und Talabani sind. Sie nützten die Situation um in Kirkuk, eine mehrheitlich von Turkmenen bewohnte Stadt, und anderen Orten die Kontrolle zu übernehmen. Viele Araber wurden vertrieben, ihre Häuser konfisziert und durch Kurden wiederbesiedelt. All dies geschah unter dem Vorwand, die Betroffenen wären loyal zu Saddam. Aber auch dort verändert sich die Situation. In den Bergen Kurdistans gewinnt eine islamistische Bewegung an Einfluss, die jede Kollaboration mit den USA ablehnt. Heute halten sich noch immer die Ideen aufrecht, dass Fernsehgeräte nicht erlaubt werden dürfen.

Aber man kann sicher sein, dass sie mit der Zeit, mit der wachsenden Unterstützung der Bevölkerung, realistischere Sichtweisen annehmen müssen und werden. Im Gebiet von Kirkuk und Mosul, wo die Bevölkerung sehr gemischt ist, bestehend aus Arabern, Türken, Kurden, Chaldäern und anderen, entsteht eine moderate islamische Partei, die auch aus Kurden besteht. Wir hoffen, dass sie mit der politischen Widerstandsfrente zusammen arbeiten oder sogar ein Teil von ihr werden wird.

Können Sie die Situation in Kirkuk einschätzen?

Die Bevölkerung von Kirkuk wird die kurdische Herrschaft über die Stadt nicht akzeptieren. Die Stadt besteht aus vielen Nationalitäten und sie können nur in Gleichheit zusammenleben, in einem freien Irak, der ihnen ihre Rechte garantiert. Es kann nicht akzeptiert werden, dass die meisten arabischen Beschriftungen entfernt wurden, auch viele der turkmenischen. Die Amerikaner haben ein völlig disproportionalen System der „ethnischen Repräsentation“, wie sie es nennen, eingesetzt, das die Macht de facto den kurdischen Parteien übergibt. Kurden, Araber, Turkmenen und Chaldäer haben die gleiche Anzahl an Sitzen. Aber wie können die Chaldäer mit zwei bis drei Prozent das gleiche Gewicht wie die Turkmenen mit mehr als fünfzig Prozent Bevölkerungsanteil haben? Weder die Turkmenen noch die Araber akzeptieren ihre Vertreter. Die letzte Demonstration gegen die amerikanisch-kurdische Herrschaft in Kirkuk war nur das erste Zeichen.



Wo liegt der Grund für ihre pro-amerikanische Haltung?

Nichts kann eine solche Kollaboration rechtfertigen. Längerfristig gesehen werden die Kurden und die Kommunisten schwer dafür bezahlen – auch wenn es falsch ist ein ganzes Volk zu verurteilen. Aber viele Araber denken so, wenn sie von kurdischen Soldaten unter us-Kommando kontrolliert und untersucht werden. Auf der anderen Seite ist es richtig, dass auch die arabische Seite in der Vergangenheit Fehler begangen hat. Es ist uns nicht gelungen den Kurden de facto gleiche Bürgerrechte zu garantieren, was ihnen erlaubt hätte, sich

mit dem Irak völlig zu identifizieren und sich selbst als loyale Iraker kurdischer Nationalität zu bezeichnen.

Die kommunistische Tragödie

Was meinten Sie, als Sie sagten, dass die Kommunisten für die Kollaboration bezahlen werden?

Die IKP war einmal die weitaus stärkste Kraft im Irak und ist Teil unserer besten nationalen Tradition. In den ersten Monaten der Besatzung wollten viele Leute zur Partei zurückkehren und setzten große Hoffnungen auf sie. Sie wussten nicht, welche Degenerationsprozesse die IKP in den vielen Jahren im Exil vollzogen hatte. Sie behaupteten gegen die Besatzung zu sein. Für die meisten ihrer lokalen Unterstützer war es ein Schock zu sehen, dass sie am Übergangsrat teilnehmen. Niemand konnte diese Tatsache leugnen. Ihr Büro ist in der grünen Zone Bagdads, die von den Amerikanern bewacht wird. Heute sind sie nicht mehr als eine kleine Gruppe zurückgekehrter Intellektueller und bilden die, wie sie es nennen, „Zivilgesellschaft“ für die Besatzung. In einem gewissen Sinn sind sie sogar schlimmer als die Besatzer. Die Amerikaner verstehen nichts von unserer Gesellschaft. Aber die Kommunisten waren einmal Iraker, sie kennen unser Volk und sind in der Lage es zu betrügen.

Was sind die Gründe für den Betrug?

Die Partei war immer von der UdSSR abhängig. Sie getrauten sich nicht ihre eigenen Entscheidungen zu fällen. In der Zeit von Qasim wären sie in der Lage gewesen, die Macht innerhalb von zwei Minuten zu ergreifen. Aber Moskau sagte nein, also verhielten sie sich ruhig. Als Saddam die Macht übernahm, kooperierten sie zur Gänze mit ihm gegen die linken Ba'athisten und die antiimperialistischen Kommunisten, die beide entweder ins Gefängnis geworfen oder getötet wurden. Von einem Kongress zum nächsten gehend und in Fünfsterne-Hotels residierend, passten sie sich dem Lebensstil der herrschenden Klasse an. Es ist nicht zufällig, dass ihre direkte Kollaboration bis ins Jahr

1991 zurückgeht, als sie den von der USA geführten Angriff unterstützten. Als die UdSSR zusammenbrach, sahen sie sich nach der verbliebenen Macht um – den USA. Sie vertauschten lediglich den KGB durch die CIA.

Aber es gibt eine oppositionelle Strömung innerhalb der Partei.

Ja, aber sie haben die Angewohnheit zu warten. Seit 1991 drängen wir sie in Aktion zu treten, auch gegen die Partei. Aber sie glauben an ein Wunder, nämlich dass sie es schaffen werden die Partei zu übernehmen. Welchen weiteren Beweis brauchen sie noch um zu sehen, dass die Partei definitiv auf die Seite des Imperialismus gewechselt ist? Kann es etwas Schlimmeres geben als die Unterstützung von zwei Kriegen, dem Embargo und der Besatzung? Ich befürchte, sie werden für immer warten.

Was ist mit der IKP (Zentralkommando)?

Sie sind die einzigen, die die große Tradition der Kommunistischen Partei retten können. Schon in den 60er Jahren stellten sie sich gegen die Linie, die von Moskau bestimmt wurde, eine Sozialistische Einheitspartei mit dem nasseristischen Präsidenten Arif nach dem ägyptischen Modell zu bilden. Sie ergriffen 1967 die Waffen und die Mehrheit der Parteimitglieder war mit ihnen, während die Mehrheit des Zentralkomitees später die Nationale Front gemeinsam mit Saddam bildeten. In dieser Zeit trafen wir uns in den Gefängnissen. Wir beide, die antiimperialistischen Kommunisten und die linken Ba'athisten, haben unseren Kampf verloren. Aber seit dieser Zeit schätzen wir uns gegenseitig und wir hatten in den wichtigsten Fragen dieselben Positionen. Sie verteidigten das Heimatland 1991 und 2003, sie kämpften gegen das Embargo und jetzt kämpfen sie gegen die US-Besatzer. Obwohl sie sehr geschwächt wurden, werden sie bald die offizielle KP an Zahl übertreffen. Wir hoffen, dass sie es schaffen werden, die wirklichen Kommunisten zu sammeln.

Was denken Sie über die Arbeiterkommunisten?

Sie werden durch die USA und die Zionisten völlig gedeckt. Sie sind keine wirkliche irakische Partei. Diese merkwürdige Sekte ist nur mit den protestantischen Missionaren vergleichbar, die der US-Armee folgen. Für sie ist der Widerstand der Hauptfeind. Sie stellen sich diametral gegen unser kulturelles Erbe. Sie verlaublichen, dass Englisch die offizielle Sprache des Landes werden soll. Sie greifen die Geschichte und Kultur des Volks an und wollen sie zerstören, in einer Situation, in welcher der Islam als Identifikation dient um die Invasoren zu bekämpfen. Westliche Leute müssen eines verstehen: Wenn irakische Frauen auf einmal wieder vermehrt den Schleier tragen, dann geschieht das nicht aus einem konservativen oder reaktionären Grund. Kürzlich traf ich eine Ingenieurin, mit der ich vor vierzig Jahren studiert hatte, die nie den Hijab getragen hatte, diesen aber nun trägt. Ich fragte sie warum und sie antwortete, als Zeichen des Widerstandes.

Antiglobalisierungsbewegung

Was denken sie über die Bewegung gegen den Krieg?

Welche Bewegung gegen den Krieg? Der Krieg ist vorbei, jetzt gibt es Besatzung und Widerstand. Wenn die Bewegung ernsthaft wäre, würde sie nicht zögern sich auf die Seite des Widerstandes zu stellen. Aber wir wissen, dass in Europa der Zionismus sich sehr verbreitet hat, nicht alleine innerhalb der regierenden Kräfte, sondern auch innerhalb der Linken. Für diese Leute sind Israel und die Linke sakrosankt. Was wir heutzutage brauchen ist eine Bewegung gegen die USA, eine antiamerikanische Bewegung.

*Das Gespräch führte Willi Langthaler.
30. Januar 2004*

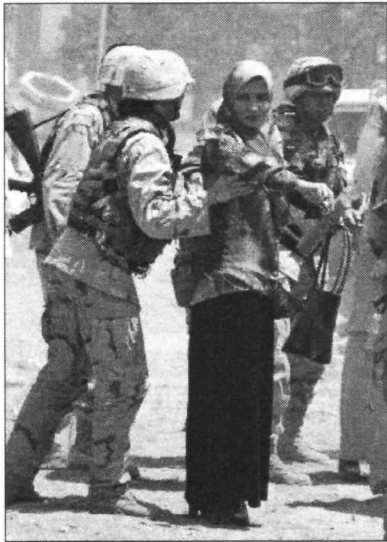
Jabbar al-Kubaysi ist Vorsitzender der Irakischen Patriotischen Allianz

„Im Irak entscheidet sich das Schicksal der Dritten Welt“

Nuri al-Muradi, Vertreter der Irakischen Kommunistischen Partei (Kader), hielt folgende Rede anlässlich einer Solidaritätsdemonstration in Wien am 17. Januar 2004.

Als Bagdad fiel, haben wir alle getrauert. Doch unsere Trauer hat angesichts der Kraft und Stärke des Widerstandes ein Ende gefunden.

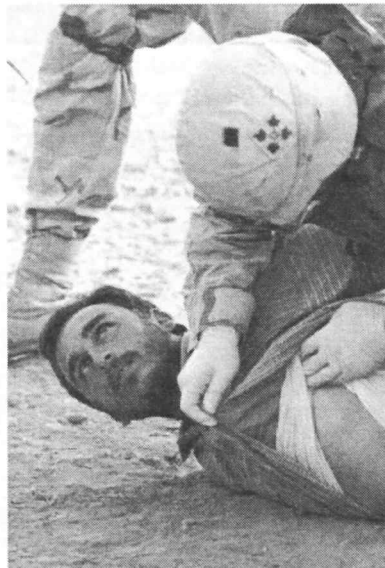
Das irakische Regime war zwischen 1970 und 1990 mit Amerika verbündet. Die USA haben es unterstützt, auch mit chemischen Waffen. Die Verbindung zwischen dem ira-



kischen Präsidenten und den US-Administrationen wurde von Rumsfeld und Dick Cheney hergestellt. Cheneys Unternehmen lieferte sogar Giftgastechnologie an den Irak. Angesichts dieser Tatsache beschloss die derzeitige amerikanische Administration die Aussagen Saddam Husseins zu überarbeiten, bevor diese irgendeinem Gericht präsentiert würden, falls Hussein überhaupt jemals einem Gericht überstellt werden sollte.

1990 beschloss die amerikanische Administration, dass Saddam Hussein gegen sie rebelliert hätte. Sie gebrauchte den Versuch des Irak Kuwait zurückzugewinnen als Vorwand und mobilisierte die Armeen von dreißig Staaten, wobei die meisten von ihnen nichts als Söldner waren, die auf die

Brotkrumen des amerikanischen Tisches warteten. Der Schlag gegen den Irak wurde ausgeführt und die USA erklärten dies zum Beginn eines neuen Zeitalters der internationalen Beziehungen. Die Merkmale dieses Zeitalters sind einerseits die Vormachtstellung der Machtlogik über die Logik des Dialogs in den internationalen Beziehungen. Zu diesem Zweck wurde die Uno außer Kraft gesetzt, wann immer sie der amerikanischen Kontrolle zu entgleiten drohte, andererseits die permanente Bedrohung der Völker der Dritten Welt, die mit Termini wie „Terrorismus“, „Antisemitismus“, „Fundamentalismus“ oder „Kampf der Kulturen“ gerechtfertigt wird.



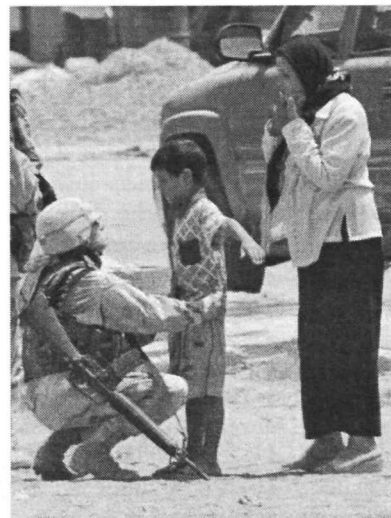
Auf Grundlage einer Logik der Gewalt und Bedrohung gegen ungehorsame Länder zwangen die USA dem Irak ein Embargo auf, das 13 Jahre währte und zwei Millionen Kinder und ältere Personen das Leben kostete. Fälle von Krebs und Missbildungen kommen noch immer zu Dutzenden vor und so wird es wohl auch

in Zukunft sein, solange das abgereicherte Uran in Iraks Boden bleibt.

Es sollte keinen Zweifel daran geben, dass das Embargo dem Irak aufgezwungen wurde, nicht weil er Massenvernichtungswaffen besaß, sondern weil er diese vernichtet hatte und darauf verzichtete, sie zu verwenden, auch wenn Amerika das Gegenteil behauptet.

Trotz aller Beweise, dass der Irak keine Massenvernichtungswaffen besaß; außer Acht lassend, was die Völker der Welt in Massendemonstrationen mit Millionen von Teilnehmern in fast allen Ländern des Globus forderten; und ungeachtet der UN-Resolutionen, die den Krieg ablehnten, griffen die USA den Irak an. Sie dachten, so wie eine Gruppe von verräterischen Handlangern es ihnen versichert hatte, dass die Iraker sie mit Blumen und Weihrauch begrüßen würden.

Heute liegt im sogenannten freien Irak die Arbeitslosenrate bei achtzig Prozent. Siebzig Prozent der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze. Die Inflation ist hoch. Es herrscht Knappheit an Grundnahrungsmitteln und anderen Basisgütern, sogar an Erdöl, und das im Irak, dem Land des Erdöls. Chaos hat die Sehnen der Gesellschaft durchtrennt



und Diebe, Zuhälter und Mädchenhändler sind allgegenwärtig. In den Tagen von Saddam, „dem Diktator“, mussten nur Personen, die in die Politik involviert waren, Angst haben. Heute, nach der sogenannten Befreiung haben nicht nur Politiker, sondern alle Menschen, vor allem Frauen, Angst. Frauen wagen es nicht auf die Straße zu gehen, aus Angst entführt und verkauft zu werden.

Die Amerikaner kamen in Verlet-



zung des Völkerrechts, in Verletzung des Willens des irakischen Volks. Sie kamen als Invasoren. Sie haben unser Land besetzt. Sie haben unsere wissenschaftlichen und Bildungsinstitutionen zerstört, unsere Infrastruktur und alles, was wir im Laufe der Geschichte des modernen irakischen Staates aufgebaut hatten. Sie haben alle Errungenschaften unserer Volks auf sozialem und kulturellem Gebiet zunichte gemacht. Sie haben unser Land um Jahrhunderte zurückgeworfen und sie werden uns noch weiter zurückdrängen, um uns zu kontrollieren. Angesichts dieser Entwicklungen hat das irakische Volk keine andere Wahl als den bewaffneten Kampf.

Was will der Widerstand? Um es einfach auszudrücken – er will die Besatzer vertreiben. Er will die Besatzer auf die eine oder andere Weise aus dem Irak verjagen. Er will verhindern, dass der Feind und Besatzer die irakischen Reichtümer ausbeutet, vor allem das Erdöl, und dass er Nutzen

aus den Arbeitsverträgen zieht.

Wer ist der irakische Widerstand? Das gesamte irakische Volk. Beteiligte sind die Ba'ath-Partei, die Salafi-Islamisten, die Linke, Unabhängige und andere. Und jeder, der sich mit den Irakern für die Befreiung des Irak vereinigen will, ist willkommen. Der amerikanische Militarismus hat uns vor eine Wahl gestellt: Entweder gewinnt er oder die Völker der Welt. Er zögert nicht zu sagen, dass der Irak sein Schlachtfeld im Kampf gegen den Terrorismus ist. Er zögert nicht jeden, der gegen die USA Widerstand leistet, der nicht mit ihren Positionen konform geht, als Terroristen zu betrachten, die ausgemerzt werden müssen. Angesichts dieser Tatsache fürchtet der irakische Widerstand nicht, als „terroristisch“ oder „antisemitisch“ oder sonst wie diffamiert zu werden, und es sollte sich auch niemand anderer, der den Widerstand verteidigt, davor fürchten.

Auf dem Boden des Irak wird heute das Schicksal der Welt – zumindest der Dritten Welt – entschieden. Wenn der irakische Widerstand gewinnt, wird die amerikanische Tyrannei ein für alle Mal beendet sein. Aber wenn die Amerikaner gewinnen,



so ist die Hoffnung der Völker der Dritten Welt auf Freiheit und Frieden verloren. In diesem Fall wird Unterdrückung, Ungerechtigkeit und andauernde Sklaverei durch eine Handvoll kapitalistischer Blutsauger festgeschrieben werden. Das ist die Zukunftsperspektive, die Euch, standhafte Menschen, davon überzeugen muss, sich im Kampf gegen den Besatzer auf die Seite des irakischen Volks zu stellen.

Die Rede wurde redaktionell bearbeitet und leicht gekürzt.



Stacheldrähte wie in Palästina

Bericht von einer Reise nach Palästina und Irak

Natürlich war ich aufgeregt als wir uns der König-Hussein-Brücke, die über den Jordan führt, näherten. Meine beiden Mitreisenden hatte ich vor dem Krieg in Bagdad kennen gelernt, als wir gemeinsam als menschliche Schutzschilde mithelfen wollten den Kriegsausbruch zu verhindern. Um es kurz zu machen, die Einreiseprozedur nach Palästina ist langwierig und unangenehm. Es sind keine hundert Kilometer von Amman nach Jerusalem. Wir stiegen um sieben Uhr in Amman ins Taxi und waren um 16 Uhr in Jerusalem. Die israelischen Grenzsoldaten sind äußerst penibel. Für Palästinenser kann es Tage dauern.

In Jerusalem trennten sich unsere Wege. Ich war überrascht, wie landschaftlich schön und gepflegt das Westjordanland ist. Die Olivenhaine sehen von der Ferne wie Weinberge aus, in Terrassen angelegt, eine uralte Kulturlandschaft. Um dort von Ort zu Ort zu kommen bedarf es allerdings Zeit, Geduld und Geld. Jerusalem etwa ist nur sieben Autominuten von Bethlehem entfernt, aber für die meisten Einwohner dieses geschichtsträchtigen Ortes, auch für die Christen, unerreichbar. Eine Frau sagte mir: „Aus der ganzen Welt kommen Menschen nach Jerusalem – wir können nicht.“

Von Jerusalem nach Ramallah sind es zwanzig Kilometer. Man nimmt also ein Taxi beim Damaskustor und nach ein paar Kilometern heißt es Aussteigen, wir sind beim Qalandiya-Checkpoint angelangt, in die Schlange einreihen. Glücklicherweise alle jene, die kein Gepäck zu schleppen und gutes Wetter erwischte haben. Bei Regen versinkt man bis zur halben Wade im Schlamm und bei der Sommerhitze ist es auch kein Vergnügen. Es sind einige hundert Meter zu überwinden, bis man wieder in ein anderes Taxi auf der anderen Seite einsteigen darf, nachdem Pass und Gepäck von israelischen Soldaten kontrolliert wurden, die alle mit Ma-

schinengewehren und anderen Dingen ausgerüstet sind. Halbe Kinder, die über Leben und Tod entscheiden. Ausländische Besucher werden normalerweise bevorzugt behandelt.

Solche Checkpoints gibt es zu Hunderten und dazu kommen noch die Straßenblockaden. Fast jedes palästinensische Dorf ist damit versehen, die Städte sowieso. Ein Erdhaufen gespickt mit Felsbrocken oder manchmal Betonblöcke verhindern das Durchkommen per Auto. Jede zu liefernde Ware muss abgeladen werden, über den Dreckhaufen – oder was auch immer die Blockade ausmacht – geschleppt werden, ein anderes Fahrzeug für die andere Seite bestellt und die Ware wieder aufgeladen werden – bis zum nächsten Checkpoint oder zur nächsten Blockade. Ich habe beobachtet, wie eine ganze Wagenladung von großen, schweren Propangasflaschen abgeladen, über Blockaden geschleppt und auf der anderen Seite wieder mühsam aufgeladen wurde. Eine zeit-, geld- und kräfteraubende Prozedur, die reinste Schikane, das hat nichts mit Sicherheit zu tun. Es wäre natürlich leicht für ein paar kräftige Männer diese Hindernisse aus dem Weg zu räumen, dann ist allerdings mit schweren kollektiven Strafen zu rechnen. Kein Palästinenser getraut sich auch nur eine Erdkrume zu entfernen. Die wirtschaftliche Strangulierung ist beabsichtigt.

Über Nacht wurde ein Checkpoint errichtet, der das Dorf in zwei Hälften teilte. Wir, eine Gruppe von neun Ausländern, mussten erleben, wie Menschen sechs Stunden vor dem geschlossenen Checkpoint warten mussten, manche knieend. Uns wurde erlaubt zu passieren, allerdings weigerten wir uns und teilten den Soldaten mit, wir würden mit den Palästinensern warten, worauf der Checkpoint geöffnet wurde. Am nächsten Tag war er wieder geschlossen. Ich kann mich nur wundern, mit welcher Engelsgeduld die Palästinenser diese Schikanen, Erniedrigungen und Demütigungen ertragen.

Unter den vielen Ereignissen in der kurzen Zeit war auch eine friedliche Demonstration gegen die Mauer, zusammen mit Palästinensern und vielen Internationalen, bei der die israelischen Soldaten mit Tränengas auf uns schossen. Der Wind war allerdings auf unserer Seite und blies das Zeug wieder zurück.

Anfang Januar ging es weiter in den Irak. Die Ausreise war ohne Probleme. Wie kamen um 19 Uhr in Amman an und fuhren noch in der Nacht um ein Uhr weiter nach Bagdad. Es war eng, fünf Passagiere und der Chauffeur. Um sieben Uhr passierten wir die jordanisch-irakische Grenze. Die Jordanier kontrollieren genau, dagegen ist die irakische Grenze ein Witz. Ein Visum war nicht erforderlich, unser Chauffeur stieg aus, nahm die Pässe, verschwand hinter einem Verschluss, war nach zwei Minuten wieder mit den gestempelten Pässen zurück – das war's. Zwei amerikanische Soldaten saßen gelangweilt auf einer Bank, niemand kontrollierte, ob die Pässe mit den Insassen des Autos übereinstimmten, geschweige denn eine Gepäckkontrolle. Eine kleine Kostprobe der neuen Freiheit im Irak. Im Niemandsland gibt es eine Zeltstadt, es war nicht zu eruieren, wie viele Menschen dort gestrandet sind.

Gegen Mittag erreichten wir den Euphrat und damit hat die Wüste ein Ende. Es wird grün, plötzlich gibt es Palmen und anderes Gebüsch, aber auch erste erkennbare Zeichen des Krieges. Die Leitplanken sind niedergewalzt, auch eine Brücke zerstört, wir mussten die Autobahn verlassen und auf einer Piste durch das trockene Wadi die zerstörte Brücke umfahren. Es sind fast nur Tankfahrzeuge und Autotransporte unterwegs. Unentwegt werden neue, alte Autos nach Bagdad gekarrt. Falluja war schon vor den Ankündigungstafeln zu erkennen. Es kreisten die



Hubschrauber und die ersten Militärkonvois tauchten auf. Ein Grund für mich nervös zu werden, denn wo amerikanische Soldaten – da Gefahr. Wir erreichten Bagdad ohne Zwischenfälle, große Wiedersehensfreude mit Donna, Uzma, Helen, Kevin, Gordon – alle ehemalige menschliche Schutzschilder, die zum Teil über den Krieg geblieben waren und jetzt ein Straßenkinderprojekt auf die Beine stellen. Straßenkinder gab es vor dem Krieg nicht. Sie leisten Großartiges – sie und ihr Projekt mit eigenen Augen zu sehen und auch zu erfahren, was aus Bagdad geworden ist, das war der Grund meiner Reise. Es gibt viel Zerstörung, das ehemalige Pressezentrum total ausgebrannt, die Rashidstraße hat es arg erwischt, dort liegt noch der Schutt herum, viele ausgebrannte Gebäude, die Uferstraße (Abu-Nawas-Straße) gegenüber dem Regierungsviertel gesperrt. Dort gibt es mehrere Galerien, die sich durchaus mit westlichen messen können. Vor dem Krieg kaufte ich in einer vier Bilder und war natürlich sehr erfreut, dass Besitzer und Gebäude den Krieg äußerlich ohne Schaden über-

lebt hatten. Diesmal erstand ich nur drei Bilder. Ahmad erkannte mich sofort wieder und wir hatten ein längeres Gespräch bei Tee und Kuchen. Er ist froh, dass Saddam weg ist, allerdings wie die meisten, mit denen ich gesprochen habe, enttäuscht über die neue Freiheit – Marke Amerika. Seitdem die Straße gesperrt ist, kommen auch keine Kunden vorbei, obwohl das Hotel Palestine nur einen Steinwurf entfernt ist. Strom gibt es nur stundenweise – Pech für alle, die sich keinen Generator leisten können. Das ist die Mehrheit. Benzin ist ebenfalls Mangelware – kilometerlange Schlangen vor den wenigen offenen Tankstellen, das bedeutet sechs bis acht Stunden Wartezeit. Offizieller Preis für einen Liter Benzin ist zwanzig Dinar, am Schwarzmarkt für fünfhundert Dinar pro Liter zu haben. Wohin das schwarze Gold versickert, niemand weiß es. Brandverletzungen vor allem bei Kindern sind in unerträglicher Weise gestiegen, weil sich fast niemand das Kerosin für die Öfen zum Heizen und Kochen leisten kann und die Leute deshalb irgendein minderwertiges

Gemisch zusammenbrauen, das ganz leicht explodiert. Das Telefonnetz noch immer nicht repariert, seit 1. Januar 2004 gibt es Handies, aber wer kann sich das schon leisten. Es gibt keine Arbeit, kein Einkommen. Der reichste Mann in Bagdad ist angeblich der Besitzer eines privaten Sicherheitsdienstes – die sind überall anzutreffen, vor Banken, Geschäften, Internetschops. Die meisten Autos sind ohne Kennzeichen und viele Fahrer nützen die neue Freiheit und kümmern sich nicht um Verkehrsregeln. Irakische Polizisten sind kaum auf der Straße, genauso wenig wie amerikanische Soldaten. Die fahren nur in ihren gepanzerten Ungetümen die Straßen auf und ab und verbreiten Angst und Schrecken. Die Militärverwaltung CPA (Coalition Provisional Authority) hat sich in den Palästen Saddams eingemischt (regime change), die Soldaten wohnen in den Militärlagern, die sie bevorzugt neben den ehemaligen "family amusement parks" errichten. Wir waren eines Tages mit den Straßenkindern in einem Bus unterwegs und mussten vor drei solcher Einrichtungen kehrt machen, weil daneben die Amis ein Camp errichtet und das ganze Areal mit rasiertenschneidigem Stacheldraht umzäunt haben. Dieser Draht erfreut sich jetzt im Irak genauso großer Beliebtheit wie in Palästina. Ansonsten herrscht Chaos. Müllabfuhr funktioniert noch immer nicht. Wir fuhrten sehr viel in Bagdad herum. Ich habe nirgendwo gesehen, dass irgendetwas repariert wurde. Allerdings, die Eingangshallen des Palestine und des Sheraton Hotels wurden neu und sehr chic gestaltet, offensichtlich damit die armen Businessmen nicht Heimweh bekommen.

Frauen im Irak sind zunehmend alarmiert, seit bekannt wurde, dass das bestehende Familienrecht abgeschafft und islamisches Recht eingeführt werden soll. Diese neue Gesetz wurde vom 25-köpfigen Regierungsrat mit einer geringen Mehrheit hinter verschlossenen Türen am 29. Dezember beschlossen und von konservativen schiitischen Mitgliedern ausdrücklich befürwortet. Das

alte Gesetz war nicht perfekt, aber es war das modernste und fortschrittlichste in der islamischen Welt. Was die Frauen am meisten schmerzt, ist, dass die Gesetze während der Tyrannei von Saddam Hussein moderner und liberaler waren als die zu erwartenden neuen Gesetze. Seit 1959 wurde das zivile Familienrecht ständig verbessert und weiterentwickelt. Das alte Gesetz verbietet die Eheschließung vor dem 18. Lebensjahr, die eigenmächtige Scheidung, die männliche Bevorzugung bei der Vormundschaft der Kinder und befürwortet die Gleichbehandlung der Geschlechter beim Erbrecht.

Es ist zu befürchten, dass diese Änderung die irakischen Frauen um Jahrhunderte zurückwerfen wird, wie das die afghanischen Frauen erleben mussten. Nach dem Sturz von Saddam Hussein haben viele Frauen gehofft, dass die neuen Autoritäten das Familiengesetz weiter liberalisieren würden, statt dessen wird das neue Gesetz die irakischen Frauen zurück ins Mittelalter bringen. Es wird jedem Mann erlauben vier bis sechs Frauen zu haben und den Frauen die Kinder wegzunehmen. Es wird jedem Mann, der sich als Kleriker bezeichnet, erlauben, ein islamisches Gericht zu eröffnen und ihm das Recht einräumen zu entscheiden wer heiraten oder sich scheiden lassen darf. Während verschiedener Treffen haben Frauen wiederholt darauf hingewiesen, dass sie sogar während der repressivsten politischen Unterdrückung der Saddam-Ära vor unfairen Interpretationen der Sharia geschützt waren. „Wir müssen das neue Gesetz verhindern“, sagte Zakia Ismail Hakki, eine pensionierte Familienrichterin und ausgesprochene Gegnerin des neuen Gesetzes.

Es war nicht einfach mich wieder in Wien zurecht zu finden. Die ersten paar Tage fühlte ich mich als wäre ich im Hotel Palestine in Bagdad – das ist nicht die Wirklichkeit, eine kleine Insel in all dem Chaos rundherum.

Waltraud Schauer

Waltraud Schauer ist Aktivistin der *Frauen in Schwarz*, Wien und war vor Kriegsausbruch als menschliches Schutzschild im Irak.

Repression gegen Palästinenser in Israel

Presseerklärung von Abna' al-Balad

Verhaftung des Generalsekretärs von Abna' al-Balad, Muhammad Kana'ana, des ZK-Mitglieds Husam Kana'ana und der Redaktionssekretärin der Zeitschrift *al-Jil al-jadid*, Sahar 'Abdu

Am Samstag, den 7. Februar 2003 um vier Uhr morgens drang ein großes Kontingent israelischer Polizei, Grenzpolizei und des Geheimdiensts in das Haus Muhammad As'ad Kana'anas (Abu As'ad) – des Generalsekretärs von *Abna' al-Balad* (Kinder des Dorfs) – im Dorf Araba in Galiläa ein. Nachdem sie das Haus gründlich durchsucht hatten, beschlagnahmten sie den Computer und Dokumente der Bewegung und Kulturvereinigung *Abna' al-Balad*. Während der Durchsuchung wurde ein großer Teil der Einrichtung absichtlich zerstört, die kleinen Kinder der Familie verängstigt und Abu As'ads Frau und Kinder physisch angegriffen. Sie durchsuchten und konfiszierten auch die Autos von Abu As'ad und dessen Bruder Husam Kana'ana, eines Mitglieds des Zentralkomitees. Dieselbe Truppe attackierte das Büro von *Abna' al-Balad* in Araba, brach die Eingangstüre und die Türen im Lokal auf, beschlagnahmte den Computer und einige Dokumente und verstörte die Nachbarn. Gleichzeitig trat eine Gruppe von zehn Polizisten und Geheimdienstleuten in Zivil in der Hafenstadt Haifa auf den Plan und holte das Mitglied des Zentralkomitees Yoav Bar aus seinem Haus, durchsuchte den Club und das Kulturzentrum von *Abna' al-Balad*. Sie verwüsteten das Kulturzentrum, zerstörten Möbel, Bücher, Zeitschriften und Dokumente. Sie rissen Poster mit Bildern palästinensischer Opfer der israelischen Besatzung von den Wänden. Als alles am Boden lag, kippten sie Müll, Öl und Reinigungsmittel auf die Berge von Büchern und Zeitschriften. Währenddessen drohten sie Genossen Bar mit Verwahrungshaft (Gefängnisstrafe ohne Anklage und

Gerichtsverfahren, d.Red.) und erklärten ihm, sie hätten Lust ihn auf der Stelle zu erschießen. Nach über einer Stunde verließen die Vandalen das Lokal und zogen mit den Computern, dem Archiv und vielen Dokumenten ab.

Ebenfalls am gleichen Tag, um 19 Uhr, wurde die Redaktionssekretärin der Zeitschrift *al-Jil al-jadid* (Neue Generation) von der israelischen Polizei verhaftet, als sie von einem Besuch in Jordanien zurückkehrte. Eine Stunde später, um 20 Uhr, verlängerte ein Richter in Akka die Haft von Abu As'ad und Husam um zehn Tage. Sie dürfen keinen Kontakt mit Anwälten haben und die Beweise, die angeblich gegen sie vorliegen, sind „geheim“. *Abna' al-Balad* ist eine legale politische Organisation der palästinensischen Massen in den 1948er-Gebieten (im Staat Israel, d.Red.). Wir verteidigen die Rechte der PalästinenserInnen gegen die zionistische rassistische Unterdrückung und fordern eine demokratische Lösung der Palästinenserfrage durch die Errichtung eines demokratischen Staats im gesamten historischen Palästina.

8. Februar 2003

Weitere Informationen:
www.abnaa-elbalad.org



Israelische Armee als Bankräuber

Am 24. Februar rückten israelische Truppen in Ramallah im besetzten Westjordanland ein und überfielen mehrere Banken. Palästinensische DemonstrantInnen warfen Steine auf die Räuber, das organisierte Verbrechen in Gestalt der israelischen Regierung setzte Tränengas, gummi-ummantelte Stahlgeschosse und scharfe Munition gegen die Protestierenden ein. Der Coup war gründlich geplant worden: Schon tags zuvor hatte die Armee Bankangestellte entführt, die nun mit vorgehaltener Waffe gezwungen wurden, Konten per Computer zu manipulieren. Die Überwachungskameras wurden abgedeckt. Laut eigenen Angaben erbeutete die israelische Armee „sechs bis neun Millionen us-Dollar“ in bar. Ein Armeesprecher erklärte, es handle sich um Terrorgelder und die israelische Regierung würde sie „für humanitäre Hilfe für Palästinenser“ verwenden. 42 PalästinenserInnen wurden von den Soldaten verletzt. Es ist zu befürchten, dass die Bankräuber strafflos ausgehen.

Die jordanische Regierung protestierte gegen die Ausraubung jordanischer Banken. Es handle sich um eine Verletzung des Friedensvertrags von 1994. Richard Boucher, Sprecher des us-Außenministeriums, zeigte Verständnis für den Raub und meinte bloß, dass die israelische Regierung die Aktion mit den palästinensischen Behörden koordinieren sollte. Der Knesset-Abgeordnete Yuval Steinitz (Likud) erklärte zum Terrorismus-Vorwurf: „Wir sind im Krieg gegen die Palästinenser und gegen die Palästinensische Behörde. Es geht hier nicht um Beweise.“

Es handelt sich um einen weiteren schweren Schlag gegen die zivile Infrastruktur der PalästinenserInnen.

Quellen: BBC, al-Jazira, 25. Februar 2004; Ha'aretz, Jerusalem Post, New York Times, 26. Februar 2004

Rassismus und Gewalt in Haifa

Am 15. Februar 2004 machte sich Issa Ghanaïm auf den Weg zur Arbeit. Als er das Auto startete, hörte er ein eigenartiges Geräusch und entdeckte eine Bombe, die an die Unterseite des Wagens geheftet war. Er löste den Sprengsatz ab und warf ihn an den Straßenrand, wo er explodierte ohne Schaden anzurichten. Es ist der fünfte Anschlag dieser Art in Haifa. Am 28. Juni 2002 – einem Freitag – wurde eine Bombe beim Eingang der Moschee im Halisa-Viertel gezündet. Jamila Agbariyah, die beim Anschlag auf die Moschee verletzt wurde, wurde von der Sozialversicherung nicht als Terroropfer anerkannt. Die Versicherung erklärte, dass selbst wenn die Polizei das Ereignis als Terrorangriff qualifizierte, würde sie keine Entschädigung erhalten, da israelische Gesetze Terroranschläge, die von Juden verübt werden, nicht als feindliche Terroraktivität klassifizieren.

Ähnliche Bomben explodierten bei den Häusern palästinensischer Bewohner dieses Viertels. Vor kurzem explodierte eine Bombe im Auto des Knesset-Abgeordneten Issam Makhul. In all diesen Fällen verliefen die polizeilichen Ermittlungen im Sand. Diese Anschlagsserie führt zu dem Schluss, dass es eine rassistische Terrorgruppe in Haifa gibt, deren Ziel es ist PalästinenserInnen zu töten. Statt diesen Anschlägen ein Ende zu setzen, wurden Untersuchungen ohne Ergebnis abgeschlossen und „verrückten Elementen“ wird mit Verständnis und Toleranz begegnet. Die Anschlagsserie reißt nicht ab.

Die Kommunistische Partei Israels, *Abna' al-Balad*, BALAD, Islamische Bewegung und Ta'ayush rufen zu einer Vereinigung gegen diese Bedrohung auf.

Quelle: Ha'aretz, 4. März 2004, gemeinsame Presseerklärung von Kommunistische Partei Israels, Abna' al-Balad, BALAD, Islamische Bewegung, Ta'ayush

Den Haag um 188 Dollar

Für alle, die gerne günstig reisen, gab's im Februar 2004 ein attraktives Angebot: ein Flug von Tel Aviv nach Haag für nur 188 Dollar (statt 300-350). Als Gegenleistung müssen die Passagiere vor dem Internationalen Gerichtshof für Israel demonstrieren, während dieser über die Legalität des Trennzauns berät. Hinter dieser Initiative steht der Verein „Die zivile Koalition“, ein Verein, der Volontäre anwirbt, um sich für Themen einzusetzen, bei deren Behandlung die Regierung auf Schwierigkeiten stößt. Er wandte sich an eine Reihe von Reisebüros und Fluggesellschaften, bis es ihm gelang, das attraktive Angebot zu erhalten. Hunderte Israelis machten davon Gebrauch.

Quelle: JED, 13. Februar 2004



Palästinensischer Staat in der Wüste?

Der rechtsradikale israelische Wohnbauminister Effi Eitam schlug am 18. Februar 2004 vor, dass Ägypten den Palästinensern ein Stück Wüste auf der Sinai-Halbinsel für einen palästinensischen Staat übergeben sollte: Ägypten könnte den Palästinensern unbewohnte Gebiete am Sinai geben, damit sie dort einen Staat gründen. „Das würde das Problem der Überbevölkerung im Gazastreifen lösen“, sagte Eitam von der Nationalreligiösen Partei (Mafdal) im israelischen Rundfunk. Weiters schlug er vor, dass die Palästinenser des Westjordanlands die jordanische Staatsbürgerschaft erhalten sollten – „Das würde ihnen eine Stimme im jordanischen Parlament geben“ – während das Gebiet von Israel annektiert werden soll.

Quelle: AP, 18. Februar 2004

Mehr Siedler für die besetzten Gebiete

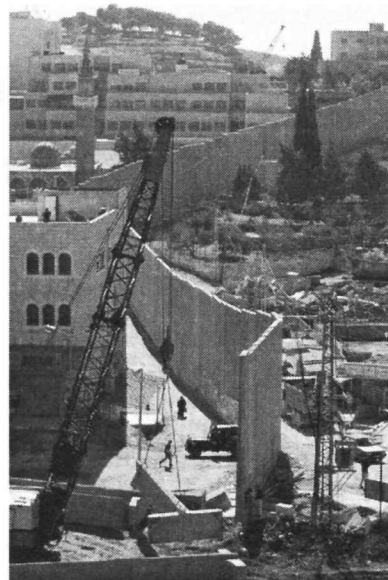
Im Jahr 2003 wurden laut Angaben der israelischen Regierung um 35% mehr israelische Siedlungen in den besetzten Gebieten gebaut als 2002. Insgesamt wurden 2003 neue Wohnungen für 1 850 Siedler errichtet. Der Wohnbau in Israel selbst ging hingegen um acht Prozent zurück. Alle Siedlungen in den besetzten Gebieten sind nach internationalem Recht illegal. Selbst Siedlungen, die nach „israelischem Recht“ illegal sind („nicht-autorisierte Außenposten“), werden von der israelischen Armee geschützt und vom Staat mit Straßen, Strom und Wasser versorgt. 70 000 PalästinenserInnen, die seit 1948 israelische Staatsbürger sind, deren Dörfer im Naqab/Negev aber von der Regierung „nicht anerkannt“ werden, warten bis heute auf solche Infrastruktur.

Quellen: al-Jazira, Ha'aretz, Guardian 3. März 2004

Gib auf, wir haben deine Frau

Am 15. Februar 2004 zeigte der arabische Sender al-Jazira ein weiteres Mal in einem Bericht, wie das us-Militär im Irak vorgeht. Wird bei einer Durchsuchung statt des gesuchten vermutlichen Widerstandskämpfers nur dessen Frau gefunden, so wird diese im Austausch für einen Zettel mit diesem Satz mitgenommen: „Gib auf, wir haben deine Frau.“ Es wird vermutet, dass sich Dutzende irakische Frauen aus diesem Grund in us-Gefangenschaft befinden, auch wenn dies von Unteroffizier Robert Cargie in Tikrit bestritten wurde: „Das ist absolut nicht wahr. Wir verhaften Personen aufgrund von Hinweisen und Geheimdienstinformationen, dass die betreffende Person an Anti-Koalitions-Aktivitäten beteiligt ist. Wir nehmen diese Personen unabhängig vom Geschlecht ins Visier und tun unser Bestes, sie gefangen zu nehmen“, sagte er. Dr. Muzhir al-Dulaymi, der Sprecher der „Liga zur Verteidigung der Rechte des irakischen Volks“ sagte gegenüber al-Jazira allerdings, dass die Organisation „die Angelegenheit der Ehefrauen von Verdächtigen mit den us-Streitkräften besprochen hat.“

Quelle: Freace.de, 16. Februar 2004



Irakische Widerstandsfront

Im Editorial der Zeitschrift der Irakischen Patriotischen Allianz (IPA) *Muqawama* (Widerstand, Nr. 16, 15. Februar 2004) kündigt Jabbar al-Kubaysi ihren Willen an, die IPA in eine politische Partei umzuwandeln. Die im Jahr 1992 gegründete Koalition ruft zu einer Nationalversammlung auf der Basis der wichtigsten nationalen Interessen des irakischen Volks auf. Sie strebt den Dialog mit allen nationalen Kräften an, um ein gemeinsames politisches Widerstandsprogramm zur Befreiung des Landes von der imperialistischen Besetzung zu formulieren. Sie verurteilt die Politik der einstigen irakischen Opposition, die diese zu einem Handlanger des Kolonialismus werden ließ. Die Ereignisse hätten die Richtigkeit der Politik der nationalen Versöhnung aller Widerstandskräfte, die von der IPA eingeschlagen wurde, gezeigt. Die Allianz, die aus verschiedenen politischen Strömungen besteht, will sich mit diesem Entschluss für alle Iraker – ungeachtet des ideologischen, religiösen oder politischen Hintergrunds – öffnen. Die Form der Koalition hat ihre historische Rolle ausgespielt und sie muss sich den heutigen politischen Entwicklungen anpassen.

Quelle: Muqawama



Folter und Mord im Irak

Ein britischer Soldat hat gegenüber der britischen Tageszeitung Sun sein Schweigen über die Misshandlungen an neun gefangenen Irakern in Basrah, die zum Tod eines der Iraker geführt hatten, gebrochen. Bereits Anfang des Jahres hatte der britische Independent über den Fall von Baha Mousa berichtet. Die detaillierte Aussage des Soldaten wischt allerdings auch die letzten Zweifel weg und offenbart die Brutalität, mit der vorgegangen worden ist.

Die neun Iraker wurden in einer drei mal drei Meter großen Zelle gefangengehalten und gezwungen, stundenlang in „Belastungsstellungen“, also beispielsweise mit ausgestreckten Armen oder auf den Knien, zu verharren. „Sie mussten so bleiben, bis sie umfielen und es nicht mehr aushielten“, so der Soldat. Dann wurden sie getreten und geschlagen oder in eine neue Haltung gezwungen. Der Soldat berichtet: „Die anderen Soldaten wurden in Belastungsstellungen, immer noch mit verdeckten Augen, im Gefängnisstrakt gehalten. Das war, als die Schläge weitergingen. Einige der Jungs kamen nur vorbei, traten ihnen in den Bauch und schlugen sie. Das Stöhnen, Ächzen und Schreien ging endlos weiter. Die Gefangenen flehten: ‚Bitte aufhören, bitte aufhören.‘ Sie waren früh am Morgen hereingebracht worden und die Schläge

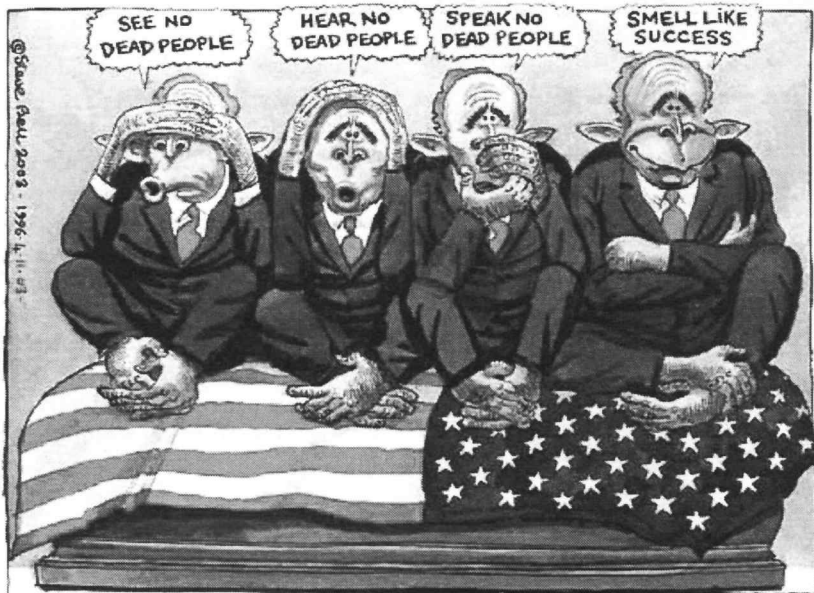
gingen bis in die nächste Nacht und den nächsten Tag weiter – ohne Unterbrechung. Die Soldaten machten sich einen Spaß daraus – beschimpften sie, ließen ihre Aggressionen an ihnen aus. Es gab Faustschläge, Tritte und Schläge. Sie schrieten, fluchten und brüllten sie an – sie nannten sie ‚dumme irakische Bastarde‘ und ‚beschissene Pakis‘ [Pakistanis]. Während der ganzen Zeit wurden die Gefangenen in Belastungsstellungen gehalten. Man erlaubte ihnen nicht, sich hinzulegen und zu schlafen. Sie pissten und schissen sich an, weil sie solche Angst hatten. Man machte sich über sie lustig, wenn sie das taten. Sie weinten und schrieten vor Schmerzen. Es war so laut, dass es einige der Soldaten in nahegelegenen Unterkünften wach hielt.“

Musa starb schließlich an den Misshandlungen. Er hatte mindestens fünfzig Verletzungen.

„Ich sah ihn einmal ohne die Kapuze. Er hatte ein stark geschwollenes blaues Auge, seine Nase war gebrochen und es sah aus, als wäre sein Kiefer ausgerenkt. Sein Gesicht war blutig“, erzählte der Soldat. „Sie wurden schlimmer als Tiere behandelt.“

„Untersuchungen“ der britischen Behörden verliefen bislang ergebnislos.

Quellen: Independent, 4. Januar 2004; Sun, Februar 2004 (Internet), Freace.de



Wien:

150 Menschen demonstrieren für ein Ende der Besatzung

Rund 150 Menschen demonstrieren am 17. Januar 2004 in Wien gegen die Besetzung des Irak. Seit dem Ausbruch des ersten Golfkrieges 1991, wird jährlich an diesem Tag für das irakische Selbstbestimmungsrecht demonstriert. Das Bündnis „Freiheit für den Irak“ (Irakische Gemeinde, Palästinensische Gemeinde, ArbeiterInnenstandpunkt, Revolution, Antiimperialistische Koordination, Arabischer Palästina-Club, ДНКС-Informationsbüro) hatte zur diesjährigen Kundgebung aufgerufen. Die lautstarke Demonstration zog mit Transparenten, palästinensischen und irakischen Fahnen von der Universität Wien zur us-Botschaft, wo Reden der organisierenden Gruppen gehalten wurden. Eröffnet wurde mit einer Rede von Dr. Nuri al-Muradi von der Irakischen Kommunistischen Partei (Kader), der für die Demonstration angereist war. In den Reden wurde vielfach auf die Wichtigkeit des irakischen Widerstands in all seinen Formen, auf seine Legitimation durch das Völkerrecht, sowie auf die Illegitimität und Brutalität der Besatzer hingewiesen. Ebenso wurden die irakischen Führer im von den US-Amerikanern eingesetzten Übergangsrat als Kollaborateure verurteilt. Zum Abschluss der Kundgebung trat die Dabka-Gruppe des Arabischen Palästina-Clubs auf und gab eine Vorstellung von palästinensischem Volkstanz. Im Anschluss an die Kundgebung veranstaltete das Bündnis „Freiheit für den Irak“ eine Diskussion mit Dr. Nuri al-Muradi über die Lage des Widerstands im Irak und über verschiedene Perspektiven eines zukünftig befreiten Irak. Wichtig erschien es nach diesem Aktionstag die Mobilisierung nicht einzustellen, sondern für einen antiimperialistischen Block auf der Demonstration am 20. März zum ersten Jahrestag des US-Angriffskriegs zu arbeiten.

Antiimperialistische Koordination

Mumbai Resistance 2004

Auf dem Weg zu einem antiimperialistischen Pol

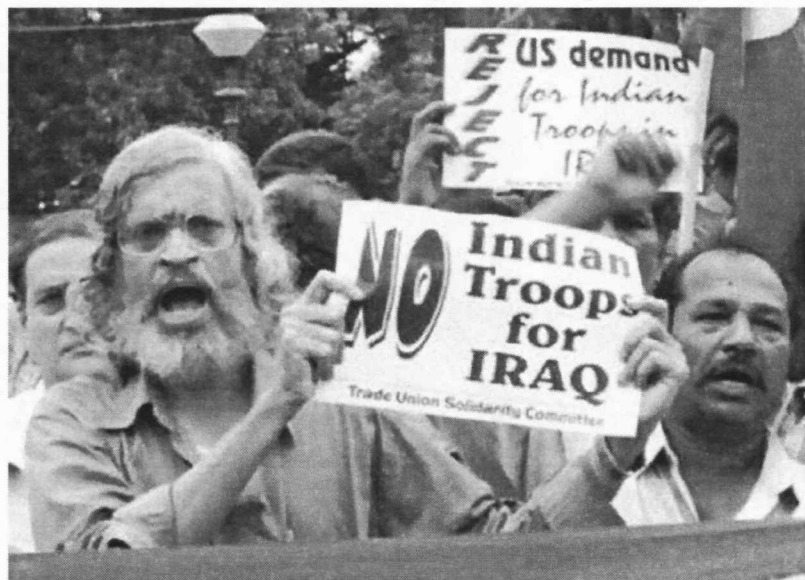
Vom 17. bis 20. Januar 2004 trafen sich tausende Menschen in den Foren von *Mumbai Resistance 2004* (MR2004), einer Veranstaltung, die parallel zum Weltsozialforum (WSF) abgehalten wurde. Mit seinen dreißigtausend Teilnehmern war MR2004 nicht nur eine deutlich sichtbare Herausforderung der linksliberalen französisch-brasilianischen Führung des WSF durch die antiimperialistischen Kräfte, sondern auch dank der vorangegangenen Versuche in Porto Alegre, Genua, Thessaloniki und anderen Orten ein neuerliches Forum eine revolutionäre Stimme zu erheben. Auf vielen Mauern in Mumbai konnten die Leute lesen: „Der Imperialismus kann nicht humanisiert werden – er muss zerstört werden“, „Debatte ist nicht genug, wir müssen handeln“, „Unterstützt den irakischen Widerstand“. Der wirkliche Schritt vorwärts zeigte sich darin, dass zum ersten Mal seit dem Entstehen der Antiglobalisierungsbewegung die antiimperialistischen Kräfte bewiesen haben, dass sie nicht nur im Stande sind die notwendige Kritik auszusprechen, sondern auch dazu, sich tatsächlich unabhängig zu organisieren und nächste Aktionen zu planen.

In Indien fiel der Aufruf für MR2004, der ursprünglich vom All Indian Peoples' Resistance Forum (AIPRF) lanciert wurde, auf fruchtbaren Boden.

Die unteren Klassen und Kasten hatten genug vom WSF und seinen indischen Verbündeten, die nur versuchen der brutalen kapitalistischen Globalisierung ein menschliches Gesicht zu geben – ein Versuch der Tag für Tag scheitert. Sowohl der sich beschleunigende us-Kriegszug gegen jede Opposition, welche die Rechte der Ausgebeuteten dieser Welt verteidigt, als auch die Unfähigkeit und der Unwillen der historischen Lin-

ken dem Diktat des Imperialismus etwas entgegenzusetzen sprechen für sich selbst.

In den Staaten Westbengalen und Kerala beispielsweise, die seit Jahrzehnten von der *Kommunistischen Partei Indiens (Maoisten)* regiert werden – einer der Hauptorganisatoren des WSF – werden die neoliberalen Rezepte erbarmungslos implementiert. So nahmen hunderte von Organisationen der am meisten Unterdrückten und Ausgebeuteten an MR2004 teil, viele kamen vom WSF: Dalits (die Kaste der Unberührbaren), landlose Bauern, Adivasis (Indigene und Stämme) und die unterdrückten nationalen Minderheiten.



Bemerkenswert war die zahlreiche Teilnahme von Muslimen, die sich gegen die chauvinistische Hindutva-Bewegung organisieren. Diese zeichnet für eine Serie von Massakern gegen Muslime verantwortlich, deren trauriger Höhepunkt das Massaker von Gujarat 2002 war.

Aber auch innerhalb des WSF spiegelte sich der Ruf, der von MR2004 ausging, durch ein wachsendes antiimperialistisches Gefühl wider. In

vielen Foren zum us-amerikanischen Kriegszug sprachen sich Menschen für die Unterstützung des Widerstands jener, die angegriffen und besetzt werden, aus – zuallererst im Irak, aber auch in Palästina, Afghanistan und Kaschmir. Im Krieg zwischen dem Imperialismus und den unterdrückten Völkern nützt Neutralität und Pazifismus nur dem Aggressor. Die Legitimität aller Mittel des Widerstands – inklusive des bewaffneten Kampfs – findet mehr und mehr Anerkennung. Tatsächlich hatten es die moderaten WSF Führer aus Europa schwer die Interessen der imperialistischen Mittelschicht unter dem Slogan der „Zivilgesellschaft“ zu vertei-

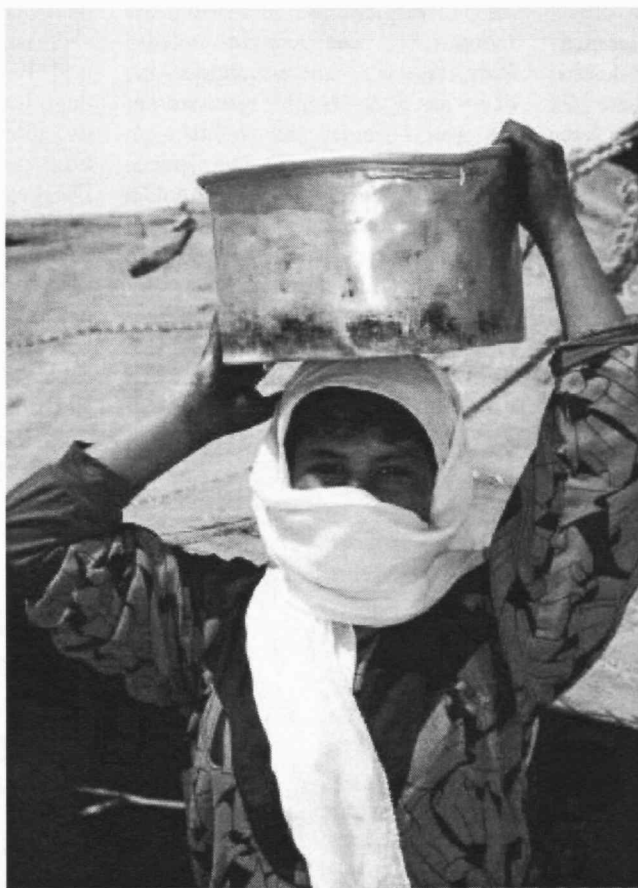
digen. Als Arundhati Roy sagte, „dass wir zum irakischen Widerstand werden müssen“, drückte sie damit ein verbreitetes Gefühl aus. Es war kein Zufall, dass sie sich dazu entschloss nicht nur beim WSF zu sprechen, sondern auch bei MR2004. Es war eine freie politische Entscheidung, die bestätigt, dass die vereinigten antiimperialistischen Kräfte ein unbestreitbarer Faktor und ein Anziehungspunkt geworden sind.

Sowohl die indische als auch die globale kooperative Medienlandschaft musste MR2004 zu Kenntnis nehmen. Das indische Wochenmagazin *Outlook* vom 26. Januar schloss seinen Artikel über das WSF mit den folgenden Zeilen: „Nun, was wird dieses Forum erreichen? Bestimmt wird es lebhaften, zahlreichen Austausch geben. Aber wird die Welt sich ändern? Unterstützer des WSF sagen ja. Aber seine Kritiker sehen in ihm ein neues Woodstock, das das Ende aller Kriege in der Welt verspricht. Das war 1969.“ Und Darshan Pal, Organisator von MR2004, zitiert: „Die großen NGOs, die direkt das Geld von Kooperation und Regierungen annehmen, die den Kapitalismus fördern, sind Cheerleaders dieses großen Spiels. Wie können sie zur gleichen Zeit die Globalisierung bekämpfen und sie fördern?“

In den angeregten Diskussionen im Rahmen von MR2004 kamen die entscheidenden Fragen der indischen Volksmassen zur Sprache. Der Kampf gegen den Hindutva-Faschismus der oberen Kasten, der verantwortlich für einen beispiellosen Genozid gegen die Muslime ist, wurde verknüpft mit der Forderung nach einer radikalen Landreform, wodurch das Rückgrat des Kastensystems selbst gebrochen werden würde. Das Recht auf Selbstbestimmung für die Minderheiten wurde bestätigt. Zu diesem Thema erhielt insbesondere ein Aktivist aus Kaschmir und dem Nordosten das Wort. Gleichzeitig wurde der indische Expansionismus auf dem Subkontinent verurteilt. Der Kampf gegen den POTA, das indische Äquivalent zum amerikanischen Patriot Act, der die elementaren demokratischen Rechte verletzt, muss fortgesetzt werden, um die Achse, die von der indischen Elite mit den USA und Israel

forciert wird, zu zerstören.

Irak wurde als der Hauptschauplatz des Kampfs gegen den US-Veruch ein globales Imperium zu errichten anerkannt. Es herrschte breite Zustimmung darüber, dass die anti-imperialistischen Kräfte den irakischen Widerstand bedingungslos unterstützen und sich bis zum Sieg um ihn scharen müssen. Die Invasoren zu vertreiben bedeutet dem imperia-



listischen und kapitalistischen System der Welt, dessen tragendes Element die USA sind, einen empfindlichen Schlag versetzen.

Auf dieser Basis werden die anti-imperialistischen Kräfte, die sich in Mumbai versammelten, nicht nur am internationalen Aktionstag am 20. März gegen die Besetzung teilnehmen, sondern auch weitere Schritte setzen, über die eine internationale anti-imperialistische Koordination befinden wird. Die Vorschläge, die eingebracht wurden, sind unter anderem ein internationaler Aktionstag zur Unterstützung des Widerstands am

25. September zum Jahrestag der Intifada, eine Solidaritätsdelegation zum irakischen Widerstand, sowie die Bildung von Komitees „Freier Irak in Unterstützung des Widerstands“. In Indien, Pakistan, Bangladesch, Italien, Deutschland, Dänemark und Österreich wurden solche Komitees bereits gebildet. Viele andere haben ähnliche Vorhaben signalisiert und die Idee einer internationalen Konferenz wurde besprochen.

Es scheint, als wolle das WSF 2005 wieder nach Porto Alegre unter die Fittiche von Lulas Arbeiterpartei (PT) zurückkehren – zu einer Regierung, welche die neoliberale Agenda umsetzt und damit mehr und mehr die Hoffnungen der verarmten Volksmassen enttäuscht. Ohne die imperialistischen Interessen anzugreifen, wurde weder eine Landreform noch irgendeine andere ernsthafte Verbesserung für die armen Klassen erreicht. Lula und die PT zeigen der Welt praktisch, dass eine andere Welt innerhalb des kapitalistischen Imperialismus unmöglich ist. Ein neues WSF in Porto Alegre kann sich daher als Eigentümer für seine linksliberale Führerschaft entpuppen. Es sind nun die anti-imperialistischen Kräfte Brasiliens und der Welt am Zug um den Schwung von Mumbai Resistance zu nutzen und ein *Porto Alegre Resistência* zu organisieren, mit der Aufgabe offen die Lula-Regierung anzugreifen und den linken Flügel der Antiglobalisierungsbewegung in die Bildung einer globalen Bewegung gegen das amerikanische Imperium zu integrieren.

Willi Langthaler

„Muslime Karnatakas in Gefahr“

Interview mit F. Z. Hasina, Frauenwohlfahrskomitee Karnataka

F. Z. Hasina, 22, ist Aktivistin des *Karnataka Vimochan Ranga* (Frauenwohlfahrskomitee Karnataka) in Bangalore, eine der zahllosen muslimischen Selbsthilfeorganisationen. In diesem südlichen Gliedstaat zählen die Muslime rund 30%, die Dalits (Unberührbare) 20%.

Das folgende Interview wurde im Rahmen von Mumbai Resistance 2004 gemacht.

Welches Ziel hat Ihre Gruppe?

Das Massaker von Gujarat hat der Gemeinschaft der Muslime einen schweren Schock versetzt. Und die Gefahr ist keineswegs gebannt. Im Gegenteil, auch in Karnataka kann es jederzeit zu einem solchen Blutbad kommen. Dagegen helfen keine individuellen Lösungen, wie es uns die NGOs weismachen wollen, sondern nur kollektiver Widerstand.

Warum dann gerade eine Frauenorga-

nisation?

Unsere Gemeinschaft und insbesondere die Frauen sind verängstigt und politisch passiv. Auch gilt es unsere eigenen Probleme als Frauen anzusprechen. So wollten uns die etablierten muslimischen Organisationen aus Bangalore, die das World Social Forum (WSF) unterstützen, nicht alleine hierher reisen lassen, schon gar nicht zu Mumbai Resistance (MR2004). Sie sagten, wir müssten in den von ihnen bereitgestellten Unterkünften essen und nächtigen. Es sei unmoralisch, dass wir in Großzelten mit Männern untergebracht werden.

Warum nehmen Sie an Mumbai Resistance und nicht am WSF teil?

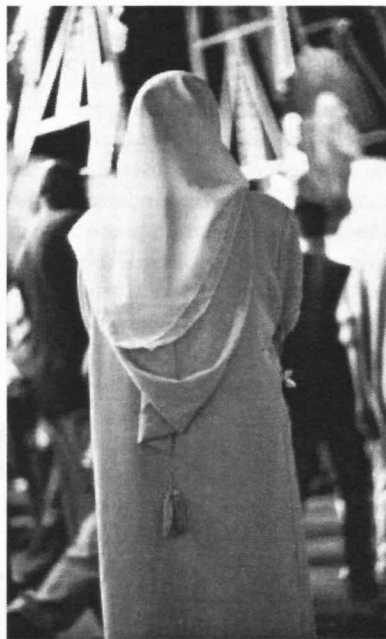
Die andere Seite besteht vor allem aus NGOs, die uns von der Selbstverteidigung abhalten wollen. Doch wir können nicht zulassen, dass der Brahmanismus uns schlachtet. Wir brauchen eine kämpfende

Bewegung, eine wirkliche Revolution. In Mumbai Re-

sistance sind solche Kräfte versammelt.

Die Organisatoren von Mumbai Resistance gelten als radikale Kommunisten. Wollen Sie eine kommunistische Revolution?

Ich weiß nicht, was ich unter Kommunismus verstehen soll. Wir wollen auf jeden Fall die multinationalen Konzerne verjagen, für alle religiösen Gemeinschaften gleiche Rechte und einen säkularen Staat, und vor allem soziale Gerechtigkeit. Das bedeutet für uns Islam.



Versuchen Sie Dalits vom Islam zu überzeugen?

Nein, aber viele Dalits sind gegen das Kastensystem und sie interessieren sich sehr für die islamische Gleichheit. Dalits, denen das Privileg einer Ausbildung zuteil wurde, konvertieren jedoch häufig zum Buddhismus, so wie es ihr historischer Anführer, Ambedkar, propagierte.

*Das Gespräch führte Willi Langthaler
Bombay, 20. Januar 2004*



Kleine Spende mit großer Wirkung

Die Kampagne „10 Euro für das irakische Volk im Widerstand“ in der BRD

Die internationale Kampagne, beschlossen auf dem Antiimperialistischen Sommerlager 2003, sorgte in den letzten Monaten in der BRD für allerlei Aufregung und kontroverse Diskussionen. Während ein Teil der verbliebenen antiimperialistischen Kräfte die Kampagne aufgriff und unterstützte, waren verschiedene Teile der „Linken“ und Friedensbewegung damit beschäftigt, sich panikartig vom Widerstand des irakischen Volks und seinen Unterstützern zu distanzieren.

Gegen Krieg und Besatzung, für das Recht auf Widerstand

Ausgangspunkt der Kampagne war die Massenbewegung gegen den imperialistischen Krieg der US-Regierung und ihrer Verbündeten gegen den Irak und ihren „permanenten Krieg gegen den Terror“. Die logische Konsequenz aus der Ablehnung dieses Krieges kann nur die Ablehnung des Kriegsziels der Aggressoren sein: die Besetzung eines weiteren Landes, um es optimal ausbeuten zu können und die eigenen globalen Hegemonialbestrebungen weiter auszubauen.

Auch der Aushebelung des Völkerrechtes, das Angriffskriege auf souveräne Staaten untersagt, gilt es – gerade auch im Hinblick auf die Geschichte Deutschlands – mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Es ist eben auch dieses Völkerrecht, das laut Art. 51 den Angegriffenen das Recht auf Widerstand – inklusive des bewaffneten – garantiert. Dieses Recht zu verteidigen und das irakische Volk in seinem vielfältigen Kampf gegen Entrechtung, Unterdrückung und Ausbeutung zu unterstützen, ist der Grund für die Kampagne. Denn der Widerstand gegen die Besatzung und für ei-

nen souveränen Irak kann die Möglichkeit schaffen, den Anfang vom Ende der Neuen Weltordnung unter Führung der USA einzuläuten. Er ist es, der momentan weitere Angriffskriege verhindert.

Panorama und die Folgen: „Deutsche unterstützen Attentäter im Irak“

So lautete die Überschrift für einen Beitrag über die Kampagne. John Goetz, Volker Steinhoff und Ivo Božić hatten sich aufgemacht, um im Auftrag des ARD-Magazins *Panorama* über „kriegerische Absichten“ in der Friedensbewegung zu berichten. Unter der Behauptung, für das immer einen Antikriegsstandpunkt einnehmende ARD-Magazin *Monitor* über die Gründe des Abflauens der Antikriegsproteste in Deutschland berichten zu wollen, filmten sie tagelang auf dem Kasseler Friedensratschlag sowie während eines Infostandes und einer Diskussionsver-

pagne zur Unterstützung einer breiten Bewegung für einen demokratischen Irak eine Sammelaktion für „den Terrorismus“. Ivo Božić, neben seiner Tätigkeiten für „antideutsche“ Webseiten auch Autor der kriegstreiberischen *Jungle World*, profitierte mehrfach von dieser Sendung. Kurze Zeit nach Ausstrahlung veröffentlichte er die Erkenntnisse der Sendung erneut in seinem Artikel „Für eine Viertel Kalaschnikow“¹. Die Reaktionen ließen nicht lange auf sich warten.

Einigkeit in der Ablehnung des Widerstandes auf der einen Seite ...

Kurzerhand formierte sich eine Allianz von Pazifisten über Anarchisten und Uno-Befürwortern bis hin zu Arbeiterkommunisten. Einig in der Ablehnung des Widerstandes fielen sie auf den reißerischen *Panorama*-Bericht herein. Sie waren entweder nicht fähig, den eigentlichen

Sinn dieses Beitrags, den Versuch einer Spaltung der Antikriegsbewegung, zu durchschauen, oder sie machten ihn sich sogar zu nutze.

„Wer Geld für Waffen sammelt und das Abschließen von Soldaten gutheißt, ist weder Pazifist noch Humanist und stellt sich damit selbst außerhalb der Friedensbewegung“², distanzierte sich Jürgen Grässlin, Bundessprecher der DFG-

vk bereits einen Tag nach der Sendung in einer Erklärung. Die Zeitung *Graswurzelrevolution* phantasiert gar Verbindungen zur französischen Neuen Rechten als Mittel der Diffamierung herbei und nennt die Unterstützung des Widerstandes „anachronistisch“ um sich dann, genau wie Grässlin, ausschließend auf „die Suche nach Kräften im Irak, die sich zivil und demokratisch der Besatzung

10 Euro für das irakische Volk im Widerstand



Demaskiert mit dem Widerstand gegen den faschistischen Überwärtigungskrieg, heute im dem Widerstand gegen das unerbittliche Imperialismus

www.antiimperialista.org

entgegenstellen“ zu machen.

Diese beiden Äußerungen stehen exemplarisch für die Positionen eines Teils der „Linken“ und der Friedensbewegung. Sie erkennen Widerstand nur dann als solchen an, wenn er gewaltfrei ist, also den eigenen Vorstellungen entspricht. Die realen Kräfteverhältnisse und die Brutalität der Aggressoren als Ursache werden ausgeblendet, die Bewegung gegen die Besetzung gespalten. Denjenigen, die eine breite Bewegung mit unterschiedlichen Widerstandsformen gegen die Besetzung unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Gruppen politisch unterstützen, sagen sie die Unterstützung von Terror und politische Nähe zu faschistischen Kräften nach.

Hinzu kommen oftmals antiislamische Ressentiments und die Ablehnung jeder Strömung des arabischen Nationalismus, die die Gegner des realen Widerstandes argumentativ, wenn auch ungewollt, das Vokabular der Besatzungsmächte übernehmen lässt. Die *Arbeiterkommunistische Partei des Iran*, die den Angriffskrieg gegen Afghanistan befürwortete, startete gar einen Protestaufruf, da „die Kampagne ‚10 Euro für den irakischen Widerstand‘ Geld für Waffen sammelt, die auf unschuldige Menschen, Kinder, Jugendliche, Frauen, Arbeiter, die auf Frauen- und Menschenrechtsorganisationen, die auf die freiheitsliebenden und emanzipatorischen Aktivistinnen im Irak gerichtet sind.“³ Nur die Deutschland-Vertreter der offen proamerikanischen kurdischen Parteien, PUK und KDP, welche die angloamerikanische Aggression tatkräftig unterstützen und dafür mit Posten im sogenannten „Übergangsrat“ belohnt wurden, gehen noch einen Schritt weiter. Sie fordern in einem Flugblatt offen die Kriminalisierung antiimperialistischer Organisationen: „Für Deutschland würden wir es begrüßen, wenn dieses Land endlich gegen jene Elemente vorgehen würde, die von Deutschland aus den Terrorismus im Irak, offen und öffentlich unterstützen, einschließlich der Sammlung von Finanzmitteln, für die Fortsetzung des Terrors im Irak und in Kurdistan (z. B.

die Kampagne ‚10 Euro für den irakischen Widerstand‘).“⁴

... Unterstützung der Kampagne auf der anderen

Eine erfreuliche Anzahl von Solidaritätserklärungen und die bisher nahezu hundert Unterzeichnenden des Aufrufs zeigen jedoch ganz klar, dass die Propaganda-Show des *Panorama*-Teams eher das Gegenteil dessen bewirkt hat, als sie eigentlich bezwecken wollte. „Wer den berechtigten Widerstand gegen die US-Besatzungsherrschaft im Irak als ‚fortgesetzten Terror‘ bezeichnet ..., betreibt das Geschäft der Aggressoren ... Eine fortschrittliche Perspektive für den Irak wird es deshalb nicht mit den Besatzern, sondern nur ohne sie geben ... Der Widerstand gegen die Besatzungsmacht ist geradezu die Voraussetzung für einen unabhängigen und souveränen Irak“⁵, schreibt Claus Schreer, einer der Interviewten des *Panorama*-Teams, in einer persönlichen Erklärung.

Klaus Hartmann, Bundesvorsitzender des deutschen Freidenkerverbandes wertet die *Panorama*-Sendung als „... den Versuch, die Solidarität mit dem Widerstand des irakischen Volks gegen die Besatzer zu diffamieren und zu kriminalisieren“, um dann unmissverständlich klarzustellen, „die Terroristen sind nicht jene, die Widerstand leisten, sondern die Bombenwerfer auf Bagdad und Bagdad. Für letztere spenden wir nicht.“

Die an der Kampagne beteiligten Organisationen und Unterzeichner des Aufrufs haben bereits jetzt Einiges erreicht. In zahlreichen Initiativen, Vereinen und Parteien wurde eine Debatte über die Besetzung des Irak und das Recht auf Widerstand der irakischen Bevölkerung ausgelöst. Einige Teile der Linken haben sich dem Kampf gegen die Besetzung angeschlossen, andere durch ihre Haltung gezeigt, auf welcher Seite sie wirklich stehen.

Werner Pirker, Journalist der Tageszeitung *Junge Welt* kommentierte dies folgendermaßen: „Als kürzlich in einem *Panorama*-Bericht die ganze Friedensbewegung der ‚Sympathie

mit dem Terror‘ bezichtigt wurde, sah sich die Nomenklatura der Bewegung aus dem Schlaf gerissen, um dann umso heftiger auf die ‚Gewaltverherrlicher‘ einzuschlagen. Aber immerhin war man nun gezwungen, das Thema Besetzung aufzugreifen und den Irakern wenigstens das Recht auf friedlichen Widerstand einzuräumen. Das lässt hoffen, dass sich die Bewegung gegen den Krieg doch noch in eine breite Bewegung gegen die Okkupation überleiten lässt. Dann hätten wenige sehr viel bewirkt.“⁶

Komitee „Freier Irak“

Die Arbeit gegen die Besetzung des Irak wird jedoch über die Kampagne hinausgehen. Wie in zahlreichen anderen Ländern hat sich auch in der BRD bereits ein Komitee „Freier Irak“ gegründet. Um den Kampf für den sofortige Abzug der Besatzungstruppen und einen demokratischen, souveränen Irak zu unterstützen, hat sich das Komitee zum Ziel gesetzt, als Teil der internationalen Bewegung gegen die Besetzung an der Schaffung einer Gegenöffentlichkeit mitzuwirken. Wichtig werden hierbei die Vorbereitung von Aktionen in der BRD anlässlich des internationalen Aktionstages für das Recht auf Widerstand im Irak am 25. September sein.

Die antiimperialistischen Kräfte können sich hierbei – das musste selbst *Panorama* einräumen – der Sympathie über eines Viertels der Bevölkerung in der BRD sicher sein. Im Irak dürfte der Prozentsatz indes höher liegen.

Henning v. Stoltzenberg

Henning v. Stoltzenberg ist Aktivist bei Initiativ e. V. in Duisburg.

- 1 Jungle World, „Mindestens eine Viertel Kalaschnikow“, 17. Dezember 2003
- 2 Stellungnahme des DFG-VK: „Widerstand ja – aber gewaltfrei“, 12. Dezember 2003
- 3 Erklärung der Arbeiterkommunistischen Partei Irans – Deutschlandorganisation, 28. Dezember 2003
- 4 Erklärung der Vertretung der Regionalregierung Kurdistan-Irak in Deutschland, 2. Februar 2004
- 5 Erklärung Claus Schreer, 1. Januar 2004
- 6 Kommentar Werner Pirker, Thema Widerstand, 14. Februar 2004

Junge Wehrdienstverweigerer (*seruvnikim*) in Israel, die zu unüblich hohen Gefängnisstrafen verurteilt wurden, begründen dies mit:

„Weil sie uns fürchten ...“

Haggai Matar hatte nie mit so einer hohen Strafe gerechnet. Aber als der jugendliche Verweigerer seine Strafe antrat, sagte er, dass die Aussage des Richters, er wäre eine Bedrohung für das Überleben des Staates Israel, ihm Trost und Genugtuung bereite.

Haggai Matar ist einer von fünf jungen Männern, die ihre einjährige Gefängnisstrafe im Militärgefängnis Nr. 6 in der Nähe von Haifa im Jänner antraten. Sie alle verweigerten den Wehrdienst, weil sie gegen die Besatzung sind.

Der Neunzehnjährige sagte: „Für mich ist es ein Kompliment, dass sie sich vor unserer Fähigkeit andere zu überzeugen so fürchten und dass sie uns für so gefährlich erachten, dass sie uns einsperren müssen.“

Um möglichst wenig öffentliches Aufsehen zu erregen, blieben Wehrdienstverweigerer bis jetzt im Allgemeinen auf freiem Fuß oder erhielten Verwaltungsstrafen und mussten für ein paar Wochen ins Gefängnis. Haggai Matar und seine Freunde brachten jedoch ihren Protest an die Öffentlichkeit und ermutigten andere in einer Situation, in der die Armee ohnehin mit einer Welle von Verweigerungen konfrontiert ist, sich ihnen anzuschließen.

An die tausend Schulabgänger und Reservisten haben ihre Wehrdienstverweigerung unterschrieben und Mitglieder von Eliteeinheiten wie Kampfpiloten und Kampfkommandos erklären, dass sie palästinensische Ziele nicht mehr angreifen werden, weil durch die große Zahl der zivilen Opfer diese Operationen als Kriegsverbrechen gesehen werden müssen.

Um dieser Bewegung in der Armee Einhalt zu gebieten, haben die Militärs erstmalig seit 1981 Haggai Matar und seine Freunde vor ein Kriegsgericht gestellt und verurteilt. Laut Haggai Matar war bis zu ihrem

Fall die übliche Vorgangsweise gegen Verweigerer eine Gefängnisstrafe von drei oder vier Monaten. Er erklärt weiters: „Während der Urteilsverkündung sagten sie uns, dass sie uns deshalb so hart bestrafen würden, weil wir an die Öffentlichkeit gingen und damit andere Menschen beeinflussen würden.“

Die drei Richter erklärten sie eines schweren Verbrechens, das eine unmittelbare und konkrete Gefahr für die Existenz und das Überleben Israels bedeute, für schuldig. Einer der Richter, Oberst Avi Levi, wollte sie sogar des Hochverrats beschuldigen. Er begründete dies damit, dass die Beschuldigten ihre Verweigerung öffentlich gemacht hatten um damit die Berechtigung der Armeecooperationen und die moralische Pflicht, in der Armee zu dienen, in Frage zu stellen. „Indem sie das tun, untergraben sie die internationale Legitimation dafür, was unser Staat tut, und helfen feindlichen Nationen, indem sie ihnen neue Argumente in die Hand geben.“

Die fünf jungen Männer sind weder typische Vertreter der israelischen Jugendlichen noch der breiteren Verweigerer-Bewegung. Sie kommen mehrheitlich aus radikalen Familien mit langjährigen Verbindungen zur Friedensbewegung.

Noam Bahat, zwanzig Jahre alt, greift Themen auf, die unter Israelis ein Tabu sind. Er weist sie darauf hin, dass die Menschen im Westjordanland und im Gazastreifen wegen der Besatzung tagtäglich unter Misshandlung, Erniedrigung, Armut und Hunger leiden. „Man beginnt zu verstehen, dass es einen Grund für die Selbstmordattentate, die Terrorangriffe gibt. Man fragt sich, wie Menschen in eine Situation kommen können, wo sie sich selbst und andere töten, und man versteht, dass sie verzweifelt sind.“ Er weiß, dass die

se Aussagen nicht gehört werden wollen und berichtet, dass „die Reaktionen manchmal sehr schlimm sind. Die Leute sagen, dass wir unser Land zerstören, dass wir anti-demokratisch und überhaupt die ärgsten Verbrecher sind.“

Die Hartnäckigkeit, mit der diese jungen Männer die Frage über die Ursache der Gewalt stellen, ist der Grund, warum sie für das Kriegsgericht ein kleineres Problem darstellen als die etablierten Piloten und Kommandos. Sie selbst sind jedoch der Meinung, dass ihre Verurteilung sich als Eigentor erweisen wird. Nicht als Abschreckung wird sie wirken, sondern als Ermutigung für die wachsende Zahl der Verweigerer. Bisher haben mehr als 400 den „Brief der Mittelschulen“, der die Verweigerung des Wehrdienstes bedeutet, unterschrieben. Weitere 550, die ihren Wehrdienst leisteten und jetzt Reservisten sind, haben ein ähnliches Dokument unterschrieben. Achtundzwanzig Piloten und dreizehn Mitglieder einer Eliteeinheit haben sich in den letzten Wochen den Verweigerern angeschlossen.

Die fünf Verurteilten waren vierzehn Monate, teilweise sogar mehr, in Untersuchungshaft, bevor sie vor das Kriegsgericht gestellt wurden. Sie wissen, was es heißt, eingesperrt zu sein. Was kommt danach? Das wissen sie nicht. „Was die Armee tun wird, ist unklar. Möglicherweise wird sie uns nach diesem Jahr wieder verpflichten – und wir werden verweigern und alles wird von neuem beginnen.“

Quelle: The Guardian, 7. Januar 2004

סרב *srb* to recline, refuse; to rebel [Syr. סרב *sarab* (=he denied, contradicted; he rebelled)] – Pi. סרב *sērav* intr. v. PHB 1 he reclined, refused; 2 he rebelled – Nith. סרב *nistārēv* NH was obstinate (in his refusal) – סרב *sarav* m. n. obstinate, rebellious (a hapax legomenon in the Bible, occurring Ezek. 2:6) – סרב *serev* m. n. MH obstinacy, stubbornness – סרבן *sārḅān* m. n. PHB obstinate, stubborn – סרוב *sērūv* m. n. PBH refusal > סרובניק *sērūvniq* “refusenik”

Offener Brief der arabisch-amerikanischen und islamischen Gemeinde an die US-Antikriegsbewegung

Der Aufruf für die Demonstration am 20. März 2004 gegen die kolonialen Besetzungen wurde von einer bundesweiten Koalition von Organisationen und Gemeinden herausgegeben und gebilligt.¹ Er endete mit der Forderung, dass „jede koloniale Besetzung vom Irak bis Palästina und überall“ zu beenden wäre. Ebenso wurde gefordert „die Truppen sofort abzuziehen“, ohne Verzögerung, und es wurde gegen die internationale Deckung für die koloniale Besetzung des Irak Stellung bezogen.

Manche Teile der Antikriegsbewegung sprechen sich gegen diese Forderungen aus, und verlangen, dass der Bezug auf Palästina aus dem Aufruf für den 20. März entfernt werde (wie sie das schon oft gefordert hatten), und dass die Internationalisierung der Besetzung des Irak eine mögliche Option sein sollte.

Als Reaktion und im Kontext einer langen Geschichte, in der wir, die arabisch-amerikanische und islamische Gemeinde, immer wieder zum Schweigen gebracht und marginalisiert wurden, verfassten wir diesen offenen Brief an die Bewegung.

Werte Organisationen und Aktivisten für Frieden und Gerechtigkeit!

Am 20. März 2004 wird die Welt gegen Krieg und koloniale Besetzung demonstrieren. Die Bedeutung dieses historischen Tages ist für jeden offensichtlich und benötigt keine weiteren Ausführungen. Politische Ausrichtung und Charakter dieser Mobilisie-

rung in den USA bleiben jedoch vage.

Dies ist der Standpunkt unserer Gemeinde: Die Völker Palästinas und des Irak haben einen hohen Preis in den Konfrontation und Kriegen gezahlt. Beide stehen gegen das imperiale Projekt Schulter an Schulter mit



farbigen Gemeinschaften und der Arbeiterklasse der USA, sowie mit vielen anderen unterdrückten Völkern auf der ganzen Welt, von Afghanistan bis Kolumbien, und von den Philippinen bis Puerto Rico.

Ohne Zweifel stehen sowohl das palästinensische als auch das irakische Volk zusammengeschweißt in unzerbrechlicher Einheit an vorderster Front der globalen Antikriegsbewegung, selbst als Ganzes darin

aufgehend, und bezahlen ihre Verteidigung mit dem teuersten, was sie besitzen – ihrer Existenz. Obwohl Häuser zerstört, Kinder getötet, Land konfisziert, Bäume ausgerissen, Städte kolonisiert, ethnisch gesäubert und Mauern gebaut werden, Flüchtlinge staatenlos bleiben und die beiden Völker ihrer Selbstbestimmung beraubt werden, bleiben sie die Antithese des Imperiums mit einer Vision von Gerechtigkeit für alle.

In den Vereinigten Staaten wurden wir, die arabischen Amerikaner und Muslime böswillig als Zielscheibe ausgewählt, unserer Rechte beraubt und außerhalb des Verfassungsrahmens dieses Landes positioniert. Ein neues Cointelpro² wurde gegen unsere Häuser und Wohnzimmer losgetreten, während unsere Väter, Mütter, Söhne und Töchter uns entrissen und in unbekannte Gefängniszellen geworfen wurden. So stehen wir heute in Kontinuität der Geschichte gemeinsam mit Afroamerikanern, japanischen Amerikanern, Latinos, Indianern und allen anderen in einem schmerzhaften Kampf für Gerechtigkeit. Wir stellen

uns in eine Reihe mit ihnen, denn sie sind unsere Vorgänger und Partner auf diesem langen Weg.

Daher erklären wir, die Unterzeichnenden, folgendes:

1. Wir akzeptieren die Abtrennung des Kampfs des palästinensischen Volks von der Antikriegsbewegung nicht und betrachten den Kampf in Palästina wie er weltweit betrachtet wird – nämlich als zentral in jeder Mobilisierung für Frie-

den und Gerechtigkeit.

2. Wir bestehen darauf, dass das palästinensische Recht auf Rückkehr und Selbstbestimmung die zentrale Forderung des palästinensischen Kampfs ist und dass Organisationen, die versuchen diese zu vernachlässigen, von ihr abzulenken oder sie aufzuheben, unabhängig von ihren sonstigen Positionen zu Palästina, gegen den Willen und die Hoffnung des palästinensischen Volks handeln.

3. Wir betrachten alle Versuche unsere kollektive Präsenz an den Rand zu drängen oder unsere Partizipation an der Bewegung nur symbolisch zuzulassen als rassistisch. In dem Versuch die arabischen und muslimischen Stimmen über Dekaden hinweg zum Schweigen zu bringen, besonders jene des palästinensischen Volks, stand die Bewegung in den USA in der weltweiten Bewegung für Gerechtigkeit alleine da. Wir sehen uns als vollwertige Partner in der Führung der Bewegung und weisen jeden Versuch unsere Präsenz zu limitieren zurück.

4. Wir betrachten die Positionen, dass die „koloniale Besetzung des Irak internationalisiert werden muss“ oder dass die Beendigung der Besetzung über einen gewissen Zeitraum von statten gehen wird, bis „die Iraker selbst fähig sind, ihre Demokratie zu sichern“, als implizit kolonialistisch und rassistisch. Das sind Positionen, die ihre Wurzeln im Konstrukt eines „Zivilisationsauftrages“ und „die Last des weißen Mannes“ zu „zivilisieren“ haben.

5. Wir rufen unsere Völker überall auf, alle Organisationen für ihre Positionen zur Verantwortung zu ziehen, – besonders jene, die rassistische Ansichten gegenüber uns haben, implizit oder anders, besonders jene, die unseren Kampf limitieren und nur symbolisch zulassen wollen. Einer Organisation oder Bewegung, die es akzeptabel findet, den Kampf irgendeines Volks aus politischer Zweckdienlichkeit zu minimieren oder zu ignorieren, sollte es unmöglich sein innerhalb der weltweiten Bewegung für Gerechtigkeit eine Funktion auszuüben. Gerech-

tigkeit ist weder selektiv, noch teilbar, noch an Bedingungen geknüpft.

Wir stehen fest zu diesen Prinzipien für die Mobilisierung am 20. März und rufen alle Gemeinden und Organisationen auf zu mobilisieren und gemeinsam zu folgenden vereinigten fünf Parolen zu stehen:

**Für ein Ende
der kolonialen Besetzung
im Irak, Palästina und überall!**

**Bringt die Truppen
nach Hause – sofort!**

**Nein zur Internationalisierung
der kolonialen Besetzungen!**

**Stoppt die Angriffe
auf zivile Freiheiten!**

**Geld für Arbeit, Erziehung
und Gesundheit
und nicht für Krieg!**

Wir erklären uns solidarisch mit den Teilen der Bewegung, die eine prinzipielle Position für die Gerechtigkeit eingenommen haben, und suchen die Teilnahme und Stärkung dieser Strömung mit der Perspektive des Aufbaus einer weltweiten Front gegen Krieg.

**Alle auf die Straße
am 20. März 2004!**

Unterzeichnende Organisationen (in alphabetischer Reihenfolge):

Al-Awda, the Palestine Right to Return Coalition; *Al-Bireh Palestine Society*, California Chapter; *Al-Qalam Institute*; *American Muslims for Jerusalem (AMJ)*; *American-Arab Anti-Discrimination Committee*, Greater Sacramento Area Chapter; *American-Arab Anti-Discrimination Committee*, New Jersey Chapter; *American-Arab Anti-Discrimination Committee*, Seattle Chapter; *American-Arab Anti-Discrimination Committee*, Los Angeles/Orange County Chapter; *American-Arab Anti-Discrimination Committee*, San Francisco Bay Area Chapter; *Arab Muslim American Federation*; *Arab-American Community Center*, Chicago; *Arab-American Forum*, New Hampshire; *Arab-Ame-*

rican Press Guild; San Francisco Bay Area Palestine Coalition; *Canada-Palestine Association*; *Canada-Palestine Friendship Society*; *Canadian Arab Federation*; *Committee for Democratic Palestine – Canada*; *Committee for Justice – USA*; *Deir Yassin Society* of New York; *Free Palestine Alliance – USA*; *Friends of Ghassan Kanafani*, Toronto Chapter; *Kana'an Review*; *Muslim American Society Freedom Foundation (MAS Freedom Foundation)*; *Muslim Students Association* of the US and Canada (MSA-National); *Muslim Students Association*, California State University, Sacramento; *National Council of Arab Americans (NCAA)*; *Palestine House Educational and Cultural Center*, Canada; *Palestine Right of Return Congress – USA*; *Palestine Solidarity Committee – Los Angeles*; *Palestine Solidarity Committee – Seattle*; *Palestine Solidarity Group – Chicago*; *Palestinian American Women's Association (PAWA)*; *Sacred Roots*; *Students for Justice in Palestine*, California State University, Sacramento; *Students for Justice in Palestine*, University of California, Davis; *The Islamic Association for Palestine (IAP)*; *The United Muslim Association of High Schools Club*

Weitere Informationen: al-awda.org

- 1 Zu den Unterstützern zählen unter anderen die ANSWER Coalition, Al-Awda, Palestine Right to Return Coalition, National Lawyers Guild, Arab Muslim American Federation, Free Palestine Alliance-USA, Muslim American Society Freedom Foundation, Muslim Student Association USA und Kanada, Nationaler Rat der arabischen Amerikaner (NCAA).
- 2 Cointelpro ist ein Akronym für eine Serie von FBI-Programmen, die zwischen 1956 und 1971 geschaffen wurden, um politische Dissidenten in den USA, vor allem Kommunisten, zu „neutralisieren“.

Rebellion unter Bedingungen des asymmetrischen Krieges

Zu den zivilen Opfern des irakischen Widerstands

In der österreichischen Tageszeitung *Der Standard* vom 7./8. Februar 2004 versucht Doron Rabinovici unter dem Titel „Rebellion ist kein Freibrief für Barbarei“ die offensichtliche Analogie zwischen antifaschistischem Partisanenkampf gegen den deutschen Faschismus und irakischem Widerstand gegen die amerikanische Besatzung zu zerstreuen. Die Spendenkampagne „10 Euro für den irakischen Widerstand“ wird so gemäß Rabinovici zur Terrorunterstützung. Soweit bewegt sich Rabinovici ganz im proamerikanischen Mainstream.

Bemerkenswert wird sein Plädoyer für den präventiven Krieg der USA indes durch die Übernahme einiger Argumente der Besatzungsgegner. Rabinovici zeigt sich besorgt, dass jene, die im Namen des Feldzuges gegen den Terror die demokratischen Rechte einschränken, diesem in die Hände spielen würden. Er scheint seinen Gramsci gut gelesen zu haben. Wer



die Zivilgesellschaft – wohl verstanden als Vermittlungsinstitution der kapitalistischen Herrschaft und unter den zeitgenössischen Bedingungen des Imperium Americanum – einschränken will oder gar als Feind begreift, der tut dem System nichts Gutes.

Rabinovici räumt ein, dass „der Diskurs über den Terrorismus zur Kriminalisierung von Befreiungsbewegungen missbraucht werden kann“. Es fällt ihm nicht schwer zuzugeben, dass „die Wahl der Wörter

Teil des Kampfs ist und so ist es kein Zufall, wenn in manchen Medien die Attentate im Irak zum Widerstand erklärt werden und in anderen Terrorismus heißen.“

Als Schlüsselstelle der Argumentation Rabinovicis erweist sich die Passage, in der die Bezeichnung „terroristisch“ von der Legitimität der jeweiligen nationalen Bestrebungen abgekoppelt und ein scheinbar objektiver Begriff des Terrors konstruiert wird. Während der Widerstandskämpfer unter dem Schutz des Volks Militärs oder Repräsentanten des autoritären Regimes angreifen würde, zielt der Terrorist auf die Ermordung von Unbeteiligten zum Zweck der Einschüchterung der Öffentlichkeit.

Der unbedarfte demokratisch gesinnte Leser würde die Gedankenkette weiterspinnen und schlussfolgern, dass der irakische Widerstand gegen die fremde Besatzung ungeachtet seiner Methoden legitim sei, wie es auch das Völkerrecht vorsieht.

Doch an dieser Stelle macht Rabinovici eine radikale Kehrtwende und schlägt seine eigenen Argumente in den Wind. Unbesehen unterstellt er die amerikanische Propaganda, laut derer der Widerstand aus Kriminellen bestehe, denen es einzig um wahlloses Morden an Unschuldigen gehe. Als Historiker sollte Rabinovici wissen, dass dies dem Muster der nationalsozialistischen Propaganda entspricht, die lediglich statt von Terroristen von Banditen sprach. So das metaphysische absolute Böse wie

der einmal beschworen habend, kann stillschweigend die zuvor noch verteidigte Legitimität der nationalen Bestrebungen zu Grabe getragen werden. Zurück bleibt Kriegstreiberei.

Mit dem nötigen Abstand betrachtet, liegen die Verhältnisse, was den Terror betrifft, gerade umgekehrt. Der Widerstand gegen einen überlegenen Gegner kann nur mit der Unterstützung des Volks gewonnen werden – das lehren die Erfahrungen der antifaschistischen Partisanen, des Langen Marsches in China und der lateinamerikanischen Guerilla gleichermaßen. Der Terror, die Einschüchterung der unschuldigen Zivilbevölkerung, ist hingegen immer das Geschäft der Besatzer bzw. der Eliten, denen es um den Erhalt ihrer Herrschaft gegen die Mehrheit des Volks geht. Den Massenterror wendeten die Nazis wie die USA an – Auschwitz und Hiroshima sind nur die extremsten Beispiele der beabsichtigten Ermordung von Zivilbevölkerung im industriellen Maßstab zwecks Abschreckung. Auch aus jüngerer Zeit ließen sich unzählige Beispiele nennen – vom Napalm auf Vietnam, über die Strategie der Spannung mit rechtsradikalem Terror im Europa der 70er Jahre bis hin zum Massenmord an der irakischen Zivilbevölkerung durch das Embargo.

Auf der anderen Seite zeigt die totale Isolation des von den USA eingesetzten „Regierungsrates“, dass der Widerstand trotz aller politischen Differenzierungen über feste Wurzeln im Volk verfügt. Weiterhin kann kein Zweifel darüber bestehen, dass es den Partisanen im Irak vor allem darum geht die Besatzungsmacht zu treffen. Doch das erweist sich als zunehmend schwierig, da die USA bestrebt sind, die tagtägliche Repression auf ausländische und irakische Hilfskräfte zu delegieren. Darum richtet sich der Widerstand auch gegen ihre



irakischen Marionetten, sowie gegen die im Aufbau befindlichen Polizei- und Militärkräfte. In den postkolonialen Befreiungskämpfen war dies der Regelfall.

Was die Uno, NGOs und die westlichen zivilgesellschaftlichen Einrichtungen betrifft, so dienen diese trotz allen Nebelwerfens dazu, einem pro-amerikanischen Regime Legitimität zu verleihen – die natürlich um so höher ist, je weniger offensichtlich die Abhängigkeit von den USA zu Tage tritt. Im Sinne des Rechts auf Selbstbestimmung werden sie für den Widerstand dadurch ebenfalls zu legitimen Zielen.

Was die zivilen Opfer betrifft, so scheinen diese in den wenigsten Fällen beabsichtigt, zumal die Besatzer die Zivilbevölkerung ganz offensichtlich als menschliche Schutzschilder missbrauchen. Im historischen Kontext betrachtet, ist die gestiegene Opferzahl der extremen Asymmetrie des globalen Krieges geschuldet, den die USA den Gegnern ihrer Vorherrschaft erklärt haben. Hatte die Sowjetunion im antifaschistischen Krieg ein Opfermissverhältnis von rund 5:1 hinzunehmen (Soldaten und Zivilisten zusammengenommen), so lag es für die vietnamesischen Freiheitskämpfer schon bei 50:1 (ebenfalls Soldaten und Zivilisten eingeschlossen, wobei es kaum amerikanische Zivilisten gab). Auch in diesen Kriegen

waren die Kräfteverhältnisse mehr als ungleich, doch es standen sich zumindest reguläre Armeen mit industriellen Ressourcen im Hintergrund gegenüber. Der heutige Krieg beruht auf der totalen militärischen Überlegenheit der USA, gegen die keine konventionelle Armee bestehen kann. Als einzige Chance dieser Asymmetrie zu begegnen, drängt sich die Antwort der asymmetrischen Mittel richtiggehend auf. Wenn dabei das Missverhältnis der Opferzahlen weiter steigen sollte, so tragen dafür einzig und allein die USA die Verantwortung.

Im Übrigen ist diese Fragestellung nicht neu. Auch während des bewaffneten Widerstands gegen die Nazi-Herrschaft kamen immer wieder unbeteiligte Zivilpersonen zu Schaden. An der Legitimität des antifaschistischen Kampfs änderte das jedoch nichts.

Das Recht auf nationale Selbstbestimmung ist ein unveräußerliches demokratisches Grundrecht, das entsprechend der UN-Charta auch mit bewaffneten Mitteln geltend gemacht werden kann.

Willi Langthaler

Willi Langthaler ist Mitinitiator der Kampagne „10 Euro für den irakischen Widerstand“

Offener Brief an die kurdische Befreiungsbewegung

Mit großer Besorgnis beobachten wir die letzten Entwicklungen der kurdischen Organisationen in ihrer Annäherung zu den Entwicklungen im Irak. Besonders bedauern wir die Erklärungen der Organisation, die sich selbst in der Tradition der *Arbeiterpartei Kurdistans* (PKK) sieht und unserer Meinung in ihrer aktuellen Haltung zu der us-amerikanischen Aggression gegen die Völker der Welt einen historischen und folgenschweren Fehler begeht, der die fortschrittlichen Teile der kurdischen Bewegung objektiv gegen alle fortschrittlichen Bewegungen des Mittleren Ostens stellt.

In Erklärungen der kurdischen Organisationen (Yekom, Kadek, PJA) zum bevorstehenden Angriff auf den Irak 2003 nahmen diese eine äquidistante Haltung zu den Kriegsparteien ein. In mehreren Erklärungen¹ wird 2003 verbreitet, dass „weder die USA noch Ba'ath der Demokratie dienlich sein werden“. Als Alternative wurde das „Projekt“ Abdullah Öcalans vorgestellt, das für den Mittleren Osten eine „Entwicklung der Demokratie auf der Basis des demokratischen Willens der Völker“² vorsieht, ohne dabei zu benennen, was oder wer diese Basis konkret darstellen soll. Verwiesen wurde in den Erklärungen meist auf eine „demokratische Zivilgesellschaft“, eine Kategorie, die im bürgerlichen Teil der Globalisierungsbewegung um Toni Negri entstanden ist und die heute dazu dient diejenigen Bewegungen zu denunzieren, die sich der neoliberalen Weltoffensive widersetzen. Mit der Erklärung des Kadek vom 11. April 2003 wurde aber aus der vor dem Krieg eingenommenen Äquidistanz eine eindeutige Positionierung für den us-Aggressor: „Diese Regimes (des Mittleren Ostens, d.A.) haben letztendlich der Intervention den Boden bereitet, in dem sie sich dem demokratischen Wandel verschlossen haben. Mit der Schwäche des Kampfs der Völker für Demokratie blieb nur

eine militärische Intervention als einzige Alternative.“ Gleichzeitig ruft der Kadek dazu auf „konstruktiv“ an der Besetzung des Irak mitzuarbeiten und bietet den USA die Hilfe an im Irak ein „demokratisches Regime aufzubauen“³. Zwar folgert der Kadek in seiner Schlussklärung⁴ richtig, dass „der Sturz des irakischen Regimes im Gefolge der us-Intervention einen Prozess angestoßen hat, der zu einer nahezu vollständigen Auflösung des Status quo im Mittleren Ostens führt. Angesichts dieses Prozesses, haben die führenden regionalen Mächte Anstrengungen unternommen, um diesen Wandel aufzuhalten“, doch auf welcher Seite der Kadek und sein Umfeld sich dabei positionieren, halten wir für höchst bedenklich. Vor allem die Haltung zum irakischen Widerstand, der in der Abschlusserklärung im Kontext der Interessen des Iran, der Türkei und Syriens als eine „Allianz von Unterstützern des Saddam-Regimes“ delegitimiert wird, lässt uns befürchten, dass die kurdische Befreiungsbewegung durch solche Manöver versucht sich als „konstruktive“ Kraft innerhalb des Besatzungsregimes zu etablieren.

Die in der Abschlusserklärung des Kadek verbreitete Illusion, dass die Intervention letztendlich einen „Status Quo“ beseitigt hat, der zu einer „Demokratisierung“ nicht fähig war und dass nun – mit dem amerikanischen Kapitalismusmodell – unweigerlich die demokratische Entwicklung komme, lässt die kurdische Befreiungsbewegung zu einem Vorreiter für die „Amerikanisierung“ der ganzen Region werden. Hinzu kommt, dass der Kadek in seiner Abschlusserklärung zu dem Schluss kommt, dass die „mittelöstliche Intervention der USA“ eine „Demokratisierung“ unvermeidbar werden lässt – „auch wenn dies auf Grundlage von Abhängigkeit geschieht“. Damit stellt sich die Organisation ganz deutlich auf die Seite der USA und damit gegen die Völker und Bewegungen, die gegen die „Demokratie“ der Weltbank und des IWF für ihre nationale Souveränität und Unabhängigkeit kämpfen. Auch der aus dem Kadek entstandene kurdische Volkskongress nimmt diese Linie im November 2003 wieder auf und gibt den USA im voraus grünes Licht für eine Intervention gegen Syrien und den Iran, falls diese von sich

Fortsetzung auf Seite 36



www.antifakomitee.de

"Wenn wir gegen Imperialismus und Neoliberalismus sind, dann müssen wir nicht nur den Widerstand im Irak unterstützen; wir müssen selbst zum Widerstand im Irak werden."

(Arundhati Roy, Mumbai 2004)

Initiativ e.V. - Verein für Demokratie und Kultur von unten

www.antifakomitee.de | initiativ@antifakomitee.de
Postfach 11 05 23 | 47145 Duisburg

Kto.-Nr.: 208013706 | BLZ: 350 500 00 | Stadtparkasse Duisburg | IBAN: DE20 3505 0000 0208 0137 06 | SWIFT-BIC: DUISDE33

Anzeige

Für ein Komitee „Freier Irak“

Wir erleben heute im Irak eine Auseinandersetzung, die nicht nur außerordentliche Wichtigkeit für den arabisch-islamischen Raum hat, sondern weltweit bedeutend ist. Es geht darum, ob es den USA und ihren Verbündeten gelingt, dem Irak und der gesamten Region eine Pax Americana aufzuzwingen, eine imperiale Ordnung, die alle Möglichkeiten auf Unabhängigkeit und eigenständige Entwicklung zerstört. Die Hoffnungen der Völker des arabisch-islamischen Raumes auf Demokratie, auf soziale Gerechtigkeit, nationale Befreiung und kulturelle Selbstbestimmung hingegen können nur im Widerstand gegen die Besatzer Form annehmen.

Aber das ist nur ein Teilaspekt. Letztlich steht Erfolg oder Misserfolg eines aggressiven Militarismus auf dem Spiel, denn die Auseinandersetzung um den Irak ist nur ein Glied in der Kette bereits bestimmter und möglicher Angriffsziele im „Krieg gegen den Terror“. Gelingt die Befriedung des Irak, dann ist das Völkerrecht endgültig ausgehebelt, der formale Anspruch auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung wird ersetzt durch ein praktisch ausgeübtes Recht des Stärkeren der westlichen Kriegsallianz unter US-Führung. Die Logik des präventiven Krieges ist nicht auf den Irak beschränkt, gilt es doch, alle tatsächlichen, potentiellen oder herbeiphantasierten Kon-

kurrenten auszuschalten. Blind, wer nicht den möglichen Krieg gegen andere sogenannte Schurkenstaaten sieht, oder die langfristig gegen China gerichteten Rüstungsanstrengungen.

Der irakische Widerstand gegen die Besatzer hat daher Auswirkungen weit über den Irak hinaus. Der Sieg des Widerstandes würde die globale Weltordnung grundsätzlich in Frage stellen. Die Solidarität mit dem Widerstand ist die einzig glaubwürdige Möglichkeit, gegen die Besatzung und für den Aufbau eines wirklich freien und selbstbestimmten Irak aufzutreten. Sie muss daher jede Form des Widerstands gegen die Besatzung und ihre irakischen Verbündeten als legitim anerkennen und unterstützen, ihn konkret gegen die abstrakten Beschuldigungen des „Terrorismus“ und „Fundamentalismus“ verteidigen. Egal ob zivil oder militärisch, der Widerstand ist das genaue Gegenteil von Terrorismus. Terror ist illegitime politische Gewalt. Terrorismus, das ist die Invasion des Irak, wie der Abwurf von Bomben auf Infrastruktur und Wohnviertel ein Akt des Terrors ist. Die fortgesetzte Besatzung des Irak ist Terrorismus, so wie Massenverhaftungen und Schüsse auf Demonstranten Akte des Terrors sind. Terror ist es, die durch Besatzung und Krieg verursachte Armut für die eigenen Zwecke – wie den Aufbau eines hörigen Polizeiapparats – zu

missbrauchen, um so die Bevölkerung dem Besatzungsapparat unterzuordnen. Wer sich dagegen wehrt, egal in welcher Form, übt lediglich sein in Artikel 51 des Völkerrechts verbrieftes Recht auf Widerstand gegen fremde Besatzung aus.

Wir rufen dazu auf, gemeinsam ein Komitee „Freier Irak“ in Österreich zu gründen, um den Abzug der Besatzer zu fordern, den entfesselten Militarismus zu bekämpfen und uns gegen eine Weltordnung zu stellen, die ausschließlich im Dienste einer kleinen Minderheit steht. Unser Ziel ist die fortgesetzte Solidaritätsarbeit mit dem irakischen Volk gegen die Besatzung. Zu diesem Zweck suchen wir die Zusammenarbeit mit antiimperialistischen und demokratischen Organisationen und Einzelpersonen in Österreich und im Irak. Wir streben eine breite internationale Front mit allen bereits bestehenden oder sich formierenden Solidaritätsgruppen an. Ähnliche Initiativen gibt es bereits in Indien, Pakistan, Bangladesch, Korea, Japan, Italien, Deutschland und Dänemark.

Wir rufen darüber hinaus zu einem internationalen Aktionstag in Solidarität mit dem Widerstand und gegen die Besatzung am 25.9.2004, dem Jahrestag der Intifada, auf.

Vorbereitungsgruppe für ein Komitee
„Freier Irak“ in Österreich,
28. Februar 2004

Fortsetzung von Seite 35

heraus keine „demokratischen Reformen“ einleiten sollten.

Unserer Meinung nach kann eine solche Haltung nur zu einer Katastrophe für die kurdische Bewegung führen und stellt diese gegen alle antiimperialistischen Bewegungen der Region. Eine demokratische Republik des Mittleren Ostens kann als Basis nur eine breite demokratische und antiimperialistische Front haben, welche die Besatzung zurückschlägt und auf der Basis der wiedergewonnenen nationalen Souveränität einen demokratischen Staat aufbaut. Die kurdische Bewegung kann in dieser antiimperialistischen Front eine bedeutende Rolle spielen.

Der Widerstand heute im Irak ist

die Voraussetzung für eine neue Dynamik in den Kämpfen der Völker und Klassen für ihre Befreiung. Mit jedem Tag, an dem das irakische Volk in seinem Widerstand den US-Imperialismus im Irak bindet, verhindert es neue Kriege, entlastet es die Fronten der Genossinnen und Genossen in Asien und Lateinamerika. Der irakische Widerstand steht heute stellvertretend für den Kampf um das Völkerrecht, die Demokratie und Menschenrechte. Vor dem Hintergrund, dass viele aus unseren Reihen viele Jahre an eurer Seite gearbeitet haben und selbst in der kurdischen Befreiungsarmee für ein freies und souveränes Kurdistan gekämpft ha-

ben, verurteilen wir eure Annäherung auf das Schärfste und fordern von der Führung der Befreiungsbewegung eine umfassende Neuorientierung ihrer Politik und Praxis einzuleiten.

Jörg Ulrich für *Initiativ e. V.*

Jörg Ulrich ist Aktivist bei *Initiativ e. V.* in Duisburg.

- 1 Kadek (*Kongreya Azadi û Demokrasiya Kurdistanê*, Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans), in: Presseerklärung vom 11. April 2003
- 2 PJA (*Partiya Jina Azad*, Partei der freien Frau), in: Presseerklärung vom 4. April 2003
- 3 Kadek, in: Presseerklärung vom 11. April 2003
- 4 Kadek-Präsidialrat, 26. Juni 2003

Irak, die Linke und der Widerstand

Der irakische Widerstand hat sich bislang als die größte Herausforderung für die USA bei ihrem Versuch ihr Weltreich zu errichten erwiesen. Während jedoch ein Großteil der Volksmassen in der Dritten Welt die Bedeutung des irakischen Widerstands für den Kampf gegen die US-Hegemonie verstanden hat und sich daher fast intuitiv auf seine Seite stellt, schreckt die europäische Linke davor zurück. Mit dem Hinweis, dass die Partisanen keine Linken seien, wird im besten Fall der „politisch korrekte“ Teil der Opposition gegen die Besatzung unterstützt. Oder noch schlimmer, die Irakische Kommunistische Partei (IKP), die Teil des Besatzungsregime geworden ist, muss als Legitimation der Okkupation erhalten. Das gibt Anlass, nach den Wurzeln der irakischen Linken zu fragen und ihre aktuelle Lage zu untersuchen.

Einstige kommunistische Hochburg

Es ist weithin bekannt, dass die IKP die bei weitem stärkste Kommunistische Partei der arabischen Welt war. Zur Erklärung dieses Faktums soll zunächst die komplementäre Frage beantwortet werden, warum die kommunistische Bewegung in den arabischen Ländern kaum Einfluss zu gewinnen vermochte.

Die Hauptursache dafür liegt wohl in dem nach dem Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland von Moskau eingeschlagenen Kurs, ein strategisches Bündnis mit der Entente anzustreben. Im Zuge dessen wurden nicht nur die revolutionären Bestrebungen im spanischen Bürgerkrieg auf dem Altar eines guten Einverständnisses mit Frankreich und England geopfert, sondern auch der antikoloniale Kampf in den Kolonien wurde zurückgenommen. So wurden die KPen der arabischen Welt zur Bremse des nationalen Befreiungskampfes und der arabische Nationalismus hatte leichtes Spiel mit ihnen.

Einen kaum zu überschätzenden Höhepunkt fand diese reaktio-

näre Politik der UdSSR in der Anerkennung Israels. Denn es waren nicht die USA – wie man heute vermuten könnte –, die auf die Gründung des Zionistenstaates drängten, sondern vor allem Moskau und seine Satelliten. Von ihnen kamen auch die Waffen, die zur Vertreibung der Palästinenser nötig waren. Hintergrund war der zutiefst kurzsichtige Versuch den britischen Einfluss im Nahen Osten mittels Israels zu schwächen. Man glaubte den konjunkturellen Widerspruch, der zwischen London und seinen zionistischen Schützlingen über die Staatsgründung aufgebrochen war, nutzen zu können, während die arabischen Staaten fest in britischer Hand schienen. Der rein bürgerliche, geopolitische Charakter der Analyse, auf die sich dieser fatale Schachzug stützte, ließ die grundlegende Tatsache unbeachtet, dass es sich trotz der pro-britischen arabischen Regimes beim Zusammenstoß zwischen dem Zionismus und der arabischen Nation um einen kolonialen Konflikt übergeordneter Rangordnung handelte.

Während diese pro-zionistische Politik den Kommunismus in großen Teilen der arabischen Welt zu einer Randexistenz verurteilte, behielten lokale Faktoren im Irak das Übergewicht. Denn der arabische Nationalismus erlangte nur unter der sunnitischen Bevölkerung die Hegemonie. Nur diese Bevölkerungsteile rechneten sich vorbehaltlos der arabischen Nation zu. Für die Schiiten, die sowohl unter osmanischer als auch unter britischer Herrschaft gänzlich von der Macht ausgeschlossen blieben, sowie für die Kurden, musste die panarabische Perspektive in zwispältigem Licht erscheinen. Von einer gewichtigen Komponente der Bevölkerung wären sie im Rahmen eines panarabischen Staatswesens zu fast bedeutungslosen Minderheiten herabgesunken. Darum tendierten sie zu einem spezifischen irakischen Nationalismus. Der IKP gelang es aus ihrer Absetzung vom Panarabismus heraus sich zum Sprachrohr dieser Tendenz

zu machen.

Als weiterer entscheidender Faktor für den Aufstieg der IKP erwies sich die explosive Landfrage im schiitischen Süden. Die britische Kolonialmacht hatte, nachdem sich im sunnitischen Offizierscorps die nationalistischen Strömungen unaufhaltsam ausbreiteten, in der von ihr geschaffenen schiitischen Grundbesitzerklasse ein zweites politisch-soziales Standbein gefunden. Die in extremer Armut versinkenden schiitischen Bauern gerieten zunehmend in Konflikt mit ihren zu Grundbesitzern gewordenen ehemaligen Scheichs und dem sie ideologisch stützenden Klerus. Zu Millionen emigrierten sie nach Bagdad und in die anderen Städte. Sowohl das Proletariat als auch große Teile der Mittelklassen erhielten so beträchtlichen Zuwachs. Nachdem der Agrarkonflikt die Bande mit dem Klerus gelöst und die Grundlagen für den ansetzenden Säkularisierungsprozess gelegt hatte, wurde die schiitische Bevölkerung zur eigentlichen Massenbasis der Kommunistischen Partei, die in den 50er Jahren zur mit Abstand mächtigsten Kraft des Landes aufstieg.

Wie weit die bisweilen geltend gemachten sozialrevolutionären Momente der Zivilisationsgeschichte des Zweistromlandes bis heute Wirkung zeitigen, bedürfte der umfangreichen historischen Untersuchung. Festzuhalten bleibt, dass in Mesopotamien nicht nur der Mazdakismus (um 500 u. Z.), eine sozialrevolutionäre Bewegung gegen die sich auf den Zoroastrismus stützende persische Adels-herrschaft, seinen Ursprung hatte, sondern auch die Schia (um 700 u. Z.). Bevor diese in der Imamiya oder 12er-Schia zur persischen Staatsreligion wurde (um 1500 u. Z.), hatte sie immer antiherrschaftlichen und sozialreformerischen Charakter. Ihr radikaler Flügel nahm oft sozialrevolutionäre Formen an. Unbestrittener Höhepunkt dieser Tendenz bleibt die Rebellion der Qarmaten im Shatt al-'Arab (um 1000 u. Z.), die sich stark

auf dort ansässige schwarze Sklaven stützte. Deren Staatsbildung wurde vielfach als islamischer Kommunismus bezeichnet.

Erbsünde

1958 stürzte der linksnationalistische General Qasim mittels Staatsstreich das pro-britische Regime. Unter dem Druck der Massenbewegung führte er eine Landreform durch und setzte zahlreiche andere fortschrittliche Reformen ein. Gegen die mit dem alten Regime verbundenen Kräfte sowie die mit ihm rivalisierenden arabischen Nationalisten blieb ihm nichts anderes übrig, als sich auf die IKP zu stützen.

Nicht nur der Masseneinfluss der IKP nahm überwältigende Ausmaße an. Auch ganze Armeeteile standen unter ihrem Kommando. Die kommunistischen Milizen zählten nach Hunderttausenden. Nach übereinstimmenden Angaben von Freund und Feind wäre es damals der KP zweifellos möglich gewesen, die Staatsmacht in ihre Hände zu nehmen. Obwohl die internationalen Umstände günstig waren – im gleichen Jahr begann die kubanische Revolution – stellte sich Moskau entschieden gegen den Umsturz. Sie hätte das internationale Gleichgewicht der Kräfte, dessen Erhalt des Kremls höchstes Ziel war, auf unabsehbare Weise verschoben.

Mit dieser verstrichenen Chance wendete sich das Blatt unwiderruflich. Die Massenunterstützung für die IKP ließ nach, Qasim versuchte sich aus der kommunistischen Umklammerung zu befreien. 1963 riss die Ba'th-Partei die Initiative an sich, putschte erfolgreich, ermordete Qasim und tötete tausende Kommunisten. Es handelte sich um eine Konterrevolution, die vom Westen ausdrücklich begrüßt wurde. Als in der Folge General Arif wiederum per Staatsstreich die Macht übernahm, versuchte die IKP auf Geheiß Moskaus eine Annäherung nach ägyptischem Modell. Die IKP sollte sich mit den regierenden arabischen Nationalisten in einer dem Namen nach sozialistischen Einheitspartei zusammen-

schließen, dabei sich ihnen politisch aber vollständig unterordnen. Dagegen bildete sich innerhalb der IKP eine linke Opposition. Zur Umsetzung des Vorhabens kam es allerdings vorerst noch nicht, denn Arif verunglückte und machte mit seinem Ableben das Projekt hinfällig.

Als sich 1968 Ba'th abermals an die Macht putschte, war das Neue am Regime nicht so sehr die ausgeklügelte Absicherung der Macht durch polizeiliche Maßnahmen, sondern das Verständnis davon, dass ohne ein Bündnis mit der IKP die Macht nicht zu halten sein werde. Die erste Hälfte der 70er Jahre war dementsprechend von der Nationalen Front aus Ba'th und IKP geprägt. In diese Zeit fällt die vollständige Verstaatlichung der Erdölindustrie und die dadurch möglich gewordene exponentielle Steigerung der Erdölrente.

Die rapide soziale Entwicklung des Landes in nur wenigen Jahren stabilisierte die Ba'th-Diktatur und verschaffte ihr eine feste soziale Basis. Es bedurfte der IKP nicht mehr. So wurde diese schrittweise aus dem Staatsapparat hinausgedrängt.

Diese Kapitulation der IKP vor dem Ba'thismus – die sie heute mit allen Mitteln zu verschweigen sucht – war nur die logische Fortsetzung der grundlegend opportunistischen Politik der 50er und 60er Jahre. Zwar war es absolut notwendig den antiimperialistischen Maßnahmen der Ba'th um die Erdölfrage herum kritische Unterstützung zu geben, doch war der bürgerlich-kapitalistische Charakter des Regimes nicht zu übersehen. Die politische Unterordnung unter die Ba'th-Partei war unverzeihlich.

Seitenwechsel

Mit dem Angriff auf den Iran 1980 wusste Saddam die USA in seinem Rücken. Die Kommunisten wurden in einem bisher nicht gekannten Ausmaß blutig verfolgt. Da die IKP sich auf den unvermeidlichen Konflikt nicht vorbereitet hatte, flüchteten Zehntausende nicht nur vor der Repression, sondern auch vor dem Kampf. Saddam wurde nun zum Hauptgegner erklärt, in der analyti-

schon Architektur „Feindbild“ noch über dem Imperialismus stehend. Diese Position äußerte sich zunächst indirekt, als im Verlauf der Kampfhandlungen der Iran weit auf irakisches Territorium vordrang und so für den Irak zumindest zeitweise den Angriffs- zu einem Verteidigungskrieg werden ließ. Ungeachtet dieser entscheidenden Akzentverschiebung unterstützte die KP-Führung den Iran und entfremdete sich so weiter Teile auch der schiitischen Bevölkerung, die den Angriff auf den Iran zwar abgelehnt, aber ihr Land und damit ihre arabische Identität verteidigten.

Als Saddam 1990 in einem Anflug von Größenwahn Kuwait angriff, bot dies den USA einen willkommenen Anlass, ein zu stark gewordenes Instrument, dessen Dienste man nicht mehr benötigte, in die Schranken zu weisen. Da ihnen der schließlich 2003 unternommene „regime change“ lange Zeit in Ermangelung einer Alternative als zu riskant erschien, führte die Aggression zu einem der größten Völkermorde seit 1945. Nach Uno-Angaben mussten durch das Embargo rund 1,5 Millionen Zivilisten ihr Leben lassen. Die IKP betrachte auch während des offenen Konflikts zwischen 1990 und 2003 das Ba'th-Regime als Hauptfeind. Obwohl sie es verständlicherweise vermied das Embargo und die militärische Aggression offen zu befürworten, ergab sich diese Position logisch aus der Annahme, dass es sich bei der Saddam-Herrschaft um eine faschistische Diktatur handeln würde. Gegen diese sind alle Mittel recht, auch die Hilfe des Imperialismus.

Heute ist die IKP Teil des in Aufbau befindlichen us-Marionettenregimes, genannt „Regierungsrat“, und betrachtet den bewaffneten Widerstand gegen die Besatzung nach wie vor als Hauptfeind. Über ein halbes Jahrhundert hinweg hatte jeder opportunistische Schritt der IKP eine weitere Kapitulation zur Folge. Das Endergebnis gleicht jenem des russischen Vorbilds verkörpert in der Person Jelzins: Die Selbstvernichtung als Kommunisten und die Transformation in ein willfähiges Instrument des Imperialismus.

Irakische Kommunistische Partei (Zentralkommando)

Jeder Degenerationsprozess produziert zahllose Spaltungen, so auch im Irak. Die bei weitem bedeutendste und bis heute existierende Strömung ist die IKP(ZK).

Vor dem Hintergrund der verstrichenen Chancen unter der Herrschaft Qasims bildete sich in den 60er Jahren eine linke Opposition gegen die Unterordnungspolitik der Moskau-hörigen Parteiführung. So revolutionär ihre Kritik war, sie kam zu spät um den Gang der Ereignisse zu ändern. Ihr Hervortreten 1967 in Form eines Guerillakrieges in den unzugänglichen Sümpfen des Shatt al-Arab erscheint daher auch unter einem denkbar ungünstigen Stern. Viele Faktoren bedingten die schnelle Niederschlagung. Der einstmalig besonders an den Unterläufen des Euphrat und Tigris brennenden Landfrage war durch die Landreform Qasims die Spitze genommen. Unwiderrufflich hatte sich der Schwerpunkt des politischen Kampfs in die Städte verlagert. Zudem war die Herrschaft des zweiten Arifs eine nur schwache Militärdiktatur, unter der der politische Kampf ohne größere Einschränkungen möglich war.

Tausende Kommunisten wurde getötet und endeten in den Gefängnissen, während die offizielle IKP mitregierte. Trotz der scharfen Repression konnte sich die IKP(ZK) im Gegensatz zur Mutterpartei jedoch über all die dreißig Jahre im Irak halten und reproduzieren, wenn auch sehr geschwächt. Sie lehnte das Embargo klar und deutlich ab und verteidigte das Land gegen die imperialistischen Aggressionen. Heute beteiligt sie sich am Widerstand.

Allerdings versteht die IKP(ZK) angesichts ihrer historischen Erfahrungen den Ba'thismus als Faschismus und lehnt daher jede Zusammenarbeit mit ihm ab. So verständlich das sein mag, so politisch falsch bleibt es. Schon seit 1991 war eine partielle Zusammenarbeit gegen die übergeordnete angloamerikanische Aggression notwendig. Nach dem Zusammenbruch des Regime haben

sich überdies die Kräfteverhältnisse grundlegend verschoben. Nur die antiimperialistischen Elemente des Ba'thismus beteiligen sich heute am Widerstand. Die notwendige politische Front des Widerstands kann diese nicht ausschließen ohne sich selbst zu schwächen. Das gilt um so mehr, als der Ba'thismus integraler Bestandteil des sunnitischen nationalistischen Milieus ist, das den Kern des Widerstands darstellt.

Wie viel Flexibilität die IKP(ZK) in dieser entscheidenden Frage zeigen wird, ist nicht abzusehen. Der Ba'thismus mag zwar weiterhin einen Führungsanspruch anmelden, doch ob er ihn auch durchzusetzen vermag, hängt in erster Linie von der politischen Entwicklung der verschiedenen politischen Komponenten des Widerstands ab und darf bezweifelt werden. Wer sich heute am Widerstand beteiligt, wird in Zukunft politischen Einfluss geltend machen können. Die Widerstandsfront bedarf einer klugen, flexiblen und dynamischen Geometrie, in die alle kämpfenden Kräfte involviert werden müssen. Die Führung fällt zunächst jenen zu, die sich in der Lage erweisen diese Vereinigung so divergierender Bestandteile ins Werk zu setzen.

Beteiligt sich eine kommunistische Kraft daran, so eröffnet sich ihr in der Folge die Möglichkeit, den Kampf weiterzutreiben. Denn die Dynamik des nationalen Befreiungskampfes ist klar. Die bürgerlichen sunnitischen Schichten, die heute von der Herrschaft ausgeschlossen sind und daher den Widerstand unterstützen, werden einem früher oder später zu erwartenden Angebot der Machtbeteiligung in der einen oder anderen Form nachgeben. Die einzige Kraft, auf die sich der Befreiungskampf historisch stützen können, sind die Unterklassen und Volksmassen, die die Kommunisten mobilisieren müssen.

Ein weiteres politisches Problem der IKP(ZK) scheint es zu sein, die überragende politische Bedeutung des bewaffneten Kampf zu unterschätzen und ihn daher zu vernachlässigen. So ist es zwar richtig, dass

der bewaffnete Kampf ohne politische Alternative nichts auszurichten in der Lage ist. Doch er bleibt die wichtigste Voraussetzung zur Beendigung der Besatzung, die anders überhaupt nicht in Frage gestellt werden kann. Aus sozialen Mobilisierungen erwächst nicht automatisch die politische Massenbewegung, ohne die der Widerstand nicht siegen wird können. Soziale Forderungen, auf die die IKP(ZK) setzt, werden nur dann fortschrittlich, wenn sie politisch gegen das Besatzungsregime gewendet werden. Ansonsten verkommen sie zur Zivilgesellschaft, also zum Vermittlungsinstrument der Okkupation. Ob die USA bzw. ihre lokalen Marionetten allerdings klug genug sind zu verstehen, dass die Zulassung beschränkter sozialer Konflikte ihre Legitimität sogar festigen würde, ist eine andere Frage.

Spätere KP-Abspaltungen

Jeder weitere Verrat der KP-Führung rief neue Spaltungen hervor, vor allem die Unterstützung des Iran Mitte der 80er Jahre und noch mehr die Unterstützung der Aggression von 1991 sowie des darauf folgenden Embargos. Doch niemals mehr entstand daraus eine eigenständige Partei, sondern bestenfalls Strömungen, meist aber zerstreute oppositionelle Individuen. Ein Grund dafür ist sicher, dass die 60er Jahre eine Periode des Aufschwungs der antiimperialistischen Bewegung darstellten, während seit den 80er Jahren eine Niederlage auf die andere folgte.

Dabei handelt es sich nicht nur um eine organisatorische, sondern auch um eine politische Schwäche. So aufgefächert die von den Dissidenten über die Jahre entwickelten Positionen auch sein mögen, so läuft letztendlich alles immer auf Reform der IKP hinaus, denn über ein eigenes politisches Werkzeug verfügt man nicht und dessen Aufbau scheint außerhalb jeder Reichweite zu sein. Doch die IKP hat ihre Kapitulation zum wiederholten Mal durchlaufen. Sie hat nicht nur die erste militärische Aggression 1991, sondern auch den Genozid am eigenen Volk und

dann den zweiten Krieg 2003 gutgeheißen. Heute ist sie Bestandteil der Besatzung. Eine solche Partei steht auf der anderen Seite der Barrikade – sie kann nur zerschlagen, aber nicht reformiert werden.

Eine dieser oppositionellen Gruppen ist die IKP (Kader). Schon in der Beibehaltung des Namens drückt sich der Bezug auf die Mutterpartei aus. Für die IKP(ZK) mag das noch berechtigt gewesen zu sein. Während nämlich der Großteil der Führung mit Moskau ging, scheint die Mehrheit der Basis auf Seiten der Linken gewesen zu sein bzw. mit ihr sympathisiert zu haben. Die IKP (Kader) geht indes auf die 80er Jahre zurück, in der die Konflikte schon weitgehend im Exil ausgetragen wurden und der reaktionäre Charakter der Partei bereits voll entfaltet war.

Obwohl im Exil tätig, gibt die IKP (Kader) geführt von Nuri al-Muradi allen Fraktionen des bewaffneten Widerstands politische Unterstützung, einschließlich der Ba'ih-Partei und al-Qa'ida. Grundsätzlich befürwortet sie die Bildung einer politischen Widerstandsfront, doch lehnt sie die bisherigen Versuche als zu wenig umfassend ab – eine Position, die ohne eine Alternative präsentieren zu können, wenig Überzeugungskraft besitzt. Kehrseite dieses Zögerns eine politischen Front zu bilden, ist der politische Opportunismus gegenüber den bewaffneten Kräften. So ist es zwar erfrischend zu lesen, dass durch die internationalen Veränderungen seit dem Ende der Sowjetunion die islamistischen Kräfte, die die USA und ihre Verbündeten angreifen, nunmehr eine antiimperialistische Rolle spielen. Ob das aber einen Beschluss des Zentralkomitees notwendig macht, dass es Gott nun doch gibt, sei dahingestellt. Um so mehr als jedem Gläubigen, der Gott der Natur des Begriffs wegen als ewig ansieht, klar sein muss, dass dieses Zentralkomitee nach Belieben Gott wieder abzuschaffen vermag.

Eine weitere oppositionelle Tendenz ist die Demokratische Kommunistische Patriotische Strömung von Ahmad Karim und Baker Ibrahim,

beides ehemalige hochrangige IKP-Funktionäre, letzterer sogar Mitglied des Politbüros. Auch hier drückt bereits der Name einiges aus. Der Anspruch, die IKP-Führung zu ersetzen, wie es bei der IKP (Kader) der Fall ist, wurde aufgegeben. Heute ginge es zunächst darum, eine breite Sammelbewegung der oppositionellen Kommunisten zu bilden, die dann zu einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt bei einem Parteikongress die Führung derselben übernehmen sollten.

Die vorbehaltlose Unterstützung des Widerstands ist für das Milieu um Ahmad Karim und Baker Ibrahim – denn es handelt sich keineswegs um eine zentralisierte Organisation – selbstverständlich, genauso wie die Beteiligung an einer politischen Front aller Widerstand leistenden Kräfte. Wo hingegen die KP-Vergangenheit stärker zum Ausdruck kommt, ist die allenthalben merkbare Nachgiebigkeit gegenüber einer von der Uno vermittelten Lösung.

Es gibt noch einige andere Gruppierungen und zahlreiche Einzelpersonen, die sich im Exil im Gegensatz zum Mainstream auch der Kommunisten eine antiimperialistische Position mit den unterschiedlichsten Detailpositionen erhalten haben. Doch insgesamt krankt es an den typischen Auswirkungen des jahrzehntelangen Exils, insbesondere der Initiativlosigkeit, die gleichzeitig Ursache und Wirkung der unverbrüchlichen Orientierung auf die IKP ist.

„Arbeiterkommunisten“

In der westlichen Linken taucht immer wieder das Gespenst der Arbeiterkommunisten (AKPI) auf, die sich als einzige säkulare Alternative – und daher von Islamisten verfolgt – darstellen. Neben der IKP sind sie die zweiten Kronzeugen all jener, die den bewaffneten Widerstand ablehnen.

Bevor auf ihre Positionen im einzelnen eingegangen wird, muss auf die Herkunft der Gruppe hingewiesen werden. Die AKPI ist, was ihre politische Tradition und Kultur betrifft, durch und durch persisch. Ihre Verbreitung im Irak scheint sich über das

iranische und nach 1991 das irakische Kurdistan vollzogen zu haben. Ohne die wechselvolle Geschichte der iranischen Linken nachzeichnen zu können, so ist sie grob gesprochen von einer Doppelbewegung gegenüber dem schiitischen Islamismus gekennzeichnet, die jener der IKP gegenüber dem Ba'ithismus ähnelt. Während sich im Kampf gegen das Schah-Regime ein schwindelerregender Opportunismus äußerte, schlug dieser nach der Massenrepression gegen die Linke in die Verurteilung der Herrschaft des Klerus als faschistisch um. Beiden Herangehensweisen mangelt es am grundlegenden Verständnis für das zwiespältige Spezifikum des Phänomens. Trotz seines grundlegend bürgerlich-kapitalistischen Charakters steht die islamistische herrschende Gruppe im Gegensatz zum Imperialismus, denn nur so hatte sie die drohende soziale Revolution Ende der 70er Jahre abwenden können.

Die Arbeiterkommunisten führen den unter dem Schah verankerten Säkularismus der persischen Intelligenz zu seiner extremen Konsequenz. Nicht nur der politische Islamismus, sondern der ganze Islam wird zum Feind erklärt, während die westliche Kultur als ein Schritt zum Kommunismus erscheint. In einer Periode, in der nicht nur die Aggression des Imperialismus als kultureller Kreuzzug geführt wird, sondern in Wechselwirkung dazu der Widerstand dagegen sich der islamischen Kultur als entscheidende Identität bedient, kann dieser abstrakte Kommunismus nur zum linken Flügel des Imperialismus mutieren.

Die Arbeiterkommunisten behaupten – ähnlich wie die IKP – gegen die Besatzung zu sein. Im Gegensatz zur IKP beteiligen sie sich aber nicht am Regierungsrat, möglicherweise auch nur deswegen nicht, weil sie den USA als zu unbedeutend erscheinen. Dennoch ist der bewaffnete Widerstand sowohl der Islamisten als auch der Ba'ithisten für sie nach wie vor der faschistische Hauptgegner. Dagegen setzen sie auf den sogenannten sozialen Widerstand. Im Internet sprechen sie von gewaltigen Arbeits-

losenbewegungen und Arbeiterstreiks – in einem Land, das durch die imperialistische Aggression praktisch ins Mittelalter zurückgebombt wurde. Ein klassisches Proletariat, und Arbeitslose zählen dazu, gibt es im Irak nicht mehr. Vielmehr entwickeln sich die Unterklassen ganz nach dem Modell von Kairo, Manila oder Mexiko-Stadt – marginalisierte städtische Armut, die im informellen Sektor zu überleben versucht.

Ganz abgesehen von der Unglaubwürdigkeit ihrer Marktschreierei handelt es sich bei den Arbeiterkommunisten um die volle Entfaltung der bei der *IKP(ZK)* nur angelegten Gegenüberstellung von bewaffnetem und sozialem Widerstand. So stellen die *AKPI* tatsächlich so etwas wie ein einsames Element der westlichen Zivilgesellschaft – als Herrschaftsinstrument der Besatzer – im Meer der populären Ablehnung der Besetzung dar.

Da würde es nicht Wunder nehmen, wenn der Widerstand die *AKPI* angriffe, so wie er auch die *IKP* zum legitimen Ziel erklärt hat. Doch allen Informationen zufolge zeichnen für die auf Büros der *AKPI* in Nassiriya verübten Übergriffe die al-Badr-Milizen der al-Hakim-Familie verantwortlich, die als wichtigste Stütze der USA im Klerus gelten.

Hoffnungsschimmer

Nach der globalen wie auch der irakischen Katastrophe des Kommunismus wird man kaum erwarten können, dass der Widerstand des irakischen Volks abermals kommunistische Formen annimmt. Das können nur Dogmatiker zur Bedingung ihrer Unterstützung machen, für die politische Theorie vom Instrument der Praxis zur religiösen Lehre wird.

Aber im Irak ist nicht nur der Kommunismus historisch-konkret gescheitert. Der arabische Nationalismus in Gestalt des Ba'thismus war es, der das Land in den totalen Ruin geführt hat. In dieser Situation scheint sich der Islamismus als Alternative aufzudrängen. Jedoch in seiner schitischen Form ist er im benachbarten islamischen Iran dabei, seinen Bank-

rott zu erklären. Bleibt nur noch seine sich erheblich unterscheidende sunnitische Spielart, doch deren potentielle Kraft richtet sich schon rein der Konfessionszugehörigkeit nach auf eine Minderheit, ganz abgesehen von vielen anderen Faktoren wie beispielsweise der historische Gegensatz zum Wahhabismus.

So kann der irakische Widerstand als Laboratorium verstanden werden, von dem aus ein starker Impuls für die Zukunft der gesamten arabisch-islamischen Welt und vielleicht darüber hinaus ausgehen kann. Die Grundbedingungen für den Wiederaufbau einer revolutionären kommunistischen Linken sind jedoch klar. Dazu zählt zunächst die volle Beteiligung am Widerstand in all seinen Formen mit dem Ziel des Abzugs aller Besatzungstruppen sowie die führende Beteiligung und der Kampf für die Bildung einer politischen Widerstandsfront aller im Widerstand befindlichen Kräfte einschließlich der Ba'thisten und Islamisten. Darüber hinaus wird die Anerkennung des Islam als kulturelle Identität des Widerstands gegen den Imperialismus eine wichtige Rolle spielen. Auf Grundlage einer Beteiligung am Widerstand kann sich eine kommunistische Identität durch die Verteidigung und Mobilisierung der Unterklassen für ihre sozialen Interessen und die demokratische Volkssouveränität (etwa im Kampf um eine Verfassungsgebende Nationalversammlung) bilden.

Während von der historischen kommunistischen Bewegung wenig erwartet werden darf, wird sich eine neue antiimperialistische revolutionäre Kraft aus den unvermeidlich entstehenden linken Flügeln aller Widerstand leistenden politisch-kulturellen Strömungen speisen können.

Willi Langthaler
Februar 2004

Willi Langthaler ist Aktivist der *Antiimperialistischen Koordination* und freier Journalist in Wien.

Die Angst des Westens vor dem Kopftuch

Anfang Februar beschloss die französische Nationalversammlung das Verbot des Tragens „auffälliger religiöser Symbole“ in der Schule. Wichtigstes Zielobjekt ist das islamische Kopftuch, auch wenn das Gesetz christliche Kreuze, die eine gewisse Größe überschreiten, sowie die jüdische Kippa ebenso betrifft. Im Herbst vergangenen Jahres klagte eine deutsche Lehrerin afghanischer Herkunft vor dem Verfassungsgerichtshof in Karlsruhe, weil ihr das Ausüben ihres Berufes mit Kopftuch untersagt worden war. Dies sind die medial diskutierten Spitzen einer Kampagne, die in ganz Europa in unterschiedlicher Stärke gegen das islamische Kopftuch geführt wird.

Dabei sind die Allianzen bemerkenswert. Die Front der Kopftuchgegner verläuft von Feministinnen bis hin zu konservativen christlichen Kräften, von Laizisten bis zu moderaten, um Integration bemühten muslimischen Organisationen. Insbesondere in Frankreich schließt sie fast die gesamte traditionelle Linke ein. Als Grundlage dieser oft seltsamen Allianzen wird im deutschsprachigen Raum ein demokratisch-christlicher Kulturkonsens bemüht. In Frankreich ist hingegen von den republikanisch-laizistischen Grundlagen des Staates die Rede. Der Unterschied liegt in Nuancen. Was die Kopftuchgegner vereint, ist die Angst vor diesem Stück Stoff und die Bekenntnis zur Verteidigung der abendländischen Gesellschaft, deren Grundfesten durch das exotische Kleidungsstück bedroht sein würden. Den Kopftuchjägern und meist auch jenen, die ein Verbot zugunsten milderer Formen der Integration ablehnen, geht es im Grunde um die Verteidigung der politischen Systeme des Westens. Das ist der tatsächliche Konsens, der jenseits unterschiedlicher politischer und kultureller Traditionen, jenseits von wohlwollend bis chic-radikalen Formen der Ge-

sellschaftskritik, jenseits von mehr oder weniger seriösen Analysen des Phänomens die Streiter vereint.

Zur Herstellung dieses Konsenses wird in den Medien eine Gegenüberstellung von Werten produziert, die auf der einen Seite Laizismus, Frauengleichberechtigung und Demokratie, auf der anderen religiösen Fanatismus, Frauenunterdrückung und islamisch-fundamentalistische Diktatur wähnt. Westliche Aufklärung gegen islamische Barbarei. Dieses Paradigma ist kein unbekanntes. Es ist jenes, das seit einigen Jahren zu Legitimationszwecken des westlichen Feldzugs gegen den Islam, zur Konsensbildung für die Kriege gegen Afghanistan und gegen den Irak herhalten muss. Die Kampagne gegen das Kopftuch ist Teil des Kulturkampfes des Westens gegen den Rest der Welt, da dieser aufgrund der historischen Niederlage der Linken in den letzten Jahren verstärkt im Islam ein Instrument seines Widerstands gegen die westliche politisch-militärische Vorherrschaft und ökonomische Ausblutung gefunden hat. Vom Westen in Legitimationsinstrumente seiner Aggression und Unterdrückung verwandelt, konnten die bislang als einzig fortschrittlich wahrgenommenen westlich-aufklärerischen Muster den neuen Widerstandsformen nicht als Grundlage dienen.

Die Tatsache, dass in islamisch-religiöse Formen kanalisierte antiwestliche Ressentiments durch die massive muslimische Immigration ihre Spuren auch in Europa fühlbar werden lassen könnten, hat die Hysterie der Staatshüter auf den Plan gerufen. Gegen wen wird zuerst hingeschlagen? Gegen das im Alltagsleben und Straßenbild auffälligste Symbol der muslimischen Andersartigkeit – das Kopftuch, das sich dem westlichen Mythos des freien und aufgeklärten Individuums so beharrlich verweigern zu wollen scheint. Doch sind die Individuen nicht willig, sich

dem liberalen Konsens zu unterwerfen, so hat dieser im Interesse des Machterhalts das Recht Gewalt zu gebrauchen. Im Ernstfall muss er dafür auch seine eigenen demokratischen Grundlagen außer Kraft setzen. Das Prinzip der Religionsfreiheit, der Schutz kultureller Identität, die Verteidigung diskriminierter Minderheiten und die Förderung von benachteiligten Frauen und Mädchen – alles Aspekte des herrschenden demokratischen Konsenses – sind zweitrangig vor dem Schutz der politisch-kulturellen Hegemonie.

Feministische Vorkämpferinnen für westliche Werte

Paradox mag es anmuten, dass in diesem Feldzug, der sich letztendlich gegen Frauen aus den diskriminiertesten Schichten richtet, ausgerechnet die Feministinnen der klassischen Schule zu den erbittertesten Vorkämpferinnen zählen. Doch es ist nicht paradox, denn längst hat dieser Feminismus jeden Anspruch auf Systemgegnerschaft aufgegeben. Die Debatte um Kopftuch und politischen Islam räumt dann auch jeden Zweifel, falls ein solcher noch existiert haben sollte, über die Zugehörigkeitsgefühle des westlichen Feminismus aus. Alice Schwarzer, Herausgeberin der bekanntesten deutschen Frauenzeitschrift *Emma*, könnte deutlicher nicht Seite beziehen, wenn sie die Islamisten als die „Faschisten des 21. Jahrhunderts“ bezeichnet, vor deren Streben nach einer „islamistischen Weltherrschaft ... die aufgeklärte Welt“¹ gerettet werden muss. Gegen linke Befreiungsbewegungen wie die kurdische „PKK und revolutionsschwärmerische deutsche Linke“² bietet sie im westlichen medialen Diskurs ebenso gerne ihre analytisch-weltanschaulichen Dienste an, wie wenn es darum geht, der westlichen Welt nach dem Schrecken des 11. September endlich die Augen ob der is-

lamischen Gefahr zu öffnen. Deutlicher hätte die bekannteste deutsche Frauenrechtlerin nicht ausdrücken können, dass der von ihr vertretene Feminismus zu einer Teilströmung der Denksysteme westlicher Apologetik im Dienste gesellschaftlicher Legitimation und Systemerhaltung geworden ist.

Das Kopftuch und die Stellung der Frau

So ist aus einer radikalen Bewegung für die Rechte der Frauen eine Quelle systemfunktionaler Ideologieproduktion geworden. Längst schon zählt "gender mainstreaming" zum Systeminventar des westlichen akademischen und medialen Diskurses. Es ist also kein Wunder, dass sich der Konflikt an der Frage weiblicher Bekleidungs-sitten entzündet. Das Kopftuch als vermeintliches Symbol der Frauenunterdrückung stört die aufgeklärte Harmonie empfindlich.

Wie aussagekräftig ist dieses Kleidungsstück nun tatsächlich bezüglich der gesellschaftlichen Stellung seiner Trägerinnen? Nehmen wir als Ausgangspunkt die Feststellung moderater muslimischer Organisationen, das Kopftuch sei zuallererst Teil der islamischen Glaubenspraxis, die als Bekleidungs-vorschrift für Frauen im Koran verankert sei. Allein daraus lassen sich noch nicht zwingend Erkenntnisse bezüglich der Stellung der Frau in modernen islamischen Ländern gewinnen, sondern viel eher Hinweise auf die Stellung der Frau in der arabischen Gesellschaft des entstehenden Islam. Diese war, so wie ihre Geschlechtsgenossinnen in fast allen Gesellschaften dieser Zeit, insbesondere jedoch in den christlichen, dem Mann untergeordnet. Das Kopftuch war ein Schutz vor dem beliebigen sexuellen Zugriff der Männer, galt doch offen getragenes Haar als starkes sexuelles Symbol. Dementsprechend war das Kopftuch ein Privileg der freien Frauen. Sklavinnen durften es nicht tragen.

Das Bedecken des Kopfes und des Haares ist ein sittliches Gesetz, das in dieser oder abgeschwächter Form vielerorts und bis heute existiert. Die

europäische Literatur des Mittelalters bis in die Neuzeit erzählt von jungen Frauen, die das Haus ihrer Eltern nicht verließen, außer um – vom Scheitel bis zu den Zehenspitzen bis zur Unkenntlichkeit verhüllt – zur Kirche zu gehen. Die deutsche Lyrikerin Annette von Droste-Hülshoff hat die sinnlich-emanzipatorische Bedeutung offenen Haares ebenso besungen, wie ihr Leid ob des Verbots, dieses so zu tragen. Bis in die 30er Jahre des 20. Jahrhunderts war es für Frauen in Europa weitgehend unüblich, ohne Kopfbedeckung auf die Straße zu gehen und bis in die 50er Jahre wurde es als ungebührlich betrachtet, langes Haar nicht aufzustecken oder in Zöpfen zu tragen. In ländlichen Gegenden Südeuropas findet sich das schwarze Tuch bis heute auf den Köpfen zumindest der alten Frauen. Eine strukturelle Benachteiligung will darin niemand sehen. Es ist eine Bekleidungs-gewohnheit, die als solche respektiert wird.

Und doch sagen natürlich die Bekleidungs-sitten einer Gesellschaft einiges über die Stellung der jeweiligen Trägerinnen und Träger aus. Die Notwendigkeit aus sittlichen Gründen weite Teile des Körpers zu verhüllen drückt den Status der Frauen in einer Gesellschaft aus, die ihre Reproduktionsfunktion kontrollieren will. Das war die vorherrschende Stellung der Frau in fast allen Gesellschaften und Kulturen bis in die Gegenwart. Die westliche Gesellschaft des 20. Jahrhunderts hat diese traditionelle Rollenzuweisung der Frau sukzessive zurückgedrängt, der Frau weitgehend die Kontrolle über ihren Körper und ihre Reproduktionsfunktion in die Hand gegeben. Doch das bedeutet keineswegs, dass dadurch die Frau von ihrer fremdbestimmten Position befreit wäre. Die Unterdrückung hat andere Formen angenommen, im Wesentlichen die der Verwandlung der Frau in eine Ware. Es geht nicht mehr darum, die Reproduktionsfunktion der Frau zu kontrollieren, sondern vielmehr diese zu vermarkten. Insofern symbolisiert ein Kopftuch zweifellos die gesellschaftlich untergeordnete Stellung

der Frau, allerdings nicht mehr und nicht weniger als dies Stöckelschuhe und Schönheitsoperationen tun.

Wenn auch die Verschiebung der spezifischen Stellung der Frau im Westen dieser zweifellos einiges an Rechten eingebracht hat, so hat das herrschende Modell einer emanzipierten Frau, die von der politisch engagierten Emanze längst zur stromlinienförmigen Karrierefrau mutiert ist, keinerlei Relevanz für die übergroße Mehrheit der Frauen weltweit. So wie alle Tellerwäscher nur theoretisch zu Millionären werden können, so ist auch 99% der Frauen eine Zukunft als erfolgreiche Managerin versagt. Die Form westlicher Frauenbefreiung ist folglich als anzustrebendes Modell für die Masse der Frauen, insbesondere die der Slums und Armenviertel der halbkolonialen Länder, wertlos, weil unerreichbar.

Indes ist ein Vergleich der Stellung der Frauen in den islamischen und christlichen Ländern sehr viel komplexer, als dies gemeinhin angenommen wird. Viele islamische Staaten haben eine bemerkenswert hohe Akademikerinnenrate und oftmals sind Frauen in naturwissenschaftlichen und technischen Positionen stärker vertreten als in westlichen Ländern. Ein Beispiel dafür ist der Iran, der im Westen als Parade-fall für die frauenfeindliche Haltung des Islam herangezogen wird, die Ausbildung und Erwerbstätigkeit von Frauen jedoch fördert. In den konservativ-fundamentalistischen Golfstaaten, allesamt treue Verbündete des Westens, ist genau das Gegenteil der Fall. Frauen sind im Allgemeinen rechtlich benachteiligt und gesellschaftlich an den Rand gedrängt.

Auch aus historischer Sicht hält das Bild der geknechteten islamischen Frau bei genauerem Hinsehen nicht uneingeschränkt stand. Während die christliche Literatur und Philosophie bis weit in die Neuzeit hinein Frauen beschreibt, die von jeglicher gesellschaftlichen Partizipation und geistig-künstlerischen Betätigung kategorisch ausgeschlossen waren, kennt die arabisch-islamische zahlreiche gegenteilige Beispiele



le. Scheherazade, die Heldin aus *Tausendundeiner Nacht*, ist nur eine der literarischen Frauenfiguren, die sich dank ihrer umfassenden Bildung und Geistesgegenwart gegenüber ihrem männlichen Widerpart durchsetzt.

Das Kopftuch als politisch-kulturelles Symbol

Wenn Alice Schwarzer das Kopftuch als Politikum entlarvt, das nur vermeintlicherweise Privatsache oder religiöse Sitte sei,² so hat sie damit zumindest was den politischen Symbolgehalt betrifft Recht. Das Kopftuch war in der Geschichte des öfteren Symbol für den politischen Kampf antikononialer oder anti-neokolonialer Ausrichtung. Im algerischen Unabhängigkeitskrieg trugen es die Kämpferinnen, von denen sich die meisten zur Linken zählten, um ihrer Ablehnung des christlich-abendländischen Kolonisators Ausdruck zu geben. Im Iran trugen es die Frauen, die an der revolutionären Bewegung gegen den Schah teilnahmen, um die Unterwerfung des iranischen Regimes unter die Politik der USA anzuprangern. Wenn heute immer mehr Musliminnen auch in den europäischen Ländern zum Kopftuch

greifen, so kann daraus zumindest das Bedürfnis nach Abgrenzung von den kulturellen Modellen des Westens herausgelesen werden.

Die in den letzten Jahren verstärkte Rückbesinnung auf den Islam hängt dabei einerseits mit dem Scheitern linker und arabisch-nationalistischer Bewegungen zusammen, die vormalis die soziale und politische Unzufriedenheit der arabischen und islamischen Massen kanalisieren. Andererseits hat die Religion in den arabischen und islamischen Gesellschaften allgemein einen anderen Stellenwert als in den westlichen. Die in Europa mit der Aufklärung und den bürgerlichen Revolutionen erfolgte gründliche Säkularisierung der Gesellschaft fehlt in den islamischen Ländern und war zu deren Entwicklung auch nicht in dem Maße notwendig wie im von der Kirche als Staatsmacht und Repressionsinstrument geknechteten Europa. Insofern die Trennung staatlicher und religiöser Angelegenheiten in den islamischen Ländern weitaus selbstverständlicher war als in Europa, ist die islamische Religion als essentielles Element kultureller Identität ungleich stärker verankert. Auf dieser

Grundlage hat der politische Islam das von der Linken hinterlassene Vakuum ausgefüllt und ist oft gegen seinen ursprünglichen Willen von den Massen der Bevölkerung in eine antiwestliche Richtung getrieben worden.

Doch geht die Rückbesinnung auf den Islam weit über die Kreise des tatsächlichen politischen Islam hinaus. Gerade den marginalisier- testen und benachteiligten Schichten der Bevölkerung im Westen, den Immigrantinnen und Immigranten, eröffnet sie eine Quelle kollektiver Identität und kulturellen Selbstbewusstseins, wie kaum eine Form der Integration sie in Aussicht stellen würde. Der Islam verkörpert mit seiner langen Tradition als mächtige, dem Westen Jahrhunderte lang überlegene Hochkultur wesentlich glaubhafter die Hoffnungen und Ansprüche der an den Rand der Gesellschaft Gedrängten nach einem menschenwürdigen Dasein, als dies demokratisch-säkulare, laizistische oder republikanische Werte tun.

Das Kopftuch als Symbol für sozialen Protest

Es ist dieser Konsensverlust unter der muslimischen Bevölkerung, der die Besorgnis der europäischen Regierungen ausgelöst hat, stellt er doch die zunehmende Politisierung der verarmten Schichten auf islamischer Grundlage drohend in Aussicht. Dieser Konsensverlust – zunehmend offensichtlich in der Renaissance des Kopftuchs – ist dort am stärksten ausgeprägt, wo die muslimische Immigration am ältesten und am diskriminiertesten ist. Erst jetzt, da sich die Reaktion auf die vom französischen Staat verweigerte soziale Integration ihren radikalen politischen Ausdruck zu suchen droht, beginnt die Situation inzwischen mehrerer Generationen verarmter, marginalisierter und in Gettos weggesperrter Immigranten den französischen Autoritäten den Schlaf zu kosten. Angst vor dieser explosiven Mischung aus sozialem Unmut und islamischer Repolitisierung ist es, welche die französischen Machthaber zum Kopftuchverbot

treibt, keineswegs jedoch die gehechelte Betroffenheit aufgrund der Gewalt in den Vorstädten, die sich oft gegen wehrlose Frauen und Mädchen entlädt.

In Frankreich zeigt der Konflikt auch am deutlichsten seine politisch-soziale Komponente. Während die französische Regierung als Begründung für das Kopftuchverbot laizistische Grundwerte und staatsbürgerliche Gleichheit ins Treffen führt, werden elitäre Privatschulen zumeist katholischer Zugehörigkeit vom Staat mit ansehnlichen Summen gefördert. Für die französische konservative Elite besteht also das Recht auf freie Religionsausübung auch in den Schulen. Den muslimischen Unterschichten wird dieses mit Hinweis auf die religionsneutrale öffentliche Schule verweigert. Die islamische Renaissance in Bekleidung und Verhalten enthält daher auch eine starke Komponente sozialen Protests gegen das, was staatsbürgerliche Gleichheit genannt wird, doch Ausdruck sozialer Ungleichheit ist.

Das Kopftuch als Instrument der Frauenemanzipation

Wir haben die unterschiedlichen Bedeutungen des Kopftuchs gesehen. Neben dem religiösen, kulturellen-politischen oder sozialen Gehalt dieses Kleidungsstücks zeigt sich immer öfter der emanzipatorische Wert, den das Kopftuch unter gewissen Umständen für junge Musliminnen annehmen kann. In manchen Fällen scheint aus dem Unterdrückungssymbol gar ein Instrument der Emanzipation geworden zu sein, das Selbständigkeit und berufliche Weiterentwicklung erst möglich macht. Das Kopftuch kann – wenn es aus Überzeugung getragen wird – zu einem Akt der Auflehnung und der Identitätsaffirmation gegen Elternhaus und Staat werden. Ein Beispiel dafür ist die zunehmende Immigration von Studentinnen aus der Türkei nach Westeuropa, die in ihrem Heimatland aufgrund ihres Kopftuchs von den Universitäten verwiesen wurden. Für diese Frauen, die oftmals von bescheidener sozialer

Herkunft sind, vergrößert das Kopftuch die Bewegungsfreiheit anstatt sie, wie gemeinhin angenommen, einzuschränken. Das Kopftuch erlaubt es ihnen ein Studium zu absolvieren, sich der Kontrolle der Eltern zu entziehen, die traditionelle Rolle der Ehefrau und Mutter zumindest bis zur Beendigung des Studiums zu verweigern und in der Gruppe der Gesinnungsgenossinnen eine Form der zumindest teilweise selbstbestimmten Existenz in weiblicher Solidarität zu leben.

Doch auch vielen Mädchen aus Migrantenfamilien hilft das Kopftuch identitäres Selbstbewusstsein zu erlangen und durch schulischen Erfolg einen potentiell möglichen Aufstieg aus den untersten Gesellschaftsschichten erst in Aussicht zu stellen.

Das Kopftuch kann daher, wenn es freiwillig getragen wird, eine vielschichtige identitätsstiftende Funktion erhalten. Es ist ein Symbol gegen westliche kulturelle Modelle. Es setzt der Beliebigkeit des postmodernen spätkapitalistischen Konsumenten die Würde des gläubigen Menschen entgegen. Es weist dem Individuum einen gesicherten Platz in der Gemeinschaft der Gläubigen zu und schützt es so vor dem vereinsamenden Individualismus des menschlichen Beziehungsmarktes. Es verleiht den von der Industriegesellschaft in den Rang der Untermenschen verwiesenen Migrantinnen eine starke kulturelle Identität und damit Selbstbewusstsein.

Auch der politischen Islam als soziales und politisches Phänomen ist nicht notwendigerweise gleichbedeutend mit Frauenunterdrückung. Die Rolle der Frauen, die sich diesen Bewegungen zugehörig fühlen, ist alles andere als eindeutig. Natürlich ist sie einerseits durch den Bezug auf die religiöse Tradition festgelegt, beschränkt also per definitionem die Freiheit der Frau diese spezifische Rolle abzulehnen. Andererseits allerdings erlaubt und ermöglicht die Zugehörigkeit zur Bewegung des politischen Islam Frauen durchaus jenen hohen Grad an Selbstständigkeit, den berufliche, akademische oder po-

litische Betätigung erfordern. Solche Frauen sind mitunter mündiger, aktiver und politisch bewusster als ihre Geschlechtsgenossinnen aus dem säkularisierten Milieu. Dennoch ergibt sich aus dem Spezifikum der politischen Definition des islamischen Glaubens ein Rahmen, jenseits dessen Grenzen Frauen die Selbstbestimmung verwehrt bleibt. Dieser Rahmen ist allerdings ungleich weiter, als es die Herrschaftsideologie des Westens wahrzunehmen im Stande ist. So kann der politische Islam für Frauen natürlich zu einem Unterdrückungsinstrument werden. Allerdings ist er das nicht notwendigerweise. In Abhängigkeit vom gesellschaftlichen Gesamtkontext kann er ihnen unter gewissen Umständen auch mehr Selbständigkeit ermöglichen.

Das Kopftuch als Symbol für Frauenunterdrückung anzusehen ist, wie wir gesehen haben, unzulässig. Es kann diese Bedeutung annehmen, aber auch ebenso gut die gegenteilige. Ausschlaggebend dafür ist einerseits der gesamtgesellschaftliche Kontext, in dem das Kopftuch heute immer mehr zum Symbol einer identitären und politischen Renaissance der muslimischen Bevölkerungsteile – zumal in den westlichen Immigrationsgesellschaften – wird. Andererseits muss die Frage in ihrem internationalen Zusammenhang gesehen werden und dieser ist derzeit von einem ungezügelten Zugriff der mächtigen Staaten des Westens auf die Rechte und Reichtümer der Völker im Süden und Osten geprägt, von denen Teile in ihrem Abwehrkampf immer mehr auf den Islam zurückgreifen. In beiden Fällen bedeutet die Verteidigung des Rechts, das Kopftuch zu tragen – was nicht gleichbedeutend mit einem Kopftuchgebot ist – mit jenen Seite zu beziehen, die in diesem sozialen und politischen Konflikt die Unterlegenen sind.

Margarethe Berger

Margarethe Berger ist Mitglied der *Intifada*-Redaktion.

1 Alice Schwarzer: „Die Gotteskrieger und die falsche Toleranz“, Kiepenheuer und Witsch 2002

2 a. a. O.

Enfant terrible und Verfluchter der arabischen Literaturszene

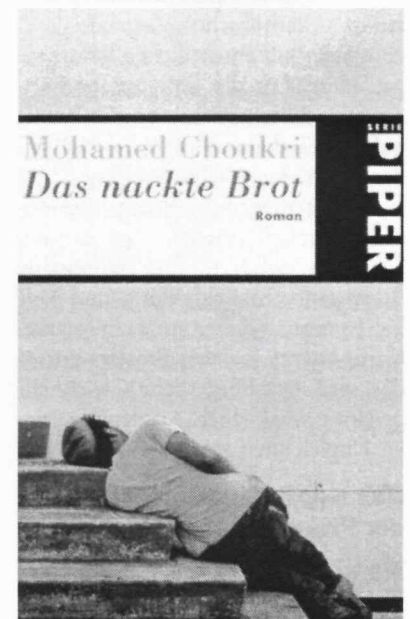
Nachruf auf den marokkanischen Schriftsteller Mohamed Choukri

Choukris erstes Buch „Das nackte Brot“ (1972), ein autobiographischer Roman, wurde rund vierhunderttausend Mal in zehn verschiedenen Sprachen aufgelegt und verkauft. In Europa wurde es das Kultbuch unter jungen Reisenden auf der Suche nach dem ultimativen Exotikkick in Afrika sowie unter ein paar Handvoll Intellektuellen. In Marokko wurde das Buch kurz nach Erscheinen verboten, weil Choukri seinen Vater darin nicht ehrfurchtsvoll beschreibt. „Mein Vater wurde nur geboren, um alle zu hassen. Er liebt nicht einmal sich selbst.“ (S. 95) Schon auf den ersten Seiten macht er ihn für den Tod eines Sohnes, des jüngeren Bruders von Choukri, verantwortlich. Choukri wuchs in ärmsten Verhältnissen auf, im Rif, einer bergigen Gegend im Norden Marokkos, die auch heute noch von allen Entwicklungsprogrammen, ob wirtschaftlich oder sozial, ausgespart bleibt, da sie aufgrund des herrschenden Clanwesens als politisch instabil gilt. Choukri kam früh auf die schiefe Bahn, war schon als Jugendlicher im Gefängnis, wo er das erste Mal von einem Mitgefangenen das Alphabet gelehrt wurde.

Mit 21 Jahren – Marokko war gerade im Umbruch zur Unabhängigkeit – ging er auf eine Schule nach Larache, eine Stadt an der nördlichen Atlantikküste, und lernte lesen und schreiben, um Zeitungen und Bücher lesen und am politischen Leben der neuen Zeit teilhaben zu können. Er absolvierte die Prüfung zum Lehrer. Aber mit dem Lehrer-Sein klappte es dann doch nicht so wirklich, da er es sich immer wieder mit den Behörden anlegte. Auch, dass er mit Büchern von Sartre, Fanon und Beckett „erwischt“ wurde, förderte seine Position als Lehrer nicht, genausowenig wie der extreme Kifkonsum und das Trinken, das er nie bleiben ließ. Als wir ihn 1993 im Café de Paris am Grand Socco in Tanger aufsuchten, riet man uns, ihm unbedingt eine Flasche guten Whiskey mitzunehmen. Der gute Whiskey ist dann wohl auch Mitverursacher seines Todes am 15. November 2003 im Alter von 68 Jahren gewesen.

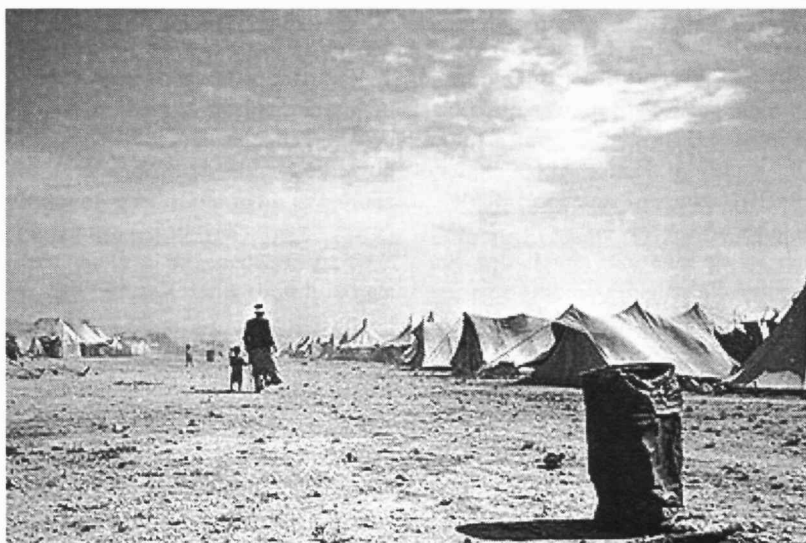
Choukris Figuren in seinen Büchern sind die, mit denen er lebte und verkehrte: Prostituierte, Drogendealer, Schuhputzer, Hafenarbeiter, Zuhälter und Diebe. Choukris im-

mer wiederkehrendes Thema sind die Westler, die nach Marokko kommen auf der Suche nach dem Exotischen, nach Drogen, nach Frischfleisch. Marokko gilt im Westen auch heu-



te noch als Mekka am Sextourismusmarkt für homosexuelle Männer. In Choukris Erzählungen bleibt das Unverständnis zwischen den Westlern und den Marokkanern offen stehen.

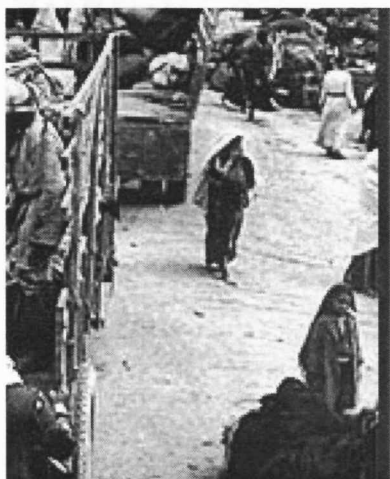
Er lernte die Beatniks und andere westliche Intellektuelle kennen, die für kurze Zeit, oder so wie der amerikanische Komponist und Schriftsteller Paul Bowles und der Geschäftsführer des Lokals „Tausendundeine Nacht“ in Tanger, Byron Gysin, für immer nach Marokko zogen. Er führte Tennessee Williams und Jean Genet durch seine Stadt, das Tanger der Bordelle, der Hafenarbeiter, der Drogendealer und Kleinkriminellen. In seinen Werken legt er die dekadente Doppelbödigkeit dieser westlichen Künstler offen, indem er einfach in klarer Sprache erzählt, wie sie einerseits im Nobelhotel al-Minzah hausen und andererseits die



arabischen Jungs gegen wenig Geld in miesen Absteigen nehmen. Solche Menschen kann man beklaue und ausnehmen, lässt Choukri seine Figuren in den Romanen sagen.

Choukri suchte dennoch hoffnungsvoll Kontakt auf gleicher Ebene mit jenen westlichen Intellektuellen und Künstlern, wollte Anerkennung für seine schriftstellerische Arbeit, so wie er sie für ihre zeigte und wurde immer wieder von oben herab als nicht-zugehörig behandelt. Die Beleidigung, die er dabei empfand, drückte sich fortan in seinen Büchern aus. In dem autobiographischen Folgeroman „Zeit der Fehler“ (1992) und dem Tanger-Roman „Zoco Chico“ (1986) werden Westler ausgenommen und die amerikanischen und europäischen Frauen mit Alkohol abgefüllt – die späte Rache für all die Demütigungen, denen er ausgesetzt war.

Der amerikanische Komponist und Schriftsteller Bowles, der schon 1946 nach Tanger kam, übersetzte Choukris Roman „Das nackte Brot“ und brachte die englische Ausgabe bei seinem Verleger, dem Briten Peter Owen, unter. Choukri bezichtigte Bowles sein Leben lang, ihn betrogen zu haben. Aus einem Interview mit Michael Rauch in Tanger (*Welt am Sonntag*, März 1999): „Bowles ist ein Dieb. Er hat sich für meine ersten übersetzten Bücher das Copyright unter den Nagel gerissen. Ich sehe davon keinen Sou. Taher Ben Jelloun hat dasselbe in Frankreich getan.“



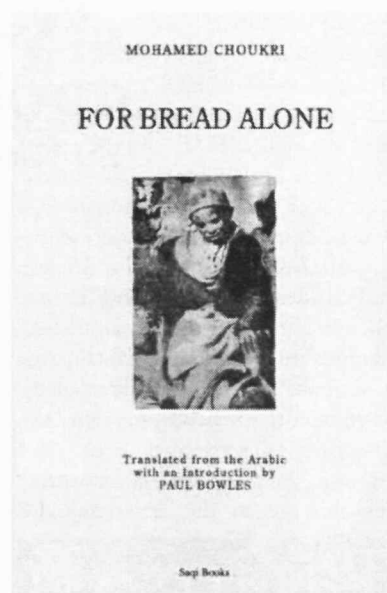
Bowles bezeichnete ihn fortan als armen Alkoholiker, der sein Talent verspielt hätte. Es gibt tatsächlich Hinweise, wenn auch keine Beweise, dafür, dass Bowles literarische Machenschaften in Marokko nicht darauf aus waren, marokkanische Schriftsteller bekannt zu machen, sondern sich als deren Entdecker im Westen zu etablieren und damit Geld zu machen. Ahmad Yacoubi, der ihm auch sexuell bis zu seinem frühen Tod treu ergeben blieb, sah sein Leben lang kein Geld für die Erzählungen, die er Bowles in das Tonbandgerät sprach. Auch Mohamed Mrabet schien sein Leben lang von der Willkür und Güte seines amerikanischen „Freundes“ finanziell abhängig zu sein. Tatsache ist, dass Choukri der einzige blieb, der das aussprach und Bowles dessen öffentlich bezichtigte.

Dass er von der arabischen Literaturszene und den arabischen Intellektuellen nicht anerkannt wurde, empfand er sein Leben lang als Demütigung. Zwar übersetzte Tahar Ben Jelloun, der bis heute in Paris im Exil lebt, Choukris Roman „Das nackte Brot“ ins Französische, erkannte seinen Landsmann aber nie als Schriftsteller seines Formats an.

Choukris Erzählung über die Tage mit Jean Genet in Tanger war die erste nach dem Verbot 1973, die 1993 auf Arabisch erscheinen durfte, zu einer Zeit, in der König Hassan II. seinem Land Reformen versprach und den Anschluss an die EU suchte. Choukris Erstlingswerk „Das nackte Brot“ wird erst 2000 wieder auf Arabisch aufgelegt.

Trotzdem können diese Wiedergutmachungsversuche auf marokkanischer Seite nicht darüber hinwegtäuschen, dass Choukri ein Außenseiter blieb.

Er verkehrt bis zu seinem Lebensende mit den Unterschichten in Tanger, ist ihr Sprachrohr, bleibt ein unangenehmer Künstler, den keiner ernst nehmen will. Auf der anderen Seite steht die Konfrontation mit den fundamentalistischen Islamisten. Seine offene, für die islamische Welt schamlose Sprache ist eine Herausforderung, die nicht hingenommen



wird. Er wird von offizieller Seite der Pornographie und der Verunglimpfung seiner Heimat bezichtigt. Zynisch ist es jedenfalls, dass er in den letzten Wochen vor seinem Tod im Militärgefängnis in Rabat auf Anordnung des Königs Muhammad VI. erfolglos behandelt wurde.

Choukri blieb auch insofern ein Außenseiter, als er sich nie politisch formierte, sich als Einzelkämpfer bewegte, Organisationen zutiefst misstrauete. „Die Klugen sind dem Wahnsinn verfallen, faseln dummes Zeug auf den Straßen, und die, die daran recht getan hätten zu bleiben, sind weggegangen und werden von Einsamkeit in schwere Ketten gelegt.“ (S. 139) Choukri ist nie ins Exil gegangen, hat sein Marokko immer zutiefst geliebt. Er hat es aber nie geschafft, in seiner Heimat ernst genommen zu werden. Jegliche Kritik versickerte. Er blieb einsame Opposition. So sind seine Bücher, die das beste Bild Marokkos abgeben, das die Literatur dieses Landes hervorgebracht hat, denn auch alles – nicht mehr und nicht weniger.

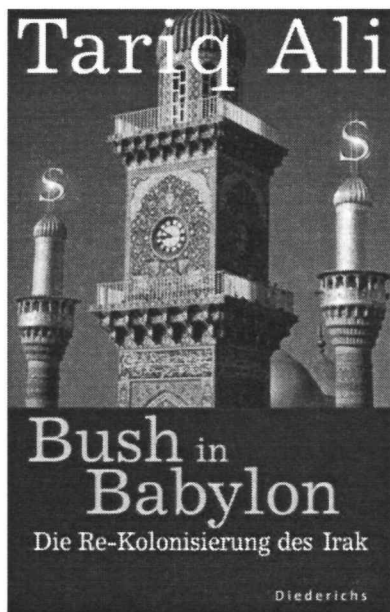
Sabeth Belhayania

Mohamed Choukris Bücher werden auf Deutsch im Eichborn Verlag, Frankfurt am Main, und im Verlag Das Arabische Buch, Berlin, herausgegeben. Die Seitenangaben beziehen sich auf „Das nackte Brot“, Eichborn Verlag 1991.

„Weder ihren Krieg noch ihren Frieden!“

Zu Tariq Alis Buch „Bush in Babylon“

Dieses Motto (S. 159) ist der zentrale Gedanke, der Tariq Alis Analyse des Irak der Gegenwart und der turbulenten Vergangenheit des 20. Jahrhunderts zu Grunde liegt. Tariq Alis Stimme ist eine, die nach der erfolglos gebliebenen Bewegung zur Verhinderung des Krieges nicht verstummt ist, sondern konsequent weiterhin gegen die Besetzung des



Irak erhoben wird. Sein Buch ist eine Hommage an die Menschen im Irak, die – so Tariq Ali – die Geschichte ihres Landes als Spielball der imperialistischen Mächte nicht vergessen haben und sich den neuen Besatzern nicht ohne Widerstand unterordnen werden. Allein diese Haltung macht das Buch zu einer spannenden und wohltuenden mentalen Reise in den Irak, die den Zynismus und die Menschenverachtung in den Medien oder unter zivilgesellschaftlichen Kriegsgegnern, die – gerade erst hatten sie noch gegen den Kriegsausbruch demonstriert – nicht schnell genug die Kollaborateure und mit ihnen die Besatzungsmacht anerkennen konnten, und damit den Widerstand da-

gegen diffamieren. Das Buch ist eine Ermutigung, den Kampf um Befreiung, der eben auch harte Rückschläge beinhaltet, fortzusetzen. Darüber hinaus ist es eine Einführung in das Denken unbeugsamer Dichter und Denker der arabischen Welt und es holt kritische Stimmen wie die von Mark Twain aus der amerikanischen Welt ins neue Jahrhundert, wo sie aktuell denn je ist.

Tariq Ali zitiert Mark Twain aus dem Jahre 1916 im Zusammenhang mit der von der UNO im Nachhinein gelieferten Sanktionierung der Besetzung (S. 184), die für ihn nichts an dem Charakter des ungerechten Krieges und seiner Folgen ändert – für viele andere leider schon. In deren Köpfen mag es wohl so zugehen: „Als nächstes werden die Staatsmänner billige Lügen erfinden, die Schuld der Nation geben, die angegriffen wird und jeder Mensch wird froh sein über diese das Gewissen beruhigenden Unwahrheiten und wird sie sorgfältig studieren und sich weigern, irgendwelche Widerlegungen in Erwägung zu ziehen. So wird er sich nach und nach selbst einreden, dass der Krieg gerecht sei und wird Gott dafür danken, dass er nach dieser grotesken Selbsttäuschung einen besseren Schlaf hat.“ (S. 218)

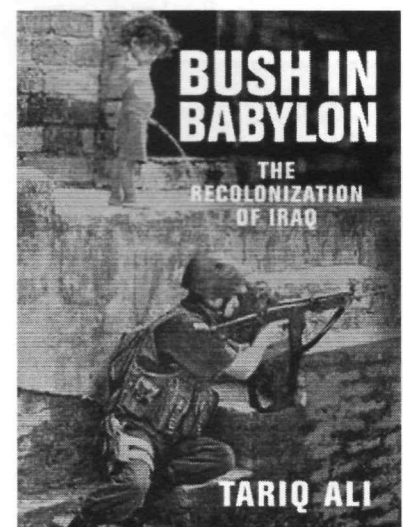
Als Einleitung zur Geschichte des Irak im 20. Jahrhundert und der gegenwärtigen Situation steht das Bild der „Schakalhochzeit“. Handverlesene Kollaborateure finden sich zusammen, um die Zukunft des Irak nach der „Befreiung“ zu bestimmen. Im Süden des Landes sprechen die Dorfbewohner voller Abscheu von einer Schakalhochzeit, wenn ihre Nachtruhe durch lärmende und stinkende Schakale gestört wird. Da man Kollaborateure nicht will, genauso wenig wie die störenden Schakale, ist die Metapher, die auch der irakische Dichter Saadi Youssef für die iraki-

schen Verräter verwendet, passend. Er ist auch einer derjenigen, die unter Saddam Hussein das Land verlassen mussten und der von der groß gepriesenen neuen „Freiheit“ nichts hat, weil er nach wie vor im Irak unerwünscht ist.

In seinem Gedicht „Die Schakalhochzeit“ schließt er mit seinem Dichterfreund Muthaffar al-Nawab einen Handel:

Ich gehe an deiner Statt
(Damaskus ist zu weit von diesem stillen
Hotel)
und spucke den Schakalen ins Gesicht,
ich spucke auf ihre Listen,
ich sage ihnen, dass wir das Volk des Irak
sind –
wir sind der Stammbaum dieses Landes,
und wir sind stolz unter unserem
bescheidenen Dach aus
Bambus. (S. 38)

Der syrische Dichter Nizar Qabbani wollte mit seinem 1997 verfassten Gedicht „Ich bin für Terrorismus“ „der Jugend von Palästina und der arabischen Nation, die ihren Namen vergessen hat, Mut machen.“ (S. 12) Es passt für den Irak 2004. Hier ein kurzer Auszug:



Man wirft uns Terrorismus vor:
wenn wir die Rose verteidigen und eine Frau
und den mächtigen Vers
und den blauen Himmel ...
Eine Kolonie ... in der nichts mehr ist
Kein Wasser, keine Luft ...
Kein Zelt, kein Kamel,
nicht einmal schwarzer arabischer Kaffee!

Man wirft uns Terrorismus vor:
wenn wir von einer zerstörten Heimat
schreiben, den Ruinen der Heimat
zerrissen, schwach ...
eine Heimat ohne Adresse
und eine Nation ohne Namen.
(...)

Amerika
Gegen die Kulturen der Völker
ohne Kultur
Gegen die Zivilisiertheit der Zivilisierten
ohne Zivilisation
Amerika
ein mächtiges Gebäude
ohne Wände!
(...)

Ich bin für Terrorismus
solange die neue Weltordnung
meine Nachkommen abschlachten
und sie den Hunden vorwerfen will.
Und deshalb
erhebe ich meine Stimme:
Ich bin für Terrorismus (... S. 13, 15, 17)

Im Hauptteil des Buches behandelt Tariq Ali die Entwicklung des Irak nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches bis heute. 1917 fiel den Briten Bagdad zu und die Grenzziehung des neuen Gebildes „Irak“ wurde vollzogen. So wie heute die Amerikaner ließen die Briten die Iraker wissen, sie kämen als „Befreier, nicht als Eroberer“. (S. 50)

1929 endete das Mandatsverhältnis, wobei die Briten die Jahre davor genutzt hatten um ihren wirtschaftlichen, politischen und militärischen Einfluss zu sichern. Während des Zweiten Weltkriegs wurde der Irak wieder voll unterworfen. Anschaulich skizziert Tariq Ali den Kampf um einen unabhängigen Irak, wobei bis zu den großen Niederlagen des arabischen Nationalismus die Idee der arabischen Nation im Vordergrund stand. Am 14. Juli 1958 ergriffen die Freien Offiziere die Macht und erklärten den Irak zu einer Republik. (S. 70)

Als geschichtlich besonders interessanter Aspekt in der Analyse der Entwicklungen und Machtkämpfe der folgenden Jahre, die letztendlich zur Machtübernahme der Ba'th-Partei führten, erscheint die ausführliche Besprechung der Rolle der Kommunistischen Partei. Es ist die Geschichte einer starken arabischen kommunistischen Partei mit Massenunterstützung, deren politische Fehler sie zu einem Schatten ihrer selbst werden ließen. Sie einseitig als Opfer des Ba'th-Regimes zu sehen, ist für Tariq Ali aus dem Zusammenhang ihrer eigenen Politik gerissen. Der arabischen Sache abträglich war schon die Aufgabe des Widerstands gegen die französischen und britischen Besatzungstruppen im Zweiten Weltkrieg und die – gegen den Rat ihrer eigenen jüdischen Mitglieder – Anerkennung Israels im Schlepptau der Sowjetunion. (S. 73)

Weiters kam es im Bündnis mit Qasim zu Versäumnissen in der Zusammenarbeit mit den Nationalisten. (S. 77) Und schon 1959 musste die Partei erfahren, dass ihre Dienste zur Verhinderung des geplanten Putsches der Ba'th-Bewegung nicht gewürdigt wurden. Die Kommunisten wurden aus wichtigen Positionen entfernt und ihre Rolle entsprach in keiner Weise dem Potenzial, das die Partei an der Basis hatte. Die historische Chance einer tatsächlichen revolutionären Umwandlung wurde nicht genutzt und mit der Machtübernahme der Ba'th-Partei 1963 folgte Zerschlagung, Verfolgung, Exil. Als die Frage der Machtübernahme durch die starke Massenbasis reale Chancen hatte, wurde sie nicht gestellt, einige Jahre später, als sich die Menschen enttäuscht abgewandt hatten, konnte sie nicht mehr gestellt werden.

1967 unterzogen sich führende Kommunisten einer schonungslosen Selbstkritik: „Wenn wir das Ruder übernommen und unverzüglich das Volk bewaffnet und eine radikale Agrarreform durchgeführt hätten ... den Kurden ihre Autonomie gewährt und die Armee durch revolutionäre Maßnahmen in eine demokratische Streitmacht umgewan-

delt hätten, dann hätte unser Regime mit außerordentlicher Geschwindigkeit breiteste Popularität erlangt und hätte große Massenbewegungen entstehen lassen, die es Millionen Menschen ermöglicht hätten, selbst in die Geschichte einzugehen.“ (S. 86)

Der letzte Akt der Tragödie wurde 1973 mit Zustimmung der Sowjetunion vollzogen. Sie begrüßte es als gewaltigen Schritt vorwärts, dass die Kommunisten gemeinsam mit der Ba'th-Partei die „Progressive Nationale Front“ bildeten. Der finale Dolchstoß für die IKP folgte. (S. 111) Wiederauferstanden ist sie bei der Schakalhochzeit.

Wenn auch die jüngste Geschichte des Irak in vielen Publikationen behandelt wurde und wird, so ist Tariq Alis Beitrag doch eine Bereicherung, weil er klar Stellung nimmt. Zum Beispiel zum Iran-Irak-Krieg, „der niemals hätte stattfinden dürfen und schlimmstenfalls 1982 hätte enden müssen.“ (S. 120)

Mit vielen Details wird aufgezeigt, wie die späteren Kriegsherren ihr „Monster“ Saddam Hussein aufpäppelten. Und wenn Tariq Ali die Gräueltaten des Saddam-Hussein-Regimes beschreibt oder die Gräueltaten des Golfkrieges 1991 sowie die verbrecherischen Sanktionen und den neuerlichen Krieg – so kommt es zu keiner Äquidistanz, die so viele Menschen lähmt. Das ist für mich das besondere Verdienst dieses Buches.

Tariq Ali verschont weder die Arabische Liga – sie „übertraf sich selbst im kollektiven Ausdruck von Würdelosigkeit und verkündete ihren Widerstand gegen den Krieg, während eine Mehrheit der Mitglieder sich bereits daran beteiligte.“ (S. 150) – noch die deutschen sogenannten Kriegsgegner wie den „kadavergrünen Außenminister Joschka Fischer“, der verlautbaren ließ, „seine Regierung hoffe ebenfalls, dass der Widerstand gegen den englisch-amerikanischen Angriff rasch zusammenbrechen möge“ (S. 149) – noch den UN-Sicherheitsrat, der in der letzten Maiwoche 2003 die Besetzung des Irak anerkannte und die Re-Kolonisierung absegnete. (S. 155)

Die Aufforderung ist klar: „Die dringlichsten Aufgaben einer anti-imperialistischen Bewegung liegen in der Unterstützung des irakischen Widerstandes gegen die britischen und amerikanischen Besatzer und die Ablehnung aller Versuche, die Vereinten Nationen irgendwie mit ins Boot zu bekommen.“ (S. 159)

Letztendlich fordert Tariq Ali Europas linksliberale Intellektuelle und Philosophen – die immer noch daran zweifeln, dass die Welt, in der wir leben, von einem einzigen Empire und dessen Bedürfnissen dominiert wird – auf, Philip Bobbitts Verteidigung des US-Empires zu lesen. „In den internationalen Beziehungen ist eine bismarcksche Revolution im Gange. Sie wurde nicht etwa von George W., sondern von Bill Clinton in die Wege geleitet, als dieser beschloss, auf dem Balkan zu intervenieren.“ (S. 185)

Elisabeth Lindner-Riegler

Tariq Ali: Bush in Babylon – Die Re-Kolonisierung des Irak. Heinrich Hugendubel Verlag, Kreuzlingen/München 2003, 224 Seiten. Die Originalausgabe erschien zeitgleich unter dem Titel „Bush in Babylon“ bei Verso, London/New York.

Elisabeth Lindner-Riegler ist Aktivistin der *Antiimperialistischen Koordination* in Wien.

In eigener Sache

Die *Antiimperialistische Koordination* (AIK) ist ein Zusammenschluss verschiedener antiimperialistischer Kräfte, der zur Koordinierung des Kampfes dient und jedes Jahr ein internationales antiimperialistisches Sommerlager organisiert. Unmittelbar nach Ausbruch der neuen Intifada im September 2000 gründete sich die *Antiimperialistische Koordination für Palästina* als Unterkomitee zum Zweck einer ständigen Solidaritätskampagne.

Die AIK sieht in der Errichtung eines einheitlichen, demokratischen Staates auf dem Gebiet des historischen Palästina, der allen EinwohnerInnen, unabhängig von Herkunft oder Religionszugehörigkeit, gleiche Rechte garantiert, die einzig mögliche langfristige und dauerhafte Lösung des Konfliktes. Sie stellt sich damit in die Tradition der palästinensischen Befreiungsbewegung und von Teilen der antizionistischen israelischen Linken. Die AIK betrachtet sich dennoch als Teil jener Solidaritätsbewegung, die sich nach Ausbruch der Zweiten Intifada auf Grundlage der palästinensischen Forderungen nach Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten, Abbau aller israelischen Siedlungen, Rückkehrrecht für alle vertriebenen Palästinenserinnen und Palästinenser sowie Errichtung eines souveränen palästinensischen Staates im Westjordanland und Gazastreifen mit Jerusalem als Hauptstadt mobilisierte. Auch wenn diese Forderungen – wie die Erfahrung der Oslo-Abkommen gezeigt hat – keine dauerhafte Lösung ermöglichen, ist eine Zusammenarbeit auf dieser Basis möglich und wünschenswert.

Die AIK versteht die Zeitschrift *Intifada* als Forum für Information und Diskussion und will damit einen Beitrag zur Zusammenarbeit der mit der palästinensischen Bewegung solidarischen Kräfte im deutschsprachigen Raum leisten. In diesem Sinne nehmen wir gerne Diskussionsbeiträge zur Veröffentlichung entgegen. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen daher nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

Kontakt und Abo

www.antiimperialista.org
aik@antiimperialista.org

Antiimperialistische Koordination
Postfach 23, 1040 Wien, Österreich

Bank: PSK (1018 Wien)
Kto-Nr. 92 125 137
Bankleitzahl: 60 000
BIC: OPSKAT WW
IBAN: AT 646 000 000 092 125 137

Hinweis: Seit 1. Juni 2003 kommen für Überweisungen auf Konten innerhalb der EU in Euro dieselben Entgelte wie im Inland zur Anwendung, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

- Überweisungsbetrag max. € 12 500,-
- BIC und IBAN sind korrekt angegeben
- Auftraggeber und Empfänger übernehmen die eigenen Inlandsentgelte.

Intifada-Abonnement:

5 Zusendungen – 10 Euro

Institutionen bzw. Förderabo:

5 Zusendungen – 20 Euro

Redaktion

Margarethe Berger, Doris Höfllmayer, Georg Kreisel, Willi Langthaler, Elisabeth Lindner-Riegler, Ali Nasser, Sonja Tschurlovits

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Verlag „Edition Der Keil“, Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien; Redaktion: Antiimperialistische Koordination (AIK), Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien; Verlags- und Herstellungsort: Wien; Druck: ATOS-Origin, Wien. *Offenlegung gemäß §25 Mediengesetz:* Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Verlag „Edition Der Keil“, Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien. Grundlegende Richtung: Für einen gerechten Frieden im Nahen Osten.

